



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Populismus und die Gestaltung der amerikanischen
Außenpolitik:

Eine Analyse am Beispiel der Trump-Präsidentschaft (2017-
2021)“

verfasst von / submitted by

Alexander Robatsch BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Patrick Müller, Privatdoz. M.A.

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Nachname, Vorname (in Blockschrift)

Datum

Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

1) Einleitung:	5
2) Forschungsüberblick	9
a) Populismustheorie	9
aa) Was ist Populismus? Eine kurze allgemeine Einführung:	9
bb) Populistische Außenpolitik	12
cc) Populismus in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika	16
b) Weitere Erklärungsansätze für Außenpolitikentscheidungen	21
aa) Themensetzung und Ideologie	21
bb) Stimmung in der Bevölkerung	25
cc) Beratungsstäbe	27
3) Die geistigen Wurzeln der Trumpschen Außenpolitik	32
a) Gibt es eine Trump-Doktrin?	32
aa) Auf 7 folgt 45 – Das Erbe von Andrew Jackson	34
b) Trumps Außenpolitik in den Medien	37
c) War alles vorhersehbar?	39
d) Kurzresümee	42
4) Trumps Bezugnahme auf den außenpolitischen Populismus	44
a) Wer braucht schon Multilateralismus?	46
aa) Weltgesundheitsorganisation (WHO):	48
bb) UNESCO	51
cc) Menschenrechtsrat (UNHRC)	53
dd) Der Iran-Deal (Joint Comprehensive Plan of Action)	56
ee) Übereinkommen von Paris („Paris Abkommen“)	61
b) Der Welthandel als Kampfzone	68

aa) Der Feind heißt China	68
bb) „Worst Trade Deal ever made“ – Trump und NAFTA.....	71
c) Verhältnis zu den traditionellen Verbündeten in der Weltpolitik	76
aa) Die „obsolete“ NATO.....	76
5) Weitere praktische Auswirkungen im Detail (Syrien).....	80
a) Der Rückzug aus Rojava	80
aa) Ursache und Auslöser.....	80
bb) Ideologie und Bezugnahme auf den Populismus	81
cc) Eine einsame populistische Entscheidung?	87
dd) Kurzresümee.....	90
b) Der Bruch: Luftangriffe gegen Assad (2017)	91
6) Conclusio	102
Literatur und Quellen:.....	105
Abstract	118

Für meine Eltern und Claire

Für meine lieben Eltern, die mich bei sämtlichen Träumen und Vorhaben unterstützen,
und immer ein offenes Ohr für mich haben.

Für meine liebe Claire, die mich in meinen schreibintensiven Phasen, die sich nicht
immer als leicht herausstellten, stets mit motivierenden Worten aufbaute.

Euch 3en gehört mein aufrichtiger Dank!

Auch möchte ich mich bei meinem Betreuer, Herrn Prof. Patrick Müller, bedanken, der
mir wertvolle Anregungen für meine Masterarbeit bereitstellte.

Donald J. Trump - Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika (2017-2021):

“I’m speaking with myself, number one, because I have a very good brain and I’ve said a lot of things.”(zit. nach: Collins 2016).

1) Einleitung:

Während der präsidentiellen Amtszeit von Donald J. Trump wurde kontinuierlich von einem Rückzug der Vereinigten Staaten aus der internationalen Politik berichtet. Amerika als Erschaffer und Gestalter der liberalen Weltordnung würde mit einem politisch und militärisch unerfahrenen Bauunternehmer aus New York sein schrittweises Ende finden. „Make America Great Again“ und vor allem „America First“ wurde (und wird) in der Öffentlichkeit oftmals mit Isolationismus in den internationalen Beziehungen gleichgesetzt. Amerika solle sich ausschließlich auf seine eigenen Vorteile konzentrieren und sich von internationalen Verpflichtungen, die keinen offensichtlichen Nutzen bringen, zurückziehen. Nach dem Ende der Amtsperiode lässt sich nun überblicksartig ein erstes Resümee der Trumpschen Außenpolitik ziehen. Entscheidungen wie beispielsweise die Austritte aus der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), dem Pariser Klimaabkommen sowie dem UN-Menschenrechtsrat zeugen von einer Skepsis gegenüber Multilateralismus und internationaler Zusammenarbeit. Diese Behauptung wird von zahlreichen Auftritten, Aussagen und Tweets von Trump untermauert, in welchen er sinngemäß meinte, dass jedes Land zuallererst auf sich selbst achten sollte.

Jene Expertinnen und Experten, die einen internationalen Machtverzicht der Vereinigten Staaten durch eine Präsidentschaft Trump vermuteten, wurden unter anderem durch die oben genannten Rückzugsentscheidungen bestätigt. Der enorme Einfluss, den Mächte wie Russland und die Türkei (mittlerweile) in der Weltpolitik einnehmen, hängt sicherlich mit der Amtsführung und den Ansichten des 45ten Präsidenten der

Vereinigten Staaten zusammen. Die Großmächte Russland und China sowie starke Regionalmächte wie die Türkei nutzten das Vakuum, das ein isolationistisch bzw. nicht-interventionistisch denkender amerikanischer Oberbefehlshaber mit sich brachte. Verschiedene Staaten haben die amerikanischen Grenzen in der Weltpolitik getestet. Russland übt - ohne ernsthafte Bedrohung - einen großen Einfluss in Ländern wie Syrien und Libyen aus. Auch die Türkei agiert immer mehr im Sinne des osmanischen Expansionismus und sichert sich große Machtbereich in Teilen von Libyen, Syrien und im östlichen Mittelmeer (Gasvorkommen vor der zypriotischen Küste). Außerdem unterstützte der türkische Präsident Erdogan seinen Verbündeten Aserbaidshan im kürzlich stattgefundenen Bergkarabach-Krieg gegen Armenien. Die Volksrepublik China nahm und nimmt viel Geld in die Hand und unterstützt riesige Infrastrukturprojekte in Afrika und forciert die alte Seidenstraße. Außerdem möchte der Sino-Gigant klare Verhältnisse im Südchinesischen Meer schaffen. Diese kurzen Beispiele zeigen, dass wir in einer multipolaren Welt leben, in der es zahlreiche Mächte mit unterschiedlichen Interessen gibt. Dies ist grundsätzlich keine nennenswerte Erkenntnis und wird häufig in der politischen Diskussion angebracht. Spannend ist nur die Vermutung, dass zahlreiche internationale Konflikte u.a. darauf zurückzuführen sind, dass sich die einzige verbliebene Supermacht unter Donald Trump stark zurückgezogen hat.

Die amerikanische Regierung unter dem ehemaligen Präsidenten Trump gab an, stets die Interessen des eigenen Landes in den Mittelpunkt der Politikentscheidungen zu stellen. Das Resultat dieser Überlegungen war in vielen Fällen der amerikanische Rückzug von der Weltbühne. Neben Schlagwörtern wie Mauerbau und Isolationismus wurde vor allem ein Wort mit Hinblick auf Trump überstrapaziert – nämlich „Populist“. Die vorliegende Masterarbeit möchte nun herausfinden, in wieweit die amerikanische Außenpolitik unter Donald Trump tatsächlich vom Populismus getrieben war. Wie hat der präsidentielle Diskurs von Trump Bezug auf populistische Außenpolitikthemenbereiche genommen? Konkreter ausgedrückt: Wurden außenpolitische Entscheidungen der Trump-Regierung durch populistische Kernthemen wie zum Beispiel Anti-Elitismus begründet? Der Einfluss des Populismus auf die Außenpolitik der Trump-Regierung wird anhand von Fallbeispielen beleuchtet.

Das vorliegende Werk kann drei Forschungsbereichen zugeordnet werden. Zunächst wird die Arbeit im Forschungszweig der Präsidentschaftsliteratur verortet. Es handelt sich hierbei um eine Disziplin aus der Politikwissenschaft, deren primäres Ziel die wissenschaftliche Untersuchung von amerikanischen Präsidentschaften darstellt. Darüber hinaus ist die vorliegende Masterarbeit im Teilbereich der Internationalen Beziehungen angesiedelt. Eine Fülle an Untersuchungsobjekten, die zur Internationalen Politik gehören, wird untersucht. Beispielsweise das Verhältnis des amerikanischen Präsidenten zu multilateraler Zusammenarbeit. Die disziplinäre Verortung kann durch die nachfolgende Definition, welche durch die Bundeszentrale für politische Bildung vertreten wird, gerechtfertigt werden. Demnach sind die internationalen Beziehungen eine

„Teildisziplin der Politikwissenschaft, die sich mit den Bereichen Außenpolitik (einzelner Staaten, z. B. Institutionen und Prozessen der dt. Außenpolitik), internationale Systeme (d. h. das sich aus der Außenpolitik der Staaten ergebende internationale Beziehungsgeflecht) und internationale Organisationen (z. B. NATO, Vereinte Nationen) befasst“ (Bundeszentrale für politische Bildung o.J.; zit. nach: Schubert und Klein 2018).

Die Arbeit ist außerdem im Zweig der Populismusforschung verankert. Sie stützt sich auf renommierte Wissenschaftler wie z.B. Cas Mudde und Jan Werner Müller, deren Theorien und Erklärungen wertvolle Hilfestellungen bei der Beschäftigung mit diesem Forschungsgegenstand leisteten.

Nach dieser Einbettung in den/die Forschungszweig(e) wird nun die Sichtweise dargelegt, warum die Beantwortung der Forschungsfrage relevant ist. Diese Masterarbeit befasst sich mit dem Einfluss von populistischer Ideologie auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Sie leistet einen Beitrag, wie sich Populismus auf die äußere Politik der Supermacht USA auswirkt. Für die interessierte Öffentlichkeit, Meinungsführer sowie Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler kann sich das vorliegende Werk als aufschlussreich erweisen. Die Ursachen für kontroverielle amerikanische Außenpolitikentscheidungen - wie beispielsweise den Ausstieg aus dem Pariser-Klimaabkommen - können besser verstanden werden, wenn man einen Einblick

in die Ideengeschichte, Kernelemente und Ausprägungen des US-Populismus vorweisen kann. Für Kolleginnen und Kollegen aus der Politikwissenschaft möchte ich außerdem einen Literaturüberblick über die Populismusforschung geben, der zur weiteren Forschung anregen soll. Vielleicht inspirieren die Ergebnisse dieser Arbeit und die vorgestellten Werke anderer Autoren zu einer weiteren intensiven Beschäftigung mit diesem Themenbereich. Es ist gut möglich, dass einige Forschungspuzzles als Resultat dieser Masterarbeit entstehen. Aufbauend auf einer außenpolitischen Populismusdefinition, die anhand der Fachliteratur angeeignet wurde, werden offizielle Stellungnahmen (u.a. Pressestatements; Reden; Aussendungen) der Trump-Regierung analysiert, um die Bezugnahme auf populistische Kernthemen bei außenpolitischen Entscheidungen herauszufinden.

Die vorliegende Masterarbeit beginnt mit einem politikwissenschaftlichen Literaturüberblick, der sich in erster Linie mit verschiedenen Populismustheorien auseinandersetzt. Zunächst wird hierbei aufgezeigt, was unterschiedliche Denkerinnen und Denker unter Populismus und populistischer Außenpolitik verstehen. Im Anschluss wird der theoretische Schwerpunkt dieser Arbeit - der Populismus in der amerikanischen Außenpolitik - beleuchtet. Darüber hinaus gibt es einen kurzen Forschungsüberblick über die Auswirkungen von Themensetzung/Ideologie, öffentlicher Stimmung und präsidentieller Beratung auf die Gestaltung der US-Außenpolitik. Nach der Literature Review wird auf die außenpolitische Weltsicht des ehemaligen US-Präsidenten Donald J. Trump eingegangen. Gab es eine „Trump-Doktrin“ und wenn ja, wie hat sie ausgesehen? Der Hauptteil (4. und 5. Kapitel) analysiert die Bezugnahme der Trump-Regierung auf den Populismus anhand von konkreten außenpolitischen Fallbeispielen. In der Conclusio findet eine Kurzzusammenfassung der wichtigsten Punkte statt, und es wird darauf hingewiesen, warum weitere Forschung zielführend und wünschenswert wäre.

2) Forschungsüberblick

a) Populismustheorie

aa) Was ist Populismus? Eine kurze allgemeine Einführung:

Dem ubiquitär verwendeten Begriff Populismus kann man in der heutigen Zeit nur schwer entkommen. In zahlreichen persönlichen Gesprächen, Zeitungsartikeln oder politischen Diskussionen wird diese Begrifflichkeit verwendet, um Politiker und/oder Politikentscheidungen (meistens in negativer Weise) zu brandmarken. Doch was bedeutet Populismus?

Der angesehene Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller (2016, 42) gibt diesbezüglich die nachfolgende Teilantwort:

„Populismus (...) ist eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehören“.

Die Verachtung von gesellschaftlichen und politischen Eliten ist das erste Charakteristikum des Populismus. Für eine konkrete Definition reicht diese Einschätzung jedoch nicht aus. Laut Müller (2015) wird hierzu noch ein zweites Merkmal benötigt – nämlich die Ablehnung von Pluralismus im politischen System. Wenn Politiker für sich in Anspruch nehmen, dass sie die einzigen Repräsentanten des wahren Volkes sind, dann handelt es sich bei ihnen um Populisten (ebd. 2015, 83). Für jemanden, der keinen Wert auf Pluralismus legt, und verkündet, dass nur er/sie das echte Volk vertritt, kann es auch keine berechtigte Opposition geben (ebd. 2015, 85). Im Falle der Populisten heißt Anti-Pluralismus, dass oppositionelle Kräfte, die andere Meinungen und Ideologien vertreten, nicht anerkannt werden. Die Beharrung auf dieser Sichtweise kann sich rasch zu einer Gefahr für die liberale Demokratie ausweiten, die von Populisten jedoch gerne in Kauf genommen wird (ebd. 2015, 86).

Auch die Populismusdefinition des renommierten Extremismusforschers Cas Mudde (2004) baut auf das Schlüsselwort Anti-Elitismus. Die populistische Ideologie sieht die Gesellschaft in zwei gegensätzliche Blöcke aufgesplittert, die sich feindschaftlich gegenüberstehen. Bei den gegensätzlichen Gruppierungen handelt es sich um „*the pure people*’ versus *‘the corrupt elite*“ (ebd. 2004, 543). Die Geringschätzung von Eliten wird durch diese Definition abgebildet, doch auch hierbei wird noch ein weiteres Charakteristikum angeführt. Laut Mudde (2004, 543) zeichnet sich die Ideologie des Populismus dadurch aus, dass sie behauptet, „*that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people.*“ Das Volk wird also in den Mittelpunkt der populistischen Agitation gestellt. Populisten möchten, dass die Meinung des Volkes von der Politik wahrgenommen („*listen to the people*“) und nicht übergangen wird. Die Hauptanliegen jenes Bevölkerungsteils, der nicht zur Elite des Landes gehört, soll in konkrete Politikinhalt umgemünzt werden (Rooduijn und Akkerman 2017, 194). In weiterer Folge kommt erneut der Anti-Pluralismus, wie von Müller (2015) beschrieben, ins Spiel. Er äußert sich in der Form, dass die Wünsche des Volkes (angeblich) nur von den Populisten vertreten und umgesetzt werden können. Die vorliegende Masterarbeit findet die Definitionen von Müller und Mudde sehr aufschlussreich. Die Betonung von korrupten Eliten, die das einfache und hart arbeitende Volk ausnehmen und missverstehen, zieht sich durch die Reden von zahlreichen populistischen Politikern im In- und Ausland. Genauso wie die Behauptung, dass das wahre Volk nur von ihnen verstanden und vertreten wird. Diese Merkmale gehören zum Standardrepertoire einer beträchtlichen Anzahl an modernen Populisten.

Diese Ansichten führen nun notwendigerweise zur Frage, was das reine Volk eigentlich ist, das sich von den abgehobenen Eliten unterscheidet? Sieht man sich selbst als einzig legitimen Vertreter und als Sprachrohr des Volkes, dann sollte man eine Ahnung davon haben, woraus sich dieses überhaupt zusammensetzt bzw. wer inkludiert ist. Für Canovan (1999, 5) setzen die Populisten vor allem auf drei Volksdefinitionen, und zwar „*united people*“, „*our people*“ und „*ordinary people*“. Bei der Betonung des vereinten Volkes zeigt sich eine gewisse Ablehnung von politischem Parteigezänk bzw. politischen Differenzen im politischen System und stattdessen findet eine Hinwendung

zum Wohl der Nation/des Staates statt. Populistische Propaganda dieser Art kann dazu führen, dass sich ein rhetorisch versierter Politiker zum alleinigen Anführer aufschwingt, da ihm von der Bevölkerung abgekauft wird, dass er sich mit den Anliegen der Nation bzw. der united people synonym setzt. Die zweite Volksdefinition weist oftmals einen ethnischen Charakter der Volkszugehörigkeit auf und wird primär mit rechten politischen Parteien in Zusammenhang gebracht. Die dritte Variante wendet sich dem gewöhnlichen Volk zu, das angeblich im krassen Gegensatz zur „*privileged, highly educated, cosmopolitan elite*“ steht. Populisten schwingen sich als Sprecher dieser „*normalen Leute*“ auf, und möchten sie überzeugen, dass sie von verschiedensten Gruppen (wie z.B. Eliten und Politikern) kontinuierlich übergangen werden (Canovan 1999, 5). Auch der Begriff des „*heartland*“ wird in der Literatur vorgefunden, um jenen Teil der Bevölkerung zu beschreiben, der von den Populisten hervorgehoben wird. Hierbei handelt es sich um ein Gebiet, „*in which, in the populist imagination, a virtuous and unified population resides*“ (Taggart; zit. nach: Mudde 2004, 545). Mudde (2004, 546) verwendet diese Definition, um zu zeigen, dass Populisten, wenn sie vom wahren Volk sprechen, keine existierende, tatsächliche Entität im Blick haben. Vielmehr schaffen sie sich das Volk, das sie repräsentieren möchten, selbst, in dem sie einen Teil der Gesellschaft von der Bevölkerung abspalten und überhöhen.

Kann man bei der Verachtung von Eliten, der Betonung des wahren Volks und der Ablehnung des Pluralismus nun von einer politischen Ideologie sprechen? Die Frage, ob der Populismus neben großen Denktraditionen wie Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus mitbedacht werden muss, wird in der politikwissenschaftlichen Literatur diskutiert. Mudde (2004, 544) spricht beispielsweise vom Populismus als einer „*thin-centred ideology*“. Um mit umfangreichen und ausgegorenen Weltanschauungen wie dem Liberalismus in der gleichen Kategorie genannt zu werden, fehlt dem Populismus geistige Schärfe (intellektuelle Kapazitäten) und eine in sich geschlossene Vorgehensweise. Diese theoretische Unschärfe führt als Konsequenz dazu, dass er mit zahlreichen anderen Ideologien eine Verbindung eingehen kann (ebd. 2004, 544). Auch Stanley (2008, 106) beschreibt Populismus als eine „*dünne Ideologie*“, die große

Schwierigkeiten hat, ihre Hauptanliegen bzw. ihre Kernpunkte in eine zusammenhängende ideologische Denkschule zu verwandeln.

Aslanidis (2016, 96) schließt sich diesen Einschätzungen jedoch nicht an und argumentiert stattdessen, dass es sich beim Populismus um einen „Diskurs“ (und nicht um eine Ideologie) handelt. Im Mittelpunkt dieses Diskurses steht das wahre Volk, das von einer kleinen Minderheit von korrupten Eliten hintergangen wird. Diese negative Behauptung wird unter dem Deckmantel der (Betonung der) Volksherrschaft forciert. Er kritisiert, dass sich jene Forscherinnen und Forscher, die der „thin ideology“-These anhängen, bei ihren Analysen des Populismus nicht auf Maßeinheiten konzentrieren, die tatsächlich etwas mit Ideologie zu tun hätten. Stattdessen wird der Diskurs der politischen Akteure unter die Lupe genommen und analysiert, ob der Politiker/die Politikerin z.B. gegen den Schlüsselbegriff - korrupte Eliten - hetzt (ebd. 2016, 97). Die Wissenschaftler würden somit indirekt anerkennen, dass es sich beim Populismus um einen Diskurs und nicht um eine Ideologie handelt. Neben der möglichen Charakterisierung als einerseits thin ideology oder andererseits Diskurs gibt es noch zwei weitere bekannte Ansichten in der politikwissenschaftlichen Forschung, die Populismus als Machterwerbsstrategie (Gute Übersicht in: Priester 2011) oder als umfassende Ideologie/thick ideology (Gute Übersicht in: Rydgren 2017) definieren.

bb) Populistische Außenpolitik

Stellt Populismus ein ausschließlich innenpolitisches Phänomen dar, oder lässt er sich auch in die Außenpolitik übertragen? Und falls ja, wie äußert er sich? Mittlerweile gibt es zahlreiche Arbeiten, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen. Sie werden in der Literatur quer über den Globus und anhand unterschiedlichster Staaten analysiert. Gibt es ein einheitliches Set an Politikgehalten, das generell als populistische Außenpolitik charakterisiert werden kann? Eine gewisse Anzahl an Politikentscheidungen, die überall auf der Welt als außenpopulistischer Populismus anerkannt werden? Anders ausgedrückt, gibt es Politikinhalte, die von jedem Populisten auf der internationalen Bühne vertreten werden? Ich führe Chryssogelos (2017, 13) an und verneine diese Frage mit der Begründung, dass *„(t)he ideological variability of populist parties and movements is too big, and their capacity to influence foreign policy*

also varies“. Nichtsdestotrotz können ein paar Merkmale identifiziert werden, die darauf hindeuten, dass es sich um eine populistische Außenpolitik handelt. Chryssogelos (2017, 13) unterscheidet zwischen dem globalen Süden und dem „Westen“ und fasst mit Bezug auf die Literatur zusammen, dass sich populistische Außenpolitik in westlichen Gesellschaften primär durch den Gegensatz Elite versus Volk; Nationalismus und (ironischerweise!) einer Ablehnung des Westens, der durch internationale liberale Institutionen Gestalt annimmt, ausdrückt.

Wehner und Thies (2020) untersuchen den Zusammenhang zwischen Populismus und Außenpolitik anhand der ehemaligen Präsidentschaften von Carlos Menem (Argentinien/neo-liberaler Populist) und Hugo Chavez (Venezuela/sozialistischer Populist) in Lateinamerika. Die wichtigste Gemeinsamkeit beider Ex-Präsidenten liegt darin, dass ihnen eine dicke Ideologie als Basis für ihre populistische Außenpolitik diente, deren Ziel es war, *„to benefit the people, reduce the power of the elite and govern for the general will“* (ebd. 2020, 15). Ihr Ziel sollte jedoch mit grundverschiedenen Ansätzen erreicht werden. Menem führte zahlreiche neo-liberale Reformen (z.B. Entbürokratisierungen) durch, die einen Angriff auf die argentinische Elite darstellten, die zuhauf im Staatsdienst tätig war (ebd. 2020, 8 und 10). Darüber hinaus positionierte er Argentinien als bedingungslosen Unterstützer der USA und agierte als starker Befürworter von Multilateralismus und Globalisierung (ebd. 2020, 9). Die Außenpolitik von Hugo Chavez in Venezuela stellte wiederum das genaue Gegenteil dar. Die nationale Unabhängigkeit wurde als oberstes Prinzip der Außenpolitik angesehen und die Vereinigten Staaten von Amerika als ultimativer Feind auserkoren (ebd. 2020, 11–12). Die Gegenüberstellung dieser beiden Präsidentschaften zeigt, dass die außenpolitischen Konsequenzen von populistischen Politikern nicht immer gleich ausfallen.

In Europa spielt die nationale Selbstbehauptung gegenüber der Europäischen Union im Denken vieler rechtsgerichteter Populisten eine entscheidende Rolle. Sowohl in Ungarn (Orban) als auch in Polen (Kaczyński) verwenden die politischen Führungskräfte eine EU-kritische Sprache, die um die oftmals gehörte Erzählung kreist, dass es sich bei der

Europäischen Union um eine „*korrupte Elite*“ handelt, die gegen den „*Volkswillen*“ in beiden Ländern vorgeht (Csehi und Zgut 2020, 11). Auf der anderen Seite argumentieren Verbeek und Zaslove (2015), dass nicht jede rechte populistische Partei in Europa in jeder Hinsicht automatisch negativ gegenüber der Europäischen Union und der europäischen Integration eingestellt ist. Am Beispiel der Lega Nord in Italien zeigt sich, dass EU-Politikinhalte von solchen politischen Parteien danach bewertet werden, „*what they mean for protecting ‘the people’.*“ (ebd. 2015, 542–43). Sehr schön lässt sich dies am Lieblingsthema der Lega Nord feststellen – der Migration. Wenn die Politik der Europäischen Union dazu führt, dass die Italienerinnen und Italiener vor Immigration verschont bleiben (= Schutz der eigenen Bevölkerung), wird dies wohlwollend und unterstützend aufgenommen. Sollte sich die Politik aus Brüssel jedoch als ungeeignet für dieses Ziel herausstellen, wird auf eine nationale Problemlösung gesetzt (ebd. 2015, 540).

Populisten können sich also in der Gestaltung ihrer Außenpolitik unterscheiden. Dennoch wirkt es so, als ob der europäische Rechtspopulismus vor allem durch die Ablehnung der Europäischen Integration (→ einer immer enger werdenden Union) sowie durch Anti-Immigrations-Gefühle ausgedrückt wird, während Linkspopulisten primär wirtschaftliche Überlegungen in den Mittelpunkt ihrer populistischen Kampagnen stellen. Diese Wirtschaftszentrierung „der Linken“ drückt sich in Globalisierungsfeindlichkeit und einer scharfen Kritik an staatlichen Sparmaßnahmen aus (Balfour u. a. 2016, 49). Die obige Einschätzung dieser renommierten Forscher geht Hand in Hand mit unreflektierten Annahmen von interessierten Beobachtern, wonach Populisten aus dem rechten Spektrum hauptsächlich die Probleme der Immigration in den Vordergrund rücken und die politische Elite, die dafür angeblich verantwortlich ist, kritisieren. Bei der Frage der Immigration wird ein Gegensatz zwischen Elite und Bevölkerung festgestellt. Für linke Populisten stellen wiederum Globalisierung und internationaler Finanzkapitalismus die größten Ärgernisse dar.

Wie schon bei der Außenpolitik von Carlos Menem in Argentinien feststellbar, lässt sich die oftmals geäußerte Vermutung, dass es sich beim Multilateralismus um ein Feindbild jedes Populisten handelt, auch mit Blick auf Indien nicht erhärten. Unter dem

populistischen Premierminister Narendra Modi ist kein Trend erkennbar, der auf eine Ablehnung des Multilateralismus schließen würde (Plagemann und Destradi 2019, 293–94). Diese Erkenntnis hängt möglicherweise mit der Frage zusammen, wie viel selbstbestimmte Macht und Handlungsspielraum ein Land bzw. eine Regierung an eine supranationale Organisation abgeben muss(te). Im Gegensatz zu Europa ist in vielen außer-europäischen Staaten die multilaterale Verzahnung bzw. Einbindung schwach ausgeprägt, weswegen die Bezeichnung von supranationalen Organisationen und multilateralen Vereinbarungen als gefährliche, abgehobene Elitenprojekte, welche die nationale Souveränität gefährden, keinen empfindlichen Nerv bei der Bevölkerung treffen und keinen nennenswerten Nutzen nach sich ziehen würde (ebd. 2019, 297–98).

Zusammengefasst geht die vorliegende Arbeit mit jenen Autoren (z.B. Chrissogelos 2017, 13; Destradi und Plagemann 2019; Wehner und Thies 2020, 16) konform, die argumentieren, dass populistische Außenpolitik in verschiedenen Gewändern erscheint und keinen einheitlichen Block darstellt. Die Außenpolitik der Populisten wird zumindest von einer weiteren Weltanschauung oder auch „*thick ideology*“ (z.B. Sozialismus oder Liberalismus) maßgeblich beeinflusst. Betrachtet man das Zusammenspiel zwischen Populismus und dieser zusätzlichen dicken Ideologie, so scheint die dünne Ideologie des Populismus laut Destradi und Plagemann (ebd. 2019, 729) nicht den ausschlaggebenden Einfluss auf den Inhalt der Außenpolitik zu haben. Nach der Lektüre zahlreicher politikwissenschaftlicher Werke, die sich mit dieser Thematik befassen, steht für diese Masterarbeit fest, dass es keine einheitliche populistische Außenpolitik gibt, die weltweit angewandt wird. Populistische Politikinhalt können nicht von vornherein wie eine Schablone auf die Außenpolitik jedes Staates übertragen werden, der gerade von populistischen Regierungen angeführt wird, um dessen Politik zu erklären. Wie der Vergleich zwischen Menem und Chavez eindrucksvoll aufzeigte, können zwei populistische Präsidenten in zwei ähnlich großen Ländern auf dem gleichen Kontinent, zwei komplett verschiedene Außenpolitiken betreiben.

cc) Populismus in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika

Nach dieser allgemeinen Populismuseinführung wird nun das Kernthema erreicht – der Populismus in der amerikanischen Außenpolitik. Was versteht man unter populistischer US-Außenpolitik und in welcher Form äußert sie sich? Bevor diese Fragen erläutert werden, lohnt sich zunächst ein kurzer Einblick in die Entstehung des amerikanischen Populismus.

Die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika wurde durch eine beträchtliche Anzahl an elitenfeindlichen Populisten geprägt. Donald Trump ist nur der letzte (und besonders erfolgreiche) Vertreter dieser Spezies. Der angesehene Historiker Michael Kazin (2016, 17) unterscheidet zwischen zwei differenzierenden, langanhaltenden Formen des amerikanischen Populismus. Beide Varianten kritisieren die wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes, die sie für die Probleme des Volkes verantwortlich machen. Der wichtigste Unterschied beider populistischer Spielarten liegt laut Kazin nun jedoch in der Frage, wer das Volk ausmacht. Bei der ersten Strömung setzen sich „*the people*“ auf der Grundlage des Klassengedankens zusammen. Einstellungen zu Ethnien oder Religionen werden von diesen Populisten bewusst ausgeklammert und nicht thematisiert. Bei der zweiten Variante des US-Populismus gibt es wiederum eine stärkere Eingrenzung des Volksbegriffs, wobei die Ethnie im Mittelpunkt der Volksdefinition steht. Die Interessen der weißen Mittelschicht, oftmals europäischer Abstammung, werden in den Mittelpunkt der populistischen Erzählung gesetzt. Deren Lebensweise sei durch die Eliten in Gefahr.

Bezugnehmend auf diese Unterscheidung gehörte die anti-katholische und immigrationsfeindliche „Know-Nothings“-Bewegung, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts agierte (History.com Editors 2020), zweifelslos der zweiten populistischen Kategorie an. Ethnie (und Religion) bestimmte für ihre Anhänger, wer zum Volk gehörte und wer nicht. Sie setzte sich aus - in Amerika geborenen – Protestanten zusammen und hetzte gegen katholische Einwanderer aus Irland und Deutschland (The Week Staff 2015). Sehr aufschlussreich ist dahingehend die Aussage des damaligen konservativen, republikanischen Gouverneurs Rick Perry (zit. nach: The Week Staff 2015) aus Texas, der den Präsidentschaftskandidaten (nicht Präsidenten!) Donald

Trump im Jahr 2015 als „*modern-day incarnation of the Know-Nothing movement*“ bezeichnete. Diese Aussage ist natürlich nicht wortwörtlich, sondern inhaltlich zu verstehen. Unerwünschte Iren und Deutsche, die längst in die amerikanische Gesellschaft assimiliert sind, wurden ca. 150 Jahre später durch unerwünschte Mexikaner als Feindbild ausgetauscht. Auch für Kazin (2016, 17) zählt Donald Trump zu jenen Populisten, die ethnischen Populismus betreiben. Charakterisiert man die ehemalige Bewegung der Know-Nothings als rechtspopulistisch, so gibt es gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit der People's Party ein populistisches Gegenüber auf der linken Seite des politischen Spektrums. Sie setzte sich für die einfachen Arbeiter in der Stadt und am Land ein und legte eine scharfe Abneigung gegenüber Monopolen an den Tag. Die Partei monierte, dass das große Geld eine zu dominante Rolle im politischen System spielen würde. Von der aktuellen Riege der amerikanischen Spitzenpolitiker wirkt es so, als ob Senator Bernie Sanders rhetorisch in dieser Traditionslinie steht (Kazin 2016, 18).

Zwei Lektionen können hierbei gelernt werden. In der herkömmlichen (unreflektierten) Debatte wird Bernie Sanders als linkspopulistisch eingestuft, während Donald Trump als Rechtspopulist etikettiert wird. Diese vorschnelle Einteilung wirkt jedoch zu simpel. Beide Politiker ähneln sich dahingehend, dass sie schwere verbale Geschütze gegen die Elite des Landes auffahren. Diese Vorgehensweise verbindet den demokratischen Sozialisten Sanders mit dem nationalistischen „America-First“-Präsidenten Donald Trump. Wie bereits zuvor anhand mehrerer Arbeiten aufgezeigt, liegt der Unterschied zwischen ihnen in der „thick ideology“, die ihren Populismus begleitet. Eine Gegenüberstellung ihrer Weltanschauung würde – demokratischer Sozialismus versus National-Konservatismus (und Jacksonianismus) – lauten. Senator Sanders bezeichnet sich seit Jahrzehnten bei jeder Gelegenheit als demokratischer Sozialist. Im Zuge der Recherche und auch in den Jahren davor, sind mir jedoch zahlreiche Beurteilungen aufgefallen, wonach Sanders aus europäischer Sicht vermutlich ein gewöhnlicher Sozialdemokrat wäre. Trump fehlt eine ausgefeilte politische Ideologie, dennoch kann man den Rechtspopulisten als (teilweisen) Anhänger von Andrew Jackson und National-Konservativen bezeichnen. Seine ideologischen Ansichten und geistigen Wurzeln werden ausführlich im 3. Kapitel beleuchtet.

Populismus stellt in Amerika ein altes Phänomen dar und die Geschichte zeigt, dass er sowohl in linker als auch rechter politischer Erscheinungsform prominent auftreten kann. Nachfolgend werden anhand von aufschlussreichen Papers die Auswirkungen des Populismus auf die Außenpolitik der USA aufgezeigt. Donald Trump stellt zumindest für jeden Populismusforscher einen Glücksfall dar, weshalb es mittlerweile eine beträchtliche Anzahl an Forschungsarbeiten gibt, die die Politik des 45ten Präsidenten in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit stellen.

Boucher und Thies (2019) untersuchen die populistische Twitter-Rhetorik von Trump mit Hinblick auf den (Außen-)Handel. Die Importzölle auf Stahl und Aluminium, die die Trump-Regierung im März 2018 veranlassten, können als Ausgangspunkt für die Fallanalyse betrachtet werden. Die Autoren argumentieren, dass Tweets von Präsident Trump maßgeblich dazu führen, dass der amerikanische Außenhandel zu einem Themenschwerpunkt auf der sozialen Plattform mutiert (ebd. 2019, 716). Trump übt Einfluss darauf aus, dass ein Außenpolitikthema (in diesem Fall – Handel) in der Online-Debatte in den Mittelpunkt gerät. Seine populistischen Äußerungen bringen das Thema also aufs Tapet, doch hat sein Diskurs auch Auswirkung darauf, wie bzw. in welcher Weiße seine Unterstützter über das Thema Handelspolitik nachdenken (ebd. 2019, 719)? In den sozialen Netzwerken lassen sich zahlreiche Amerikaner finden, die auch ohne Trump populistisch eingestellt sind, „*the salience and framing of trade as a populist foreign policy issue on social media*“ wird jedoch vom Präsidenten deutlich mitbestimmt (ebd. 2019, 720). Darüber hinaus zeigt das Paper auf, dass der politische Diskurs in den sozialen Netzwerken um den (populistischen) Gegensatz Elite vs. Volk konstruiert wurde, und nicht parteipolitische Differenzen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung standen (ebd. 2019, 720).

Auch Lacatus (2020) konzentriert sich auf die Rhetorik von Donald Trump und möchte herausfinden, wie sich der populistische Diskurs auf die Außenpolitik des 45ten amerikanischen Präsidenten auswirkte. Dahingehend werden Twitter-Nachrichten und Reden von Trump im unmittelbaren Vorfeld der amerikanischen Zwischenwahlen („midterm elections“) 2018 analysiert. Mit dem Ergebnis, dass seine Außenpolitik spürbar vom Populismus des ehemaligen US-Präsidenten Andrew Jackson

(„*Jacksonian populism*“) beeinflusst wird (ebd. 2020, 13). Später (→ in Kapitel 3) wird genauer auf diese Denkrichtung eingegangen. Donald Trump verabscheut Eliten und deren „*ideals for international cooperation, multilateralism, and a global liberal order*“ (ebd. 2020, 13). Der (ehemalige) amerikanische Präsident betrachtet die Außenpolitik aus der Sichtweise von innenpolitischen Überlegungen, in deren Mittelpunkt, die finanzielle Situation der Amerikanerinnen und Amerikaner steht. Er lehnt die liberale Weltordnung und deren Mechanismen wie multilaterale Institutionen ab, da sie sich seiner Ansicht nach schädlich auf die Interessen des amerikanischen Volkes auswirken (ebd. 2020, 12–13).

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten wird in der Öffentlichkeit primär mit dem Präsidenten (und in geringerer Weise – dem Außenminister/der Außenministerin) in Verbindung gesetzt. Nichtsdestotrotz existiert eine umfangreiche außenpolitische Bürokratie, die sich beispielsweise aus den Berufsdiplomaten des State Department zusammensetzt. Spannend ist nun die Frage, wie sich populistische Außenpolitik und professionelles Beamtentum vertragen. Anhand der ersten beiden Amtsjahre von Donald Trump untersucht Drezner (2019), ob sich außenpolitischer Populismus institutionalisieren lässt. Präsident Trump hat zahlreiche Außenpolitikentscheidungen getroffen, die eine radikale Trendumkehr von jener Außenpolitik darstellen, wie sie nach Ende des Kalten Krieges praktiziert wurde. Und dennoch kommt der Autor zum Schluss, dass Donald Trump keine nennenswerten Volltreffer in der langfristigen institutionellen Absicherung seiner populistischen Außenpolitik erzielte. Weder durch die Erschaffung von neuen Institutionen noch durch die Einbindung seiner Politikinhalte in existierende Beamtenapparatschaften (ebd. 2019, 725). Demgegenüber war Trump jedoch sehr erfolgreich in der Schwächung der bestehenden Außenpolitikbürokratie. Politische Maßnahmen wie Budgetkürzungen, Einstellungsstopps und berufliche Einschüchterungen wirkten sich negativ auf die Arbeitsmoral zahlreicher Staatsbediensteter aus und führten u.a. zu zahlreichen Kündigungen und einem allgemein gesunkenen Interesse an einer Tätigkeit im Außenministerium (ebd. 2019, 727–28). Sehr geeignet ist die Einschätzung des Autors, wonach die Schwächung der

Beamtenschaft im Außenministerium hervorragend zur populistischen Weltsicht von Trump passte:

The essence of populism is a strong leader ruling according to the general will, free from any constraints. The essence of institutionalization is to act as a constraint on political action (Drezner 2019, 728).

Institutionalisierungen können also keine Freude bei Populisten wie Donald J. Trump auslösen, da sie für exekutive Machtbeschränkung stehen. Mit Hinblick auf die zahlreichen verbalen Ausfälle Trumps gegenüber dem sogenannten „*deep state*“ stellt diese Ansicht einen wertvollen Betrag zur Erläuterung dieses Phänomens dar (ebd. 2019, 728)

Abschließend wird nun darauf eingegangen, welche Populismusdefinition von diesem Werk verwendet wird. Welche populistischen Kernthemen werden identifiziert? Die vorliegende Masterarbeit baut auf zuvor beschriebene Sichtweisen und steht im Sinne von Isaac Newton „*on the soulders of giants*“. Sie begreift den Populismus als eine „*thin-centred ideology*“, die sich durch den Gegensatz Elite versus Volk ausdrückt. Populistisch betrachtet, besteht die Daseinsberechtigung der Politik primär darin, den Volkswillen zu vernehmen und umzusetzen (beide Definition nach: Mudde 2004). Die anti-pluralistische Perspektive führt dazu, dass das wahre Volk nur von den Populisten vertreten werden kann (Müller 2016). Sie stellen sich als dessen Sprachrohr dar (Canovan 1999, 4).

Obwohl der vermutete Linkspopulismus von US-Politikern wie Senator Bernie Sanders mit Bezug auf die Außenpolitik einen interessanten Untersuchungsgegenstand darstellt, erachtet diese Forschungsarbeit den außenpolitischen, amerikanischen Populismus vor allem als politisch rechtslastig. Er zeichnet sich primär durch Nationalismus und die Ablehnung von souveränitätseinschränkendem Multilateralismus aus (Mead 2011, 35). Diese Arbeit möchte herausfinden, wie sich die außenpolitischen Handlungen der ehemaligen Trump-Regierung auf populistische Kernelemente bezogen haben. Die Analyse von konkreten außenpolitischen Fallbeispielen mit Hinblick auf das

Vorhandensein von populistischen Kernthemen wie Anti-Elitismus, Nationalismus, Skepsis gegenüber Multilateralismus, „Hervorhebung des Volkes“ und Souveränismus wird sich wie ein roter Faden durch dieses Werk ziehen. Die Bearbeitung der Forschungsfrage leistet einen Beitrag dazu, wie sich der Populismus auf die Außenpolitik der einzig verbliebenen Supermacht auswirkt.

b) Weitere Erklärungsansätze für Außenpolitikentscheidungen

Neben dem Phänomen des Populismus werden in dieser Forschungsübersicht noch drei weitere Einflussfaktoren mit Hinblick auf die präsidentielle Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik aufgezeigt. Bei ihnen handelt es sich a) um die Themensetzung in Kombination mit der ideologischen Einstellung des Präsidenten in den internationalen Beziehungen im Allgemeinen bzw. bei konkreten außenpolitischen Politikinhalt im Speziellen; b) um die Stimmung in der Bevölkerung sowie c) um Beraterstäbe, die selbstständig außenpolitische Ziele verfolgen. Obwohl die Außenpolitikgestaltung unter anderem von den oben genannten Faktoren abhängt, wird bei der späteren Untersuchung der Fallbeispiele (→ 4. und 5. Kapitel) nicht überprüft werden, welcher dieser drei Aspekte einflussstärker ist. Stattdessen interessiert sich die vorliegende Masterarbeit ausschließlich dafür, welche Rolle populistische Kernthemen bei der Entscheidungsbeurteilung spielten.

aa) Themensetzung und Ideologie

Im 2. Teil dieser Literature Review wird zunächst auf die ideologischen Ansichten von US-Präsidenten in der Außenpolitik eingegangen. Basierend auf der vorherrschenden wissenschaftlichen Literatur wird zunächst die Frage erläutert, welchen Einfluss der amerikanische Präsident auf die Themensetzung in der Außenpolitik ausübt. Peterson (1994, 223) argumentiert dahingehend, dass die grundlegende außenpolitische Ausrichtung vom Präsidenten und seinen Beraterinnen und Beratern in der Administration vorgegeben wird. Er nennt zahlreiche Beispiele, die die Relevanz des jeweiligen amerikanischen Staatsoberhauptes in der Außenpolitikgestaltung belegen sollen. Die Rolle des amerikanischen Kongress in der internationalen Politik wird

dennoch nicht geleugnet. Das Paper zeigt Handlungen der Legislative, die durchaus eine Auswirkung auf die Außenpolitik bezeugen (ebd. 1994, 223–24). Die gesetzgebende Gewalt macht jedoch zu selten Gebrauch davon, weswegen Peterson bei seinem Standpunkt bleibt, dass die internationale Sphäre von Politikgehalten des Präsidenten geprägt ist (ebd. 1994, 225). Diese Sichtweise beherrschte die Präsidentschaftsliteratur über einen langen Zeitraum (Wood und Peake 1998, 173).

Auch Lindsay (1992, 609) erkennt an, dass die Anzahl von Kongressvorschlägen zur Außenpolitik gering ist, weswegen außenpolitische Initiativen primär von der Exekutive vorgebracht und durchgeführt werden. Sein Paper argumentiert jedoch, dass die Außenpolitik der Vereinigten Staaten mit Hilfe von anderen Instrumentarien vom Kongress (mit)gelenkt wird. Der Autor geht von einer „indirekten“ Beeinflussung des Präsidenten durch Senatoren und Abgeordnete in der internationalen Politik aus, die nicht anhand der Anzahl von außenpolitischen Gesetzgebungsvorschlägen sichtbar wird (Lindsay 1992, 613). Die vermutete Stimmung im Kongress mit Hinblick auf Politikinhalt spielt eine Rolle in den Überlegungen von US-Präsidenten. Diese „*anticipated reactions*“ geben dem Commander-in-Chief eine Übersicht über die Machbarkeit von politischen Ideen im Politikprozess. Das bedeutet aber nicht, dass die Stimmung im Senat und/oder House of Representative so mächtig ist, dass sie den Präsidenten dazu verpflichten kann, gewisse Policies zu betreiben, die dieser ablehnt (ebd. 1992, 615). „*Strukturen und Prozesse*“ können ein weiteres indirektes Druckmittel darstellen, wodurch der Kongress außenpolitische Macht ausüben kann (ebd. 1992, 622). Die Schaffung von neuen Institutionen durch den Kongress, die dessen Interesse an gewissen Politikgehalten untermauern soll, die von der Exekutive möglicherweise vernachlässigt werden, kann als strukturelles Einflussinstrument angesehen werden. Genauso wie die Veränderung von politischen Prozessen durch die Gesetzgebungskammern (ebd. 1992, 617). Selbstdarstellung von Senatoren und/oder Abgeordneten mit dem Ziel der öffentlichen Aufmerksamkeitsgewinnung auf ein bestimmtes politisches Thema ist eine weitere Möglichkeit, um der außenpolitischen Macht des Präsidenten Grenzen aufzuzeigen (ebd. 1992, 626).

Die traditionellen – präsidentenzentrierten – Modelle der politischen Themensetzung werden jedoch durch die Ergebnisse von Edwards und Wood angegriffen. US-Präsidenten seien keine großen Schwerpunktsetzer, sondern zeichnen sich primär dadurch aus, dass sie reagieren. Antworten auf das Weltgeschehen sind in der Außenpolitik die entscheidenden Themensetzer (Edwards und Wood 1999, 342). Die scharfe Kritik an der Vorstellung des Präsidenten als Hauptinitiator von außenpolitischen Vorschlägen wird von Peake (2001) aufgegriffen, präzisiert und schlussendlich relativiert. Durch die Untersuchung von unwichtigen bzw. weniger wichtigen außenpolitischen Themenbereichen möchte sein Paper herausfinden, welchen tatsächlichen Einfluss der Präsident ausübt (Peake 2001, 69). Bei den vier analysierten Politikthemen handelt es sich um die Karibik und Zentralamerika sowie um Entwicklungshilfe und Außenhandel (ebd. 2001, 71). Warum wurde diese Auswahl vorgenommen? Der Autor merkt an, dass kritische Studien wie jene von Edwards und Wood ihren Schwerpunkt primär auf sicherheitspolitisch relevante und sichtbare Außenpolitikbereiche legen (ebd. 2001, 69).

Die Ergebnisse von Peake (2001, 83) legen nahe, dass Präsidenten sehr wohl die Aufmerksamkeit auf gewisse außenpolitische Politikinhalt lenken können. Drei Faktoren werden diesbezüglich identifiziert, die die Themensetzungsmacht von Präsidenten beeinflussen. Die öffentliche Sichtbarkeit von Themen wirkt sich auf die Gestaltungsmacht der Oberbefehlshaber aus. Je weniger ein Themenbereich wahrgenommen wird (in anderen Worten, je unwichtiger er erscheint), desto wahrscheinlicher ist die Chance, dass Präsidenten Aufmerksamkeit darauf lenken können. Der zweite Punkt betrifft das internationale Umfeld. Präsidenten können eigene Schwerpunkte im Kopf haben, wenn es jedoch zu wichtigen Ereignissen kommt, muss reagiert werden und die eigenen bevorzugten Themensetzungen werden dadurch beschränkt. Drittens muss der Ist-Zustand der Welt berücksichtigt werden. Es gibt gewisse internationale Gegebenheiten (z.B. festgefahrene, langanhaltende Konflikte), die den Handlungsoptionen in der Außenpolitik Grenzen auflegen. Peake's (2001, 83) Ergebnisse führen zur Conclusio, dass die Aufmerksamkeit von außenpolitischen Themensetzungen von Präsidenten diktiert werden können, wenn sie den Schwerpunkt auf Bereiche legen, die weniger im Rampenlicht stehen. Diese Erkenntnisse

widersprechen der Ansicht von Edwards und Wood, die Präsidenten generell als schwache Themensetzer in der Außenpolitik begreifen. Dies heißt aber nicht, dass dieses Werk die Sichtweisen der traditionellen Modelle des Agenda Settings unreflektiert bestätigt. Es wird festgehalten, dass die Erfolgsquote von Präsidenten bei der Themensetzung keineswegs so hoch ist, wie sie laut den Theorien der traditionellen Modelle sein müsste (ebd. 2001, 84).

Rutledge und Larsen Price (2014, 443) betreiben einen Institutionenvergleich und beschäftigen sich mit der Frage, ob die Themensetzung innerhalb des politischen Systems im Allgemeinen eher vom Präsidenten oder dem Kongress dominiert wird. Die Frage geht zugunsten des Staatsoberhauptes aus. Von den sechs untersuchten Themenbereichen stellt Außenpolitik die aufschlussreichsten Erkenntnisse für diese Masterarbeit bereit. In der Gestaltung der internationalen Politik gehen die Autoren von einer wechsellvollen Beziehung zwischen beiden Institutionen aus. In anderen Worten, beide Player beobachten aufmerksam die Schritte des anderen und reagieren gegebenenfalls. Nichtsdestotrotz wird auch im Politikbereich der internationale Beziehungen beim Agenda Setting ein viel größerer Einfluss des Präsidenten auf den Kongress konstatiert (ebd. 2014, 460). Interessant ist jedoch das Resultat, wonach die internationale Sphäre der einzige Bereich ist, in welcher der Präsident auf eine verstärkte Aufmerksamkeit des Senats und/oder House of Representatives reagiert. Wenn man Außenpolitik als speziellen Machtbereich des Präsidenten definiert, kann diese Vorgehensweise „*as a way of protecting presidential turf*“ erklärt werden (Rutledge und Price 2014, 461).

Diese Masterarbeit schreibt den amerikanischen Präsidenten die wichtigste Funktion bei der Agenda-Setzung in der Außenpolitik zu. Sie schließt sich hierbei jenen Vermutungen an, die die diplomatische und militärische Machtfülle des Commander-in-Chiefs als Beleg heranziehen, dass die Außenpolitik vom Anführer der Exekutive dominiert wird (Peake 2001, 69–70). Im Zuge dieser Arbeit werden Außenpolitikentscheidungen der Trump-Regierung - mit Hinblick auf den Populismus - beleuchtet.

bb) Stimmung in der Bevölkerung

Nicht nur die eigene Ideologie bzw. der eigene Themensetzungsschwerpunkt, sondern auch die öffentliche Meinung hat möglicherweise eine Auswirkung auf die Positionierung von amerikanischen Präsidenten in der Außenpolitik. Sieht die US-Bevölkerung beispielsweise anhand der Medien grausame Bilder von einem internationalen Konfliktherd, könnte dies dazu führen, dass die öffentliche Stimmung lautstark ein amerikanisches Eingreifen fordert. Als Konsequenz könnte sich das Staatsoberhaupt dafür entscheiden, diesem Konflikt aktiv zu begegnen und ihn nicht zu ignorieren. In diesem Fall wäre die Themensetzungsmöglichkeit des Präsidenten durch ein internationales Event, die Transparenz durch Medien und vor allem die daraus folgende öffentliche Stimmungslage eingeschränkt. Ob die Öffentlichkeit jedoch tatsächlich eine Auswirkung auf die Außenpolitik ausübt, wird in der politikwissenschaftlichen Literatur unterschiedlich bewertet.

Realismus und Liberalismus, die beiden großen Traditionslinien innerhalb der Internationalen Beziehungen, hegen eine aufrechte Streitbeziehung, wenn es um die Rolle der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik geht (Holsti 1992, 439). Für realistische Strömungen stellt der mögliche Einfluss der öffentlichen Stimmung auf die Außenpolitik ein Schreckgespenst dar. Die Bevölkerung weist zu wenig Erfahrungswerte und einen zu kleinen Wissensstand über die internationale Politik auf, um zu einer stabilisierenden Außenpolitik beitragen zu können (ebd. 1992, 440). Dem widersprechend unterstreichen zahlreiche liberale Denkweisen den friedensstiftenden Charakter der öffentlichen Meinung. Politikerinnen und Politiker müssen sich in einem demokratischen System vor der Bevölkerung rechtfertigen. Sie werden daher die öffentliche Stimmung berücksichtigen, was in weiterer Konsequenz dazu führt, dass mögliche Kriegsgelüste von Anführerinnen und Anführern beschränkt werden (ebd. 1992, 439–40).

Knecht und Weatherford (2006, 707) argumentieren jedoch, dass große Teile der realistischen Denker nicht behaupten, dass die öffentliche Meinung überhaupt keine Auswirkung auf Außenpolitikgestaltung hat. Die Anhänger dieser Denkschule, die

verschiedene Ausprägungen aufweist, warnen nur vor den vermuteten - schlechten - Folgen einer Außenpolitik, die zu sehr auf die Stimmung in der Bevölkerung hört.

Unabhängig von den Folgen gibt es auch neuere Literatur, die den Einfluss der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik für gering hält. Jacobs und Page (2005, 117) sehen beispielsweise keine Anzeichen dafür, dass die amerikanische Außenpolitik nennenswert von den Stimmungen bzw. Meinungen der amerikanischen Gesellschaft beeinflusst wird. Die Autoren weisen darauf hin, dass dieses Resultat viele Arbeiten, die in den Jahren davor entstanden sind, und den Einfluss der öffentlichen Meinung betonen, konterkarieren. Ihre Ergebnisse zeigen, dass die amerikanische Außenpolitikelite vor allem die Ansichten von international operierenden Wirtschaftstreibenden berücksichtigt (ebd. 2005, 120).

In der aufschlussreichen Studie „Effects of Public Opinion on Policy“ von Page und Shapiro (1983, 188–89) wird im scharfen Kontrast zu den Annahmen der realistischen Schule festgehalten, dass Politikinhalt durchaus von der öffentlichen Meinung beeinflusst werden. Verändert sich die Sichtweise der Amerikanerinnen und Amerikaner mit Bezug auf bestimmte politische Themenbereiche, dann führt dies laut den Autoren mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu, dass Politikerinnen und Politiker die zugehörigen Politikinhalt ändern. Ein weiteres kritisches Paper von Jentleson (1992) analysiert die öffentliche Meinung mit Hinblick auf militärische Gewaltanwendung durch amerikanische Streitkräfte in der internationalen Sphäre. Die Untersuchung von Fallbeispielen mit beschränktem Gewalteininsatz aus den 1980er Jahren zeigt, dass die amerikanische Bevölkerung zwischen Regimewechsel und der tatsächlichen Eindämmung einer internationalen Bedrohung unterscheidet. Die Bevölkerung lässt Unterstützung für Militäraktionen durchblicken, wenn Aggressionen gegen Amerika vorgenommen werden – sei es gegen Bürgerinnen und Bürger oder Interessen. Bei politischen Versuchen, die Regierung in anderen Ländern mit militärischer Stärke zu bestimmen, sieht dies jedoch anders aus (Jentleson 1992, 64). Auch beim Zweiten Golfkrieg ergibt sich laut der Studie ein ähnliches Bild. Die Amerikanerinnen und Amerikaner *„apparently did see the difference between marching into Kuwait to restrain Iraqi foreign aggression and sinking into the quagmire of Iraqi internal political conflict“* (ebd. 1992, 71). Als Resultat kann der Schluss gezogen werden, dass das

Strategiedenken der amerikanischen Wählerinnen und Wähler in realistischen Modellen unterschätzt wird (ebd. 1992, 71). Die Darstellung der Bevölkerung als *"know-nothingist"* im Realismus wird somit herausgefordert (ebd. 1992, 72).

Als nächstes gibt die vorliegende Masterarbeit einen kurzen Literaturüberblick über konkrete Verbindungen zwischen US-Präsidenten und der öffentlichen Meinung. Anhand der amerikanischen Präsidentschaftswahl aus dem Jahr 2000 möchten Anand und Krosnick (2003) herausfinden, welchen Einfluss die außenpolitischen Zielvorstellungen der US-Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Wahl eines Präsidentschaftskandidaten ausüben. Ihre Ergebnisse legen nahe, dass die Beurteilung von Kandidaten für das höchste Staatsamt durch die außenpolitischen Ziele der Wählerinnen und Wähler beeinflusst wird (Anand und Krosnick 2003, 66). Außenpolitische Politikinhalte haben vor allem dann eine Auswirkung, *„when the candidates took distinct positions and when voters both attached great importance to the issue and possessed a great deal of knowledge“* (ebd. 2003, 67). Basierend auf den Ergebnissen dieser Arbeit müssten Präsidenten primär vor der Wahl zur zweiten Amtszeit die Reaktion der öffentlichen Meinung verstärkt in ihrer Außenpolitik berücksichtigen, um sich eine Wiederwahl zu sichern.

cc) Beratungsstäbe

Anhand der TV-Fantasyserie Game of Thrones, die zahlreiche spannende Inhalte für Politologinnen und Politologen aufweist, erkennt man die Bedeutung von Beratern für die Entscheidungsfindung von politischen Machthabern. Die beliebte Fernsehserie illustriert die Kämpfe zwischen den verschiedenen Beraterinnen und Beratern, die vom gewünschten Zugang zum Monarchen bis hin zur Durchsetzung der eigenen Politikvorstellungen reichen. Auch werden Konflikte zwischen – in diesem Fall – den Monarchen und ihren Ratgebern aufgezeigt. Figuren wie Tyrion Lannister, Petyr "Littlefinger" Baelish und Varys wurden keineswegs als Hauptfiguren konzipiert und üben dennoch eine starke Relevanz für die erfolgreiche Serie aus. Das bringt mich nun zur Frage, welche Rolle den außenpolitischen Beratern der amerikanischen Präsidenten in der politikwissenschaftlichen Literatur eingeräumt wird?

Die gemeine - wissenschaftlich unreflektierte - Annahme lautet, dass Außenpolitik zu großen Teilen vom jeweiligen Präsidenten konzipiert wird. Doch wie entsteht Außenpolitik überhaupt? Wissen Präsidenten über jedes Thema und jedes Land Bescheid und haben noch dazu sämtliche Informationen? Sehr unwahrscheinlich – selbst für die belesensten aller Staatsoberhäupter. Der Politikwissenschaftler David Mitchell (2010) betont daher die Bedeutung des präsidentiellen Management-Stils für die Gestaltung der Außenpolitik. Das nachfolgende Zitat zeigt präzise auf, wieso Außenpolitik vom Führungsstil beeinflusst wird:

„Management style influences how the leader engages the policy-making process, who participates in the process, how information is processed, and how disagreements are resolved (Mitchell 2010, 631).“

Eine weitere aufschlussreiche Studie von Mitchell (2005) befasst sich mit der Frage, wie die Entscheidungsprozesse in der amerikanischen Außenpolitik durch den gewählten Führungsstil des Präsidenten beeinflusst werden. Der Politologe identifiziert dahingehend vier unterschiedliche Prozesse der Entscheidungsfindung, die von der Auswahl des jeweiligen Beratungssystems abhängen (ebd. 2005, 181) und auf den nachfolgenden Seiten dargestellt werden.

Die präsidentielle Beratung wird bei Mitchell (2005, 186) anhand einer Typologie dargestellt, die zwischen formeller und kollegialer Struktur sowie hoher und geringer Zentralisierung unterscheidet. Ein Beratungssystem, das sich durch Formalität und hohe Zentralisierung auszeichnet, wird demzufolge von jenen Präsidenten gewählt, die gerne die Kontrolle behalten bzw. gerne alles unter Kontrolle haben. Hierbei geben die Präsidenten ihre Präferenzen bekannt und die Beraterinnen und Berater werden bei ihren Politikvorschlägen mit hoher Wahrscheinlichkeit die Sichtweisen des Oberbefehlshabers berücksichtigen. Streit unter den Ratgeberinnen und Ratgebern ist in diesem System verpönt, weswegen es klar geregelte Verfahren (= formelle) zur Entscheidungsfindung gibt. Dadurch soll verhindert werden, dass Beraterinnen und Berater, die diametrale Vorschläge unterbreiten wollen, Unruhe ins Beratergremium bringen. Nicht vergessen darf man außerdem die Position des „Gatekeepers“. Die

Informationsflüsse laufen über diese mächtige Person, die den Zugang ermöglichen (bei wohlgesinnten Meinungen) oder erschweren/verhindern (Meinungen, die dem Ziel des Präsidenten widerlaufen) kann (ebd. 2005, 185). Im idealtypischen Sinn führt dieser Führungsstil zu „*dominant solutions*“ (Mitchell 2005, 187–88). Schlussendlich fällt die Entscheidung für jenen Vorschlag, der schon zu Beginn des Überlegungsprozesses als bevorzugte Wahl angesehen wurde. Das nachfolgende Zitat fasst diesen Managementstil treffend zusammen:

“The expression of the leader’s preferences with these instituted norms privileges the president’s views, gearing any solutions to fit the president’s preferences (Mitchell 2005, 187–88).

Beim zweiten Führungsstil geht eine formelle Beratungsstruktur Hand in Hand mit einem geringen Zentralisierungsgrad. Der Entscheidungsfindungsprozess wird hierbei nicht von einer überragenden Person (= Präsident) kontrolliert und im Vorhinein mit Politikwünschen gelenkt. Vielmehr gibt es eine große Anzahl an Meinungen, die im Denkprozess kundgetan werden können sowie einen durchläufigeren Umgang zwischen den Beraterinnen und Beratern und dem Präsidenten. Konflikte auf einer niedrigeren Ebene zwischen den verschiedenen Beratern sind das Resultat dieses offenen Diskursklimas (Mitchell 2005, 185–86). Idealtypisch müsste dieser Führungsstil „*deadlock*“ oder „*dominant-subset solutions*“ mit sich bringen. Ein Patt (= deadlock), der zu keiner Entscheidung führt, wird im Vergleich als die unwahrscheinliche Option angesehen. Viel eher führt dieser Management-Stil dazu, dass die Ansichten von raffinierten Beraterinnen und Beratern, die ihre Politikvorschläge auf geschickte Art und Weise beim Präsidenten deponieren, bevorzugt angewendet werden (ebd. 2005, 188). Den Präsidenten als aktives Mitglied des Entscheidungsfindungsgremiums findet man bei einem Managementstil, der kollegial und stark zentralisiert ist. Es finden regelmäßige Treffen statt, an denen der Regierungschef teilnimmt und herausfordernde Fragen an seine Beraterinnen und Berater stellt. Es werden keine großen ideologischen Wünsche im Vorhinein geäußert, viel mehr soll diese Vorgehensweise zu umsetzbaren Politikinhalt führen (ebd. 2005, 186). „*Integrative solutions*“ sind das vermutete

Resultat dieses Entscheidungsprozesses. Die gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten, die Möglichkeit, die eigene Meinung aufgrund einer großen Anzahl an Optionen zu ändern sowie die schlussendliche Kompromissbildung können als die wichtigsten Komponenten dieses Entscheidungsprozesses bezeichnet werden (ebd. 2005, 188). Kollegialität und geringe Zentralisierung zeichnen den letzten Managementstil aus. Hierbei findet eine freiwillige Machtdelegation vom Präsidenten zu einflussreichen Expertinnen und Experten statt. Der POTUS nimmt keine ausreichende Kontrollfunktion wahr, was Machtkämpfe und Konflikte im Beratergremium mit sich bringt (ebd. 2005, 187). Laut Typologie müsste dieser Führungsstil zu „*deadlock*“ oder „*subset solutions*“ führen. Verschiedene Beraterinnen und Berater, die mit großer Macht vom Regierungschef ausgestattet werden, haben kein Interesse daran, einen gemeinsamen Konsens zu finden. Dies führt zu einem Patt. Die zweite Möglichkeit bezieht sich darauf, dass gewisse Personen erfolgreicher darin sind, den Präsidenten von der Richtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen, was dazu führt, dass ihre Ansichten bei der schlussendlichen Entscheidung genommen werden (ebd. 2005, 188).

Doch wie erkennt man nun den Einfluss von Beratungsstäben auf die Außenpolitik? Diesbezüglich reicht ein Blick in die Literatur, die zahlreiche Fallbeispiele kennt. Redd (2005, 146) sieht beispielsweise die damalige US-Außenministerin Albright als (eine) treibende Kraft hinter den amerikanischen Luftschlägen auf Serbien im Jahre 1999. Das Paper zeigt u.a. auf, welche einflussreiche Rolle Beraterinnen und Berater bei außenpolitischen Krisenfällen spielen (Redd 2005, 146–47). In diesem Fall war also eine Beraterin (→ die Außenministerin) maßgeblich dafür verantwortlich, dass ein amerikanischer Präsident militärische Angriffe auf ein anderes Land anordnet. Wenn man davon ausgeht, dass eine Militäraktion das letztmögliche und abschreckendste Mittel der Außenpolitik darstellt, sieht man bereits die Einfluss- bzw. Machtmöglichkeiten von Beratungsstäben.

Dieses Werk geht davon aus, dass die Trump-Präsidentschaft nur schwer in einen idealtypischen theoretischen Rahmen passt. Es wird argumentiert, dass die „dünne“ Ideologie des Populismus, die (teilweise unreflektierte) Themensetzung des

Präsidenten, die Stimmung in der Bevölkerung mit Hinblick auf eine mögliche Wiederwahl und Beraterinnen und Berater einen Einfluss auf die Trumpschen Entscheidungen in der Außenpolitik ausübten. Nichtsdestotrotz wird der Verdacht gehegt, dass Beraterinnen und Berater die schwächste Auswirkung auf die außenpolitischen Entscheidungen des Präsidenten hatten. Diese Vermutung wird mit gewissen narzisstischen Tendenzen des ehemaligen Staatsoberhauptes begründet. Viel mehr wird jedoch auf Simms und Laderman (2017, 123) verwiesen, die bereits im Jahr 2017 argumentierten, dass sie die Einflussmöglichkeiten von Beratungsstäben auf die tatsächlichen außenpolitischen Entscheidungen des Präsidenten für nicht-existent halten. Als Begründung wurden unter anderem die nachfolgenden Äußerungen von Trump herangezogen, die er in einer amerikanischen Talkshow „Morning Joe“ von sich gab, nachdem die Moderatorin wissen wollte, mit welchen Personen er sich mit Hinblick auf die Außenpolitik bespricht: *“I’m speaking with myself, number one, because I have a very good brain and I’ve said a lot of things.”*(Interview Trump; zit. nach: Collins 2016). Im gleichen Interview meint Trump zwar, dass er Gespräche mit sehr vielen Personen führt, um dann jedoch gleich im Anschluss anzumerken, dass er sich selbst als seinen wichtigsten Berater hält, da er einen *„good instinct for this stuff“* hat (Interview Trump; zit. nach: Collins 2016). Diese Aussagen vom Präsidentschaftsbewerber Trump wiesen schon damals nicht darauf hin, dass Beratungsstäbe zu irgendeinem Zeitpunkt viel Einfluss beim tatsächlichen Präsidenten Trump haben werden. Wie bereits zuvor erwähnt, möchte diese Arbeit jedoch noch einmal darauf hinweisen, dass der Fokus auf den kommenden Seiten nicht darauf liegt, welcher dieser Aspekte den stärksten Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik ausübt. Stattdessen steht die Rolle des Populismus bei der amerikanischen Außenpolitikgestaltung im Mittelpunkt der Analyse.

3) Die geistigen Wurzeln der Trumpschen Außenpolitik

Allgemein gilt: Donald Trump ist ein Populist. So kurz, so einfach. Und – wie bereits erwähnt – basiert die vorliegende Masterarbeit auf der Ansicht, dass der Populismus eine dünne Ideologie darstellt, die zahlreiche Politikentscheidungen nicht umfangreich theoretisch erläutern kann. Daher gefällt dieser Arbeit die Ansicht von Wehner und Thies (2020, 16), die eine analytische Verknüpfung zwischen Populismus und zumindest einer anderen beeinflussenden Sichtweise fordert, um populistische Außenpolitik verstehen zu können:

„While populism has a core (anti-elite, pro-people and general will) that is used by the populist leader to justify the selection of roles to be played internationally, the role conceptions under populist leadership are also informed by a thick ideology, like neoliberalism or socialism, or a another thin one like nationalism.“ (Wehner und Thies 2020, 2)

In anderen Worten heißt dies, dass Populismus alleine nicht ausreicht, um die politischen Entscheidungen von Politikerinnen und Politikern auf der internationalen Ebene zu erklären. Zumindest eine weitere Weltanschauung wirkt sich auf deren Handlungen aus. Diese Masterarbeit versucht nun auf den nachfolgenden Seiten herauszufinden, durch welche weitere(n) Sichtweise(n) – neben dem Populismus – die Außenpolitik von Donald Trump beeinflusst wurde.

a) Gibt es eine Trump-Doktrin?

Welche Worte beschreiben die Außenpolitik des ehemaligen Präsidenten Donald J. Trump? Welches Weltbild vertritt er in den internationalen Beziehungen? Wurden Trumps Entscheidungen auf der Weltbühne durch eine zusätzliche Ideologie (neben dem Populismus) beeinflusst? Und welche Ziele wollte der ehemalige TV-Star durch seine Außenpolitik erreichen? Das mögliche Vorhandensein einer außenpolitischen Doktrin kann eine (Teil-)Auskunft über all diese Fragestellungen geben.

Zunächst erfolgt eine Reflexion darüber, was man überhaupt unter der Begrifflichkeit „Doktrin“ versteht? Die Definition dieses Wortes stellt eine spannende intellektuelle

Herausforderung dar und kann umfangreich theoretisch bearbeitet werden. Für diese Masterarbeit, die sich nicht mit der Doktrin als ideengeschichtliches Subjekt interessiert, reicht jedoch eine kurze Einführung. Der Name stammt ursprünglich vom lateinischen Wort „doctrina“ ab und bedeutet so viel wie „Lehre“. Versteht man nun unter einer Doktrin eine umfangreiche, in sich geschlossene politische Ideologie, die in der Praxis angewandt wird?

Für den Politikwissenschaftler Brand (zit. nach: oe1.orf.at 2017) ist eine Doktrin *„vor allem ein Begriff der Außen- und Sicherheitspolitik und meint am ehesten ein politisches Leitbild, das in der Regel einseitig deklariert wird“*. Doch nicht jede (z.B. einmalig vorgegebene) außenpolitische Zielvorgabe eines amerikanischen Staatsoberhauptes wird automatisch eine Doktrin. Kelly (2019) unterscheidet zwischen *„overarching foreign policy goals“* auf der einen Seite und einer *„presidential doctrine“* auf der anderen Seite. Worin liegt der Unterschied? Eine präsidentielle Doktrin *„refers to a more consistently applied foreign policy ideology“* (Kelly 2019). Möglicherweise handelt es sich bei einer Doktrin um Glaubenssätze zur Erreichung von außenpolitischen Zielen, die vom Präsidenten nicht geändert werden. Unverrückbare Ansichten, die einen Teil des präsidentiellen Weltbilds darstellen, und eine bestimmte Außenpolitik nach sich ziehen. Sollte ein Präsident „normale“ Außenpolitik, ohne festes ideologisches/doktrinäres Grundgerüst, betreiben und seine außenpolitischen Entscheidungen wie ein Fähnchen im Wind drehen, wird er mit keiner Doktrin in den Geschichtsbüchern zu finden sein. Die Außenpolitik muss sich durch hervorstechende Eigenschaften auszeichnen, um den Namen Doktrin zu verdienen. Nennenswerte Beispiele, die allgemein bekannt sind, wären die Monroe- (1823), Truman- (1947) oder auch, in neueren Zeiten, die Bush-Doktrin (benannt nach George W. Bush). Es gibt jedoch zahlreiche Präsidenten, deren Wirken in den internationalen Beziehungen nicht ausreichte bzw. nicht konsistent genug war, um so ein Denkbündel zu erhalten.

Wird man in zukünftigen Geschichtsbüchern von einer Trump-Doktrin lesen? Das vorliegende Werk wirft zunächst einen Blick in die politikwissenschaftliche Literatur, um herauszufinden, ob eine „Trump-Doktrin“ in der amerikanischen Außenpolitik bereits feststellbar ist. Welche Ideen, welche Überlegungen stehen hinter den außenpolitischen

Entscheidungen des 45ten US-Präsidenten? Welches Ziel sollte durch welche Methode erreicht werden? Gibt es ideengeschichtliche Wurzeln für seine Handlungen? Donald Trump wird oftmals als Außenseiter betrachtet, der das politische Establishment in Washington mit unkonventionellen Ansichten aufschreckt. Zahlreiche Meinungsartikel sind erschienen, die seine außenpolitische Inkonsistenz kritisierten. Stimmt dieser Vorwurf, dann hätte seine Außenpolitik keine Doktrin verdient. Doch trifft diese Unterstellung wirklich zu oder standen seine Politikentscheidungen in einer intellektuellen, außenpolitischen Tradition bzw. folgten sie einem persönlichen Dogma? Oder wurde die Außenpolitik der USA von einem trieb- und impulsgetriebenen Immobilienunternehmer gestaltet, der keine langfristigen Überlegungen in seine Handlungen miteinbezog und von keiner Denkschule bzw. keiner Außenpolitiktheorie Beeinflussung erhielt?

aa) Auf 7 folgt 45 – Das Erbe von Andrew Jackson

Clarke und Ricketts (2017, 368) sehen Überschneidungen in der Außenpolitik von Donald J. Trump und der „*Jacksonian school of thought*“. Ihr Paper bezieht sich häufig auf den renommierten Politikwissenschaftler Walter Russel Mead, der diese Denkschule, die nach dem siebten US-Präsidenten Andrew Jackson benannt wurde, umfangreich analysierte und erläuterte. Die Autoren fassen die relevanten Aspekte dieser Weltsicht gut zusammen, die beispielsweise „*a pessimistic view of the political elite*“ einnimmt und sich außerdem durch „*principles of populism, individualism, honor, and courage*.“ auszeichnet (ebd. 2017, 368). Die vorliegende Masterarbeit betrachtet die Ausführungen zum Jacksonianismus als wichtig, weswegen der Arbeit von Clarke und Ricketts sowie den Überlegungen von Mead eine umfangreiche Rolle eingeräumt wird. Dieses Unterkapitel basiert auf deren theoretischen Erläuterungen.

Wie können sich die oben genannten Schlagwörter der Jackson-Denkschule auf die konkrete Außenpolitik der Vereinigten Staaten auswirken? Die Anhänger von Jackson argumentieren, dass der Schutz des amerikanischen Volkes als bedeutendste Aufgabe der äußeren Politik angesehen werden muss (ebd. 2017,

369). Anhand dieser Grundüberzeugung identifizieren Clarke und Ricketts fünf einfache Handlungsanweisungen, die die Vereinigten Staaten in der internationalen Sphäre nach Ansicht der Jacksonianer berücksichtigen müssen. Militärische Gewalt ist (nur) dann akzeptabel, wenn die Interessen der USA eindeutig gefährdet sind. Weiters wird der „*Ehre der Nation*“ und dem „*Ansehen*“ der Vereinigten Staaten in der Welt eine wichtige Rolle zugestanden. Sollte sich das Land mit Würde und Anstand in der internationalen Politik verhalten, wird diese Vorgehensweise von anderen Nationen wahrgenommen und positiv zurückspiegeln (ebd. 2017, 369). Der dritte und vierte Aspekt betrifft wiederum die kompromisslose Kriegshaltung. Sobald Amerika in einen Krieg eintritt, muss dieser Konflikt bis zum bitteren Ende - für den Feind - geführt werden, anders ausgedrückt: „*victory in war must be total*“ (ebd. 2017, 369). Sollte dieser überzeugende Sieg nicht eintreten (z.B. im Vietnam-Krieg), sind die Anhänger von Jackson nur schwer davon zu überzeugen, die Feindhaltung gegenüber dem Gegner aufzugeben (ebd. 2017, 369–70). Der letzte (und möglicherweise bekannteste) Bestandteil der Jackson-Denkschule besteht darin, dass eine zurückhaltende oder auch „*minimalistische*“ Außenpolitik betrieben werden sollte, wenn „*keine direkten Gefahren für die amerikanische Sicherheit*“ erkennbar sind (ebd. 2017, 370). Dieser letzte Punkt wird im Text passend illustriert und gibt eine aussagekräftige Einschätzung mit Blick auf diese Außenpolitiktheorie. Anhänger dieser Weltsicht kritisieren militärische Hilfestellungen für arme/sozial schwache Länder (z.B. die Clinton-Intervention in Bosnien), die keine Relevanz für die „*traditionellen nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten*“ aufweisen. Es ist nicht die Aufgabe der amerikanischen Außenpolitik Ländern wie Bosnien zu helfen, wenn keine direkte Bedrohung für das eigene Land besteht (ebd. 2017, 370).

Gibt es hierbei eine Verbindung zu Donald J. Trump? Trumps Außenpolitik war tatsächlich vom Gedanken an die Nützlichkeit für Amerika getrieben. Die Autoren zitieren dahingehend Larison (2015; zit. nach: Clarke und Ricketts 2017, 372), der dieses Nutzdenken folgendermaßen zusammenfasst:

“If we can pin down his foreign policy at all, it is aggressive and unilateralist when Trump thinks the United States has something to gain, and it is otherwise content to leave regional problems to regional actors.”

Zusammengefasst identifizieren Clarke und Ricketts zwei Merkmale, die im Mittelpunkt der Außenpolitik des 45ten Präsidenten standen und dessen Verknüpfung zur Denktradition von Andrew Jackson aufzeigen. Donald Trump lehnt die – angeblich amerikafeindliche – liberale Weltordnung ab, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde, und zweitens: der amerikanische Oberbefehlshaber verwendet „*a strategy of unilateralism to vindicate the Jacksonian segments of American society*“ (ebd. 2017, 373).

Die ideologische Einordnung von Donald J. Trump in die Denktradition von Andrew Jackson ist aufschlussreich und die vorliegende Masterarbeit hält sie in großen Teilen für geeignet. Nichtsdestotrotz wird argumentiert, dass sich Trump keine genauen Kenntnisse über zentrale außenpolitische Denkschulen angeeignet hat, und sie daher auch nicht kontinuierlich anwendete. Vielmehr agierte er oftmals populistisch und instinktgetrieben, was häufig Ergebnisse und Äußerungen nach sich zog, die in der Weltanschauung des siebten amerikanischen Präsidenten stehen. Bei impulsgetriebenen Handlungen liegt es auf der Hand, dass unilateral vorgegangen wird. Langatmige Abstimmungen mit Verbündeten würden die emotionale Komponente abschwächen und möglicherweise zu anderen Ergebnissen führen. Trotz dieser Einschränkung, die auf mangelhaftes Interesse an ideengeschichtlicher/theoretischer Weiterbildung sowie eine starke Fokussierung auf den eigenen Instinkt zurückgeführt wird, nahm Trump bewusst Anleihen bei Präsident Andrew Jackson. Zwei symbolische Akte, die er zu Beginn seiner Amtszeit vornahm, untermauern diese These. Im Jänner 2017 entschied er sich, ein Portrait seines Vorgängers Jackson im Oval Office aufzuhängen (Waxman 2017) und im März desselben Jahres stattete er der letzten Ruhestätte (= Haus und Museum) des siebten amerikanischen Präsidenten einen Besuch ab und bezeichnete ihn dort als *“people's president.”* (Meyer und Ebert 2017).

Eine gewisse Faszination für „Old Hickery“ (= Spitzname von Jackson) war also durchaus erkennbar.

b) Trumps Außenpolitik in den Medien

Neben der Fachliteratur kann auch ein kurzer Blick in die (Qualitäts-)Medien Auskunft über die Außenpolitik von Donald Trump geben. Wurde in den Kommentatorensiten von renommierten Publikationen von einer Trump-Doktrin geschrieben? Der amerikanische Diplomat und Präsident der angesehenen Denkfabrik „Council on Foreign Relations“ Richard Haass (2020) spricht von einer „*Withdrawal Doctrine*“. Im außenpolitischen Denken von Donald Trump spielt der Ausstieg aus zahlreichen internationalen Vereinbarungen und Institutionen eine zentrale Rolle. Der Meinungsartikel führt dahingehend Beispiele wie den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen an. Mit Hinblick auf viele globale Herausforderungen, die nach einer internationale Abstimmung schreien würden, wird die Sinnhaftigkeit der Trump-Doktrin von Haass öffentlich angezweifelt. Problematisch findet er außerdem die Tatsache, dass die Ausstiege von den Vereinigten Staaten einseitig durchgeführt wurden. Hätte sich der Präsident bei gewissen Handlungen mit Verbündeten abgesprochen, wäre möglicherweise ein besserer Deal zustande gekommen und ein Ausstieg wäre überhaupt nicht notwendig gewesen. Der Diplomat (2020) schlussfolgert daher, dass die Aufkündigung zahlreicher Abkommen und das Verlassen von internationalen Institution keine nennenswerten Vorteile gebracht habe, sondern „*it is leading to diminished U.S. influence, prosperity and security.*“

Für Ward (2019) handelt es sich bei der Trump-Doktrin um eine praktische Umsetzung des Wahlkampfeslogans „America First“. Trump hat kein Interesse an Kriegseinsätzen, deren Ausgang ungewiss ist. Die Vereinigten Staaten unter Trump sollen nur jene Kriege führen, in welchen ein Sieg vorprogrammiert ist und ein schneller Abzug möglich erscheint. Außerdem führt der Autor an, dass altruistische Hilfestellungen gegenüber anderen Staaten abgelehnt werden. Es soll nur dann geholfen werden, wenn die Vereinigten Staaten davon profitieren. Bei gewaltsamen Konflikten von Staaten, die keine Relevanz für Amerika aufweisen, muss sich das amerikanische Militär zurückhalten. Diese Länder sollen ihre Probleme selbstständig lösen. Moral, Werte oder

demokratische Unterstützung fehlen im Baukasten der amerikanischen Außenpolitik unter Trump. Die nachfolgende Einschätzung dieser Masterarbeit basiert u.a. auf dem obigen Meinungsartikel von Ward und zahlreichen anderen Publikationen zu dieser Thematik. Der außenpolitischen Weltsicht von Präsident Trump hat eine langfristige Komponente gefehlt. Der ehemalige amerikanische Oberbefehlshaber wollte keine langanhaltenden Kriege. Zur Erreichung dieses Ziels konnte es vorkommen, dass er Konfliktherde abrupt verlässt, strategische Partner verärgert und Verbündete im Stich lässt. Trump meinte, dass dieses Vorgehen im Interesse des eigenen Volkes war, da keine amerikanischen Soldaten in gefährliche Auslandseinsätze geschickt wurden. Er hat dabei jedoch übersehen, dass diese Lücke von feindlichen Mächten gefüllt wurde, und in Zukunft (möglicherweise) eine Gefahr für Amerika darstellen könnte.

Zu einer positiven Sichtweise mit Hinblick auf die Außenpolitik von Donald Trump kommen demgegenüber Yoo und Herman (2020) in der konservativen New York Post. Die Trump-Doktrin zeichne sich durch eine Wiederbelebung und Stärkung der amerikanischen Souveränität in den internationalen Beziehungen aus. Diese nationale Selbstbehauptung führte zum Austritt aus zahlreichen Abkommen wie z.B. dem zuvor genannten Pariser Klimaabkommen, welche die Handlungsoptionen und Gestaltungsmöglichkeiten der USA unnötigerweise einschränkten. Die weiteren drei Punkte, die Trumps außenpolitische Leitlinie umfassen, betreffen die Kennzeichnung Chinas als größten Rivalen und Gefahr für die Welt; eine scharfe Haltung gegenüber russischer Aggression (z.B. in Form von wirtschaftlichen Sanktionen) und die Aufkündigung des Iran-Abkommens. Unter Trump gab es keine großzügigen Zahlungen an die iranische Theokratie, vielmehr wurde der Staat wirtschaftlich an den äußeren Rand der Weltwirtschaft gedrängt. Für die Verzögerung des iranischen Atomwaffenbaus sollten keine amerikanischen Dollar bezahlt werden. Für die Autoren stellte die Außenpolitik von Präsident Trump eine Erfolgsgeschichte dar, die von seinen Kritikern nicht anerkannt wurde (Yoo und Herman 2020).

Auch der konservative Autor und Blogger Ross Douthat (2019) hat - nach Analyse der ersten beiden Präsidentschaftsjahre - in seinem Meinungsartikel in der New York Times eine außenpolitische Trump-Doktrin festgestellt. Bei dieser handelt es sich um eine

„doctrine of disentanglement, retrenchment and realignment, in which the United States tries to abandon its most idealistic hopes and unrealistic military commitments, narrow its list of potential enemies and consolidate its attempts at influence.“ (Douthat 2019).

Der Meinungsautor vermutet, dass die Außenpolitik unter Trump realistischer gehandhabt wurde. Werte und Idealismus spielten keine (große) Rolle bei den Entscheidungen. Die starke Ausdehnung der amerikanischen Außenpolitik sollte auf ein sinnvolles Maß zurückgefahren werden. Die Infragestellung bzw. Zerstörung der amerikanischen Vormachtstellung sei jedoch laut Douhat (2019) nicht das Ziel von Präsident Trump, vielmehr *„to maintain American primacy on a more manageable footing, while focusing more energy and effort on containing the power and influence of China.“* Der ehemalige amerikanische Präsident wollte die Fähigkeiten seines Landes nicht unnötig in der internationalen Politik ausreizen. Die Kapazitäten sollten stattdessen eingesetzt werden, um der größten amerikanischen Bedrohung, nämlich China, etwas entgegenzusetzen. Die Trump-Doktrin ist also ein Zurückfahren des amerikanischen Einflusses in zu vielen außenpolitischen Themenbereichen, und stattdessen die Konzentration auf relevante Angelegenheiten. Eine illusionslose Tatsacheneinschätzung, die einer zu großen amerikanischen Einmischung in der Welt kritisch gegenübersteht. Die Vereinigten Staaten sollen sich auf ihre konkreten Interessen bzw. Herausforderungen (China!) fokussieren.

c) War alles vorhersehbar?

Das Buch *„Wir hätten gewarnt sein können“* von Simms und Laderman (2017) dient als Inspirationsquelle für diese Frage und liefert gleichzeitig ihre Antwort. Die beiden Autoren weisen anhand von zahlreichen Interviews in scharfsinniger Weise darauf hin, dass Donald Trump gewisse politische Ansichten seit mehr als drei Jahrzehnten vertritt. Da ihr Werk im Jahr 2017 erschien, konnten sie mit Bezug auf die Präsidentschaft nur erste Vermutungen anstellen, die auf den langjährigen Ansichten von Trump beruhten. Kurz nach Ende seiner Präsidentschaft möchte diese Masterarbeit nun die Thesen von Simms und Laderman überprüfen. Blieb Trump bei seinen jahrzehntelang geäußerten Ansichten oder kam es durch den Amtsantritt zu Richtungsänderungen?

Im Denken von Donald Trump nimmt der Welthandel eine wichtige Rolle ein. Jahrelang hat er den Standpunkt vertreten, dass die Vereinigten Staaten aufgrund von unfähigen amerikanischen Politikern im internationalen Handel schlecht aussteigen würden (Simms und Laderman 2017, 15). Die USA würden – bei Handelsbeziehungen – nicht nur von Opponenten, sondern auch von Freunden ausgenützt werden (Simms und Laderman 2017, 23). In einem Interview in der Late Night Show von David Letterman im Jahr 1988 wird Japan als Beispiel für solch einen ausnützenden Freund dargestellt. Trump beschwert sich darüber,

„was gewisse Länder wie Japan diesem Land antun. Ich meine, sie nutzen dieses Land wirklich aus. Die Handelsdefizite, von denen wir hören, schaut man sich die Defizite an, da kommen sie und reden von Freihandel, und sie laden die Autos und Videorekorder und alles andere ab. Wir verteidigen Japan für buchstäblich nichts, was kaum zu glauben ist.“ (Simms und Laderman 2017, 59–60)

Im Buch werden zahlreiche weitere Aussagen von Trump genannt, in denen er die ungleichen Handelsbilanzen zwischen Amerika und anderen Ländern sowie unfaire Handelspraktiken im Allgemeinen über einen langen Zeitraum kritisiert (Simms und Laderman 2017 z.B. 72; 92 und 103). Bei seinen Ausritten gegen den Welthandel und ungleiche Handelsbilanzen findet oftmals eine Vermischung mit militärischen Angelegenheiten statt. Wie im oben genannten Zitat ersichtlich, kritisiert er die Vorgehensweise der USA, zahlreiche wohlhabende Länder militärisch zu einem - seiner Meinung nach - zu geringen finanziellen Preis zu unterstützen. Die Ansicht, dass Amerika im Außenhandel abgezockt wird, bildete also über Jahrzehnte eine Grundkonstante in der Weltsicht des 45ten Präsidenten.

Eine weitere unveränderliche Überzeugung im außenpolitischen Weltbild von Donald Trump stellen US-Interventionen im Ausland dar. Diese sollen nur dann durchgeführt werden, wenn die Vereinigten Staaten im Gegenzug dafür entschädigt werden. Bei den Aufwandsentschädigungen kann es sich um Geld und/oder Ressourcen handeln (Simms und Laderman 2017, 128–29). Laut den Autoren führt diese Einstellung dazu, dass Amerika unter Trump *„die Rolle des Weltpolizisten aufgeben“* wird (Simms und Laderman 2017, 128).

Die Abwesenheit der USA aus internationalen Konfliktherden wird von den Autoren als größte Gefahr für die Weltordnung angesehen. Seine großangekündigten Versprechungen, dass er gewisse Kriege nicht führen würde, bedeuten im Umkehrschluss, dass angriffslustige Länder keinerlei Abschreckung durch eine mögliche militärische Intervention der USA fürchten müssten (Simms und Laderman 2017, 134). Mit Hinblick auf die Bündnisverpflichtung der NATO klingt dies vor allem für gewisse europäische Länder bedrohlich. Der militärische Schutz durch die USA unter einer Präsidentschaft Trump schien nicht mehr sicher zu sein. Die ablehnende Haltung gegenüber der Schutzfunktion wird damit begründet, dass die finanziellen Zuwendungen zahlreiche Länder zur NATO nicht ausreichen würden (Simms und Laderman 2017, 26). Angriffe auf friedliche Länder (z.B. aus historischen Gründen, „Großmachtfantasien“ oder rohstofftechnischen Erwägungen) werden durch solche Ansichten ermuntert. Angriffslustige Autokraten müssten kein Eingreifen der einzig verbliebenen Supermacht berücksichtigen. Dies kann die Welt zu einem unsicheren und bedrohlichen Ort machen.

Weitere wiederkehrende Sichtweisen sind der Hass auf die schwachen/unfähigen amerikanischen Politikerinnen und Politiker, die vom Ausland abgezockt werden (Simms und Laderman 2017 z.B. 62-63 und 93); die „*Wiederherstellung der nationalen Größe der Vereinigten Staaten*“, die eine Betonung des Nationalismus gegenüber des Globalismus bedeutet (Simms und Laderman 2017, 21) sowie die Skepsis gegenüber der Demokratieverbretung (in anderen Worten, „*Nationbuilding*“) im Ausland durch amerikanische Truppen (Simms und Laderman 2017, 20).

Haben sich die Prognosen von Simms und Laderman in der Praxis bewährt? Die genaue Thesenüberprüfung des Buchs „Wir hätten gewarnt sein können“ ist nicht das Ziel der vorliegenden Masterarbeit, dennoch lassen sich viele Entscheidungen des ehemaligen Präsidenten auf seine langjährigen Überzeugungen zurückführen. Trump hat NAFTA nachverhandelt und einen Wirtschaftskrieg mit China angefangen, er hat sich despektierlich über die NATO geäußert und die Rolle des Weltpolizisten definitiv aufgegeben. Darüber hinaus ist er aus zahlreichen internationalen Abkommen und Organisationen ausgetreten und hat eine betont nationalistische Politik betrieben. Die

Thesen von Simms und Laderman haben sich als aufschlussreich erwiesen. Die beiden Forscher erledigten einen hervorragenden Job, um Trumps Außenpolitik bereits im Voraus einschätzen zu können.

d) Kurzfresümee

In der Amtszeit von Präsident Donald J. Trump fand sich auf der offiziellen Website des Weißen Hauses unter dem Themenbereich Außenpolitik folgendes Einleitungsstatement:

„President Trump is bolstering American influence by leading a coalition of strong and independent nations to promote security, prosperity, and peace both within America’s borders and beyond. The promise of a better future will come in part from reasserting American sovereignty and the right of all nations to determine their own futures.“ (The White House o.J.).

Zwei Sätze, die die außenpolitische Zielsetzung von Trump charakterisierten. Die wichtigsten Schlagworte hierbei sind „*stark und unabhängig*“ sowie „*(erneute) Bekräftigung der amerikanischen Souveränität*“. Bezugnehmend auf eigene Analysen sowie vor allem auf zahlreiche wissenschaftliche Paper, Meinungsartikel und Experteneinschätzungen argumentiert diese Masterarbeit, dass man von einer Trump-Doktrin in der Außenpolitik sprechen kann. Sie zeichnet sich primär durch eine Betonung der nationalen Souveränität und einer Ablehnung des Multilateralismus aus. Die Vereinigten Staaten sollen sich in der internationalen Sphäre zurückziehen und nur dann eingreifen, wenn ihre Interessen in Gefahr sind. Die Rolle als Weltpolizist, der friedliebende Staaten gegen Aggressoren schützt, wird abgelehnt. Es ist nicht die Aufgabe der USA für Frieden und Ordnung in der Welt zu sorgen, wenn keine unmittelbaren amerikanischen Interessen bedroht werden. Handlungen in der Außenpolitik sollen nur dann gesetzt werden, wenn ein Nutzen für das amerikanische Volk herauspringt. Dieser Nutzen kann strategischer aber auch finanzieller Art sein. Der Slogan „America First“ soll durch unilaterale Handlungen auf der Weltbühne zu Leben erweckt werden. Trump sieht keinen Vorteil in supranationalen Organisationen und Vereinigungen, die Staaten koordinieren, um globale Probleme zu lösen. Das

ehemalige amerikanische Staatsoberhaupt glaubt an nationale Stärke und Problemlösungen. Im Vergleich zur Politik seiner Vorgänger stellte die Trumpsche Außenpolitik einen Paradigmenwechsel dar. Das Resümee lautet daher, dass die außenpolitische Trump-Doktrin in zukünftigen Lehrbüchern mit den Begrifflichkeiten „Nationalismus“, „aggressiver Unilateralismus“ und „scharfe Ablehnung von Multilateralismus“ zusammengefasst wird. Möglicherweise wird auch ein konkreter Bezug zu China - als größter Feind - in den Geschichtsbüchern aufscheinen.

4) Trumps Bezugnahme auf den außenpolitischen Populismus

Im dritten Kapitel dieser Masterarbeit wurde der Versuch unternommen, die ideologischen Wurzeln von Donald J. Trump mit Hinblick auf die Außenpolitik zu beleuchten. Der ehemalige Bauunternehmer aus New York vertritt zahlreiche Ansichten, die von der „Jacksonian school of thought“ propagiert werden. Trumps ideologisches Gerüst ist zweifellos der Nationalismus, der die amerikanischen Interessen unmissverständlich an die erste Stelle seiner Überlegungen setzt, und seinen Ausdruck im Slogan „*America First*“ findet.

Bevor sich das vorliegende Werk nun der konkreten populistischen Außenpolitik widmet, wird anhand eines kurzen Beispiels aufgezeigt, wie Donald Trump den klassischen Anti-Eliten-Populismus im Wahlkampf 2016 ausspielte, um amerikanischer Präsident zu werden. Der Milliardär Trump stellte seine Konkurrentin Hillary Clinton als abgehobenen Teil der Washingtoner Elite dar, die keinen Bezug zu den einfachen, hart arbeitenden Amerikanerinnen und Amerikanern aufweist. Zusätzlich wurde sie in regelmäßigen Abständen als korrupt gebrandmarkt. Trump verpasste ihr den Spitznamen „*Crooked Hillary*“ (Johnson 2016). Unvergesslich sind auch die zahlreichen Wahlkampfauftritte 2016, in denen seine Anhängerinnen und Anhänger forderten, dass Clinton eingesperrt gehört („*lock her up*“-Sprechchöre). Die ehemalige Außenministerin wurde als abgehobene und kriminelle Präsidentschaftskandidatin verunglimpft. Demgegenüber stellte sich Trump als Kämpfer für die sogenannten „*Bedauerlichen*“ („*deplorables*“) dar. Er nutzte einen folgenschweren Fehler seiner demokratischen Rivalin aus, die bei einer Veranstaltung meinte, „*you could put half of Trump’s supporters into what I call the basket of deplorables.*“ (Clinton; zit. nach: Reilly 2016). Hierbei wurden auf einen Schlag Millionen von Wählerinnen und Wähler als bedauerliche Gestalten abgestempelt.

Trump schlachtete diesen Lapsus im weiteren Wahlkampfverlauf genüsslich aus. Bei einer Wahlveranstaltung in Iowa bezog er sich beispielsweise auf Menschen aus zahlreichen beruflichen Professionen wie z.B. Polizisten und Soldaten sowie Arbeiterklasse-Familien, die ihn unterstützten und nur deswegen von Clinton als

bedauerlich abgestempelt wurden (Collinson 2016). Die populistische Verwendung dieser Begrifflichkeit verfestigte den Eindruck vieler Menschen im Land, dass Clinton eine arrogante Spitzenkandidatin der Elite sei, die keine Ahnung vom Leben eines Durchschnittsamerikaners habe und auf diesen zusätzlich mit Verachtung blicke.

Die populistische Erzählung von Donald Trump, wonach die elitäre Klasse einen großen Teil der amerikanischen Bevölkerung ignoriert, wurde durch die unreflektierte Aussage der ehemaligen US-Chefdiplomatin bestärkt. Die „*forgotten men and women*“ (Trump; zit. nach: Cowie 2016) in Amerika würden demnach nur von Trump sichtbar gemacht und vertreten werden. Dazu gehören primär weiße Arbeiterinnen und Arbeiter (v.a. aus dem amerikanischen „Rostgürtel“), die aufgrund von Outsourcing-Praktiken zahlreiche Industriejobs verloren haben (Meyerson 2016).

Der Bauunternehmer aus Queens hat bei der Präsidentschaftswahl 2016 wichtige Swing States wie Michigan und Pennsylvania gewonnen, in der zahlreiche Industriejobs verschwunden sind, und sich viele Personen als Globalisierungsverlierer betrachten. Im Gegensatz zu den Demokraten, die die Wahlmännerstimmen beider Staaten als sichere Bank betrachteten, hat Trump die Ängste und Sorgen dieser Menschen aufgenommen und adressiert. Sein Slogan „Make America Great Again“ kann sich zwar auf viele Themenbereiche beziehen, sollte aber unter anderem auch öffentlichkeitswirksam zeigen, dass er jene Leute nicht vergessen hat, und Jobs wieder nach Amerika zurückbringen möchte. Diese Wahlstrategie hat bei vielen verzweifelten Bewohnerinnen und Bewohnern ehemaliger Industriegebiete Anklang gefunden und in erheblichem Ausmaß zu seinem Wahlsieg beigetragen. Seine konsequent vorgetragene Anti-Eliten-Haltung in Kombination mit einer (vorgespielten) Volkstümlichkeit machte den Milliardär aus New York zum amerikanischen Präsidenten.

Nach diesem kurzen Exkurs kommt diese Arbeit nun zur populistischen Außenpolitik. Wie zuvor angeführt, geht der Autor dieser Masterarbeit – wie zahlreiche Menschen auf dieser Welt – davon aus, dass es sich bei Trump um einen herkömmlichen Populisten handelt. Diese Einschätzung ist eine einfache, unreflektierte Personenkategorisierung, die z.B. auf Interviews des Wahlkämpfers/Präsidenten oder dessen

Politikentscheidungen beruht. Das vorliegende Werk möchte nun jedoch in die Tiefe gehen und herausfinden, was an den außenpolitischen Handlungen von Donald Trump tatsächlich populistisch war. Diesbezüglich folgt erneut ein Verweis auf die Forschungsfrage(n): Wie nahm die Trump-Regierung bei ihren Außenpolitikentscheidungen Bezug auf populistische Kernthemen (z.B. Anti-Elitismus und Multilateralismus-Skepsis)? Die Auswirkungen des Populismus auf konkrete außenpolitische Handlungen werden untersucht.

a) Wer braucht schon Multilateralismus?

Die Ablehnung von multilateralen Abkommen und Institutionen gehört nicht zum Werkzeugkasten jedes einzelnen Populisten (siehe u.a. Plagemann und Destradi 2019; Wehner und Thies 2020). Mit Hinblick auf viele europäische Staaten und die USA trifft die populistische Abneigung gegenüber supranationalen Organisationen und internationalen Vereinbarungen jedoch oftmals zu. Diese Arbeit geht davon aus, dass Donald Trump ein Anhänger der außenpolitischen Überlegungen von Andrew Jackson ist und daher eine beträchtliche Skepsis gegenüber multilateralen Institutionen aufweist (Mead 1999, 18). Er setzt auf ein starkes Amerika, das seine eigenen Interessen auf der internationalen Bühne durchsetzen soll. Der ehemalige Reality-TV-Star bevorzugt bilaterale Verträge, da die Vereinigten Staaten in direkten Einzelverhandlungen mit anderen Staaten größeren Druck aufbauen und daher auch mehr erreichen können (Gertz 2017). Diese Einstellung resultiert – erstens - daraus, dass er die „*global economy as a zero-sum conflict*“ betrachtet, wo es bei bei Handelsabkommen nicht darum geht, „*whether it creates overall economic gains, but how its benefits are distributed between countries—who’s getting the biggest slice of the pie.*“ (Gertz 2017). Und zweitens: Trump möchte die Vereinigten Staaten wie ein Privatunternehmen führen. Aufbauend auf seinen Erfahrungen im Immobiliengeschäft in New York City meint er, dass er in persönlichen Handelsbesprechungen mit anderen führenden Politikern seine Verhandlungsstärken ausspielen kann (Broadman 2018). Da Trump primär in ökonomischen Relationen denkt, argumentiert diese Masterarbeit, dass sich

die Bevorzugung bilateraler Verhandlungen nicht nur auf den Außenhandel beschränkt, sondern jeden Politikbereich berührt.

Die Betonung der nationalen Souveränität stellt ein weiteres populistisches Kernelement in Amerika dar. Die Anhänger von Andrew Jackson hegen keinen Glauben in eine liberale Weltordnung. In einer harten Welt sollte jeder Staat in erster Linie auf sich selbst schauen (Mead 2011, 35). Setzte man die liberale Weltordnung mit Multilateralismus gleich, dann konnte man bereits vor Trumps Amtsantritt ahnen, dass sein Interesse an - und seine Sympathie für - internationale(n) Organisationen und Abkommen gering sein dürfte. Auf den folgenden Seiten werden nun internationale Institutionen und Abkommen untersucht, die in der Amtszeit von Trump aufgelöst wurden und die diese Vermutung bestätigen. Anhand von öffentlichen Äußerungen (Statements, Reden und/oder schriftlichen Bemerkungen/Remarks) des Weißen Hauses, des Außenministeriums oder von anderen relevanten politischen Playern wird analysiert, inwiefern der amerikanische Präsident bei den Ausstiegen auf populistische Kernthemen Bezug genommen hat. Äußerungen aus dem Wahlkampf spielen keine Rolle, nur die Handlungen als Präsident (und nicht als Kandidat) sind von Interesse.

Wie bereits erwähnt, zogen sich die Vereinigten Staaten von Amerika unter Präsident Trump aus zahlreichen internationalen Organisationen und Abkommen zurück. Das vorliegende Werk nimmt jedoch eine Auswahl vor und konzentriert sich auf die wichtigsten internationalen Institutionen bzw. Vereinbarungen. Dahingehend werden die folgenden Ausstiege untersucht:

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

UNESCO

Menschenrechtsrat (UNHRC)

„Iran-Deal“ (JCPOA)

Übereinkunft von Paris („Paris-Deal“)

Aus welchen konkreten Gründen erfolgten diese Austritte? Und vor allem - wurde in offiziellen Statements auf die dünne Ideologie des Populismus bzw. auf populistische Schlagworte /Kernthemen zurückgegriffen?

aa) Weltgesundheitsorganisation (WHO):

In Zeiten einer weltweiten Covid-19 Pandemie war der angekündigte amerikanische Ausstieg aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der am 06. Juli 2021 vollzogen werden sollte, besonders aufsehenerregend. Selbst für Trumps Verhältnisse. Das US-Außenministerium begründete den Rückzug offiziell damit, dass die internationale Organisation in zahlreichen Gesundheitskrisen (u.a. bei Corona) versagte. Darüber hinaus wurde der vermutete chinesische Einfluss auf die Institution massiv angeprangert (Ortagus 2020). Dieser Ausstieg war jedoch keine populistische Kurzschlussentscheidung, sondern hat sich in den Monaten zuvor bereits abgezeichnet. Im April 2020 verkündete Trump, dass die amerikanischen Zahlungen an die Weltgesundheitsorganisation gestoppt werden würden. Unfähigkeit beim Umgang mit der Covid-19 Pandemie sowie eine angebliche Bevorzugung von China werden als Gründe für den vorübergehenden Beitragsstopp angeführt (BBC News 2020). Auf diese finanzielle Bestrafung am Beginn einer weltweiten Gesundheitskrise folgte im Mai desselben Jahres ein Brief des amerikanischen Präsidenten an den Generaldirektor der WHO, der auf Twitter veröffentlicht wurde. Dieser Brief kann - generell - nicht als populistisch eingestuft werden. Vielmehr stellt er eine Generalabrechnung mit der Covid-19 Politik der Weltgesundheitsorganisation dar. Die Institution und vor allem deren Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus würden eine unterwürfige Haltung gegenüber der Volksrepublik China einnehmen. Kritikpunkte, die im Brief aufgegriffen wurden, lauten u.a. fehlende Unabhängigkeit der WHO von China, Täuschung der Welt mit Hinblick auf den Virus (Informationen nicht rechtzeitig bekanntgegeben) und ungerechtfertigte Kritik am US-Reisestopp. Präsident Trump forderte Reformen und gab der Weltgesundheitsorganisation ein Ultimatum von 30 Tagen. Sollte nicht auf seine Forderungen eingegangen werden, würde es zu einem permanenten US-Zahlungsstopp kommen und der Sinn einer etwaigen weiteren Mitgliedschaft würde überprüft werden (Brief von Trump; nach: Huang 2020).

Interessanterweise wurde jedoch kein konkreter Forderungskatalog übermittelt, sondern es heißt nur: „*The only way forward for the World Health Organization is if it can actually demonstrate independence from China*“ (Trump; zit. nach: Huang 2020).

Es handelt sich hierbei um einen anti-chinesischen Schriftsatz, wobei der letzte Satz des Briefs eine klare populistische Handschrift trägt. Trump (zit. nach: Huang 2020) schreibt: „*I cannot allow American taxpayer dollars to continue to finance an organization that, in its present state, is so clearly not serving America’s interests.*“ Gemäß seines Slogans „America First“ wird das amerikanische Volk in den Mittelpunkt der Entscheidungsfindung gestellt. Die Interessen der Amerikanerinnen und Amerikaner werden von der WHO nicht bedient und daher wird ein Ausstieg ins Auge gefasst. Nur Trump kann für die amerikanischen Steuerzahler sprechen und er argumentiert, dass deren Wünsche nicht berücksichtigt werden. Nicht nur der Verweis auf amerikanische Steuerzahler ist populistisch und nationalistisch, sondern auch das direkte Duell (in Form von harter Kritik) mit der Volksrepublik China. Die populistische Erzählung könnte lauten: In einem anarchischen, internationalen System, wo es nur um Stärke geht, kann Trump sich nicht auf eine internationale Organisation wie die WHO verlassen. Die Volksrepublik China wird bevorzugt, was den Interessen Amerikas widerspricht. Falls den Forderungen nicht nachgegeben wird, kommt es zu einem unilateralen Austritt. Den Wünschen des 45ten amerikanischen Präsidenten wurde nicht ausreichend stattgegeben, weswegen er am 29. Mai 2020 eine Pressekonferenz im Rose Garden des Weißen Hauses abhielt, in der er verkündete, dass die Vereinigten Staaten die Beziehungen zur Weltgesundheitsorganisation beenden werden. Die Überschrift seiner Ausführungen lautete interessanterweise: „*Remarks by President Trump on Actions Against China*“. Obwohl er in dieser Rede den amerikanischen Ausstieg aus der WHO während einer globalen Pandemie angekündigte, wurde die Organisation im Titel mit keinem Wort erwähnt. Der öffentliche Auftritt Trumps befasste sich nur kurz mit der Weltgesundheitsorganisation, die Rede artete stattdessen erneut in einer Generalabrechnung mit der Politik der Volksrepublik China aus. Neben scharfer Kritik an den chinesischen Handelspraktiken sowie deren aggressiver Politik im Pazifischen

Ozean verurteilte die Ansprache vor allem den Umgang der chinesischen Führung mit der Sonderverwaltungszone Hong Kong (The White House 2020b).

Der Ausstieg aus der Weltgesundheitsorganisation wurde (ausschließlich) damit gerechtfertigt, dass die Volksrepublik China zu großen Einfluss innerhalb der WHO ausübt. Oder anders ausgedrückt – *„China has total control over the World Health Organization, despite only paying \$40 million per year compared to what the United States has been paying, which is approximately \$450 million a year.“* (Trump; zit. nach: The White House 2020b). Die Weltgesundheitsorganisation befindet sich also in den Händen der kommunistischen Führung Chinas und hat ihre Unabhängigkeit aufgegeben. Zusätzlich zur geopolitischen Komponente wurde erneut ein ökonomisches Argument aufgeworfen. Amerika zahlt, ohne im Gegenzug etwas zu erhalten. Trump verachtet diese Art von Geschäften, die keinen – sofort ersichtlichen – Nutzen für die amerikanischen Steuerzahler bringen und als Verlustgeschäft erscheinen.

Wie bereits sein Brief endete auch diese Ansprache damit, dass Trump die amerikanische Bevölkerung in den Mittelpunkt seiner Entscheidung rückt: *„I will continue to proudly defend and protect the workers, families, and citizens of the United States of America.“* (Trump; zit. nach: The White House 2020b). Inwiefern die Amerikanerinnen und Amerikaner von einem Ausstieg aus der Weltgesundheitsorganisation während einer weltweiten Pandemie profitieren, sei dahingestellt. Diese Einschätzung bedeutet jedoch nicht, dass es keinen Verbesserungsbedarf bei der WHO und seiner Führung gibt. Auch andere westliche Staaten übten Kritik an der WHO und arbeiteten - z.B. innerhalb des G7-Formats - an Reformvorschlägen (Pollina, Rinke, und Guarascio 2020). Die grundsätzliche Kritik an der Weltgesundheitsorganisation (und ihrem Generaldirektor) ist daher keineswegs populistisch, nur die aggressive Vorgehensweise und der unilaterale Ausstieg der Vereinigten Staaten verdienen diese Brandmarkung.

Donald J. Trump nahm bei seinem Rückzug aus der Weltgesundheitsorganisation Bezug auf den Populismus. In einem anarchistischen Weltsystem, wo es um nationale

Stärke geht, werden die nationalen Interessen Amerikas nicht bedient, wenn China von der WHO bevorzugt behandelt wird. Trump stellte daher ein Forderungsultimatum, dem jedoch nicht stattgegeben wurde, weswegen er die USA unilateral aus der WHO führte. Diese Entscheidung passt hervorragend ins Weltbild der Jackson-Anhänger, die der liberalen Weltordnung (und somit einer multilateralen Organisation wie der WHO) bei der Verteidigung von amerikanischen Interessen ohnehin skeptisch gegenüberstehen (siehe Kapitel 3aa). Der Ausstieg aus der WHO ist eine populistisch-nationalistische Konsequenz aus der geopolitischen Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China. Andere Politikerinnen und Politiker, die keine populistischen Vorlieben pflegen, hätten die Vorgehensweise der Weltgesundheitsorganisation möglicherweise auch kritisiert, jedoch keinen vollständigen und einseitigen Bruch vollzogen, sondern zuvor mit anderen demokratischen Mitgliedsstaaten an einer gemeinsamen Verbesserung der internationalen Organisation gearbeitet.

(Anm. Präsident Joe Biden kündigte am ersten Tag seiner Amtsperiode den amerikanischen Wiedereintritt zur WHO an).

bb) UNESCO

Beim Rückzug aus der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) am 31.12.2018 spielte populistische Rhetorik eine Rolle. Der Ausstieg *„reflects U.S. concerns with mounting arrears at UNESCO, the need for fundamental reform in the organization, and continuing anti-Israel bias at UNESCO“*, verkündete Heather Nauert (2017), die ehemalige Sprecherin des US-Außenministeriums, in einem Pressestatement. Auch die damalige amerikanische Botschafterin bei der UNO, Nikki Haley (zit. nach: U.S. Embassy in Israel 2017), kritisiert in einer Presseverlautbarung, politische Entscheidungen der UNESCO wie z.B. die Zuschreibung des „Grabes der Patriarchen“ in Hebron als Bestandteil des palästinischen Territoriums. Der negative Verweis auf israelfeindliche Positionen lässt darauf schließen, dass die amerikanische Regierung unter Trump mit dieser Entscheidung vor allem die israelfreundlichen evangelikalen Christen, die eine Stammwählerklientel darstellen, umschmeicheln wollte.

Auch beim rechts-konservativen israelischen Premier-Minister Benjamin Netanjahu hat der amerikanische UNESCO-Rückzug auf wohlwollende Zustimmung gestoßen (BBC News 2017). Israel ist daher Ende 2018 ebenfalls aus der Organisation ausgetreten. Die Auflösung der Mitgliedschaft mit der Rücksichtnahme auf den wichtigen Verbündeten Israel zu begründen, stellt noch keine populistische Außenpolitik dar. Die Bezugnahme auf den populistischen Diskurs erfolgte jedoch dann, als die ehemalige amerikanische UN-Botschafterin (U.S. Embassy in Israel 2017) in der gleichen Presseaussendung argumentierte, dass *„U.S. taxpayers should no longer be on the hook to pay for policies that are hostile to our values and make a mockery of justice and common sense,“*. Das amerikanische Volk, in Form der Steuerzahler, wird abermals plakativ ins Zentrum der Entscheidung gestellt. Den Interessen der Amerikanerinnen und Amerikaner werde nicht gedient, indem man einer UNO-Organisation wie der UNESCO, die den eigenen Werten widerspricht, finanzielle Mittel zukommen lässt. Wie so oft bei populistischen Ankündigungen wird auf den Hausverstand (*„common sense“*) verwiesen. Dieser wird im Volk verortet, kann nur von den Populisten wahrgenommen und vertreten werden, und steht im angeblichen Widerspruch zu den Eliten und ihrer weltfremden Politik.

Die, vom Außenministerium angebrachte, Kritik an ausstehenden Zahlungen zeigte die Bestrebung von Trump, die ökonomischen Interessen der USA in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik zu stellen. Verlustgeschäfte zum Vorteil anderer Staaten bzw. einer internationalen Organisation sind für eine Person, die mit dem Wahlkampfslogan *„America First“* Präsident wurde, nicht zu akzeptieren. Es wäre auch schwierig, seine Anhänger vom Sinn zu überzeugen, Geld an eine ausländische Organisation zu senden, ohne eine nennenswerte Gegenleistung dafür zu erhalten. Es wurden simple politische (→ erhoffte Wiederwahl durch israelfreundliche evangelikale Christen; Unterstützung für den rechten israelischen Regierungschef) und ökonomische Überlegungen in den Mittelpunkt der Austrittsentscheidung gestellt. Die grundsätzliche Kritik an einer israel-feindlichen Haltung der UNESCO ist nicht populistisch. Die Frage lautet jedoch: Ist ein unilateraler Ausstieg besser als ein Reformversuch? Die vorliegende Masterarbeit argumentiert, dass der außenpolitische amerikanische

Populismus, der sich durch eine Skepsis gegenüber Multilateralismus auszeichnet, einen Part bei dieser Entscheidung spielte. Bei der Entscheidungsbegründung wurden außerdem populistische Schlagwörter wie z.B. „Hausverstand“ (→ des Volkes) verwendet.

Die Trump-Regierung hat beim Rückzug aus der UNESCO Bezug auf populistische Kernthemen wie den Nationalismus genommen. Die Sonderorganisation der Vereinten Nationen ist seit vielen Jahren ein amerikanischer Streitpunkt und wurde bereits einmal verlassen. Darüber hinaus scheint es so, als ob man den rechtskonservativen israelischen Regierungschef sowie die amerikanischen Evangelikalen glücklich stellen wollte. Weiters wurde auf ausstehende Zahlungen verwiesen, was auf die ökonomische Weltsicht von Trump in der Außenpolitik schließen lässt. Donald Trump hat den Nutzen der UNESCO nicht erkannt (= Skepsis gegenüber Multilateralismus), und daher nicht eingesehen, wieso die Vereinigten Staaten eine internationale Organisation subventionieren sollten, die den eigenen Interessen widerspricht und zusätzlich noch finanzielle Nachteile mit sich bringt.

cc) Menschenrechtsrat (UNHRC)

Die Vereinigten Staaten von Amerika gaben im zweiten Amtsjahr von Donald J. Trump bekannt, dass sie sich aus dem UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) zurückziehen werden. Die Gründe wurden vom ehemaligen Außenminister Mike Pompeo (U.S. Department of State 2018) in einer Pressekonferenz am 19. Juni 2018 erläutert. Beim UNHRC würde es sich um einen „*poor defender of human rights*“ handeln, wobei besonders verabscheuungswürdig sei, dass Diktaturen und Autokratien, welche die Menschenrechte mit Füßen treten, einen Sitz in dieser Organisation hätten:

„(...), the Human Rights Council has become an exercise in shameless hypocrisy – with many of the world’s worst human rights abuses going ignored, and some of the world’s most serious offenders sitting on the council itself.“ (Pompeo; zit. nach: U.S. Department of State 2018)

Es sitzen also Vertreter von Staaten im UNHRC, die von Menschenrechten maximal gelesen haben, und ihren eigenen Bürgern nicht zugutekommen lassen. Und nicht nur das, Menschenrechtsverletzungen werden in diesem Gremium sogar verdrängt und nicht gezielt angesprochen.

Die nächste Kritik Pompeos betraf die anti-israelische Schlagseite der UN-Organisation, die sich daran zeigen würde, dass *„(s)ince its creation, the council has adopted more resolutions condemning Israel than against the rest of the world combined”* (Pompeo; zit. nach: U.S. Department of State 2018). Der Autor dieser Masterarbeit findet diesen Kritikpunkt berechtigt und keineswegs populistisch. Es ist absurd, dass eine Demokratie wie Israel öfter angeprangert wurde, als sämtliche Diktaturen zusammen. Diese persönliche Ansicht hat aber nichts mit der Forschungsfrage zu tun, und wird daher im Rahmen dieser Arbeit auch nicht genauer untersucht.

Obwohl die beiden oben genannten Zitate nicht als populistisch eingestuft werden, nimmt der amerikanische Chefdiplomat in seiner Ansprache dennoch Bezug auf den Populismus. Zunächst führte Pompeo (U.S. Department of State 2018) an, dass die Vereinigten Staaten mit Bezug auf die weltweiten Menschenrechten keine Probleme mit multilateraler Zusammenarbeit hätten, um jedoch kurz später hinzuzufügen, *„when organizations undermine our national interests and our allies, we will not be complicit. When they seek to infringe on our national sovereignty, we will not be silent.”* Die Bezugnahme auf nationale Souveränität ist ein Kernelement des amerikanischen Außenpolitik-Populismus. Die Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat gefährde die Interessen Amerikas und stellt daher einen Angriff auf die Souveränität des Landes dar. Es werden zwei konkrete Problemfelder (= die Zusammensetzung der Mitglieder und die Ignoranz gegenüber Problemen) genannt, die eine weitere Mitgliedschaft verunmöglichen. Die Kritik an der israelfeindlichen Haltung des UNHRC ist außerdem hervorzuheben.

Im Anschluss an Außenminister Pompeo hielt die damalige amerikanische Botschafterin bei der UNO eine Rede. Nikki Haley gab eine wohlüberlegte, gut begründete Ausstiegsansprache, die keinen Bezug auf den US-Populismus nahm. Amerika hätte

ein Jahr lang versucht, die Organisation zu reformieren, leider seien jedoch keine Fortschritte vernehmbar gewesen. Ganz im Gegenteil: Die Situation habe sich sogar verschlechtert (U.S. Department of State 2018). Der Verweis auf Reformwünsche soll möglicherweise aufzeigen, dass der Ausstieg nicht von Beginn an geplant war. Die ehemalige Diplomatin spricht dies auch direkt an: *„When this administration began 17 months ago, we were well aware of the enormous flaws in the Human Rights Council. We could have withdrawn immediately. We did not do that.“* (Haley; zit. nach: U.S. Department of State 2018). Ihre Behauptung möchte den (möglichen) Vorwurf entkräften, dass der multilateralismusfeindliche Populismusansatz von Trump von Anfang an einen Rückzug propagierte.

Ihre Ansprache hatte eine übersichtliche Struktur und war in groben Zügen folgendermaßen aufgebaut:

Im ersten Abschnitt ging Haley auf die geäußerten Reformwünsche der Vereinigten Staaten ein, die aufgrund des unauthentischen Charakters des UNHRC notwendig gewesen wären. Diese wurden jedoch nicht umgesetzt. Danach zeigte sie auf, dass die Situation im Rat immer schlimmer wurde und sie zählte problematische Entscheidungen des Menschenrechtsrats auf (u.a. die Aufnahme des Kongo und die grundsätzlich israelfeindliche Einstellung). Im dritten Abschnitt erläuterte sie die beiden Gründe, warum es zu keiner Reform kam und zum Schluss versicherte sie der Welt, dass Amerika sich immer für Menschenrechte einsetzen werde. Dieser Einsatz würde jedoch außerhalb des UNHRC, in einem anderen Rahmen, erfolgen (U.S. Department of State 2018).

Der Rückzug aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen wurde teilweise populistisch (Souveränismus) begründet. Betrachtet man jedoch den UNHRC und analysiert die Menschrechtssituation in mehreren Mitgliedsstaaten, so könnte diese Entscheidung auch mit politisch-strategischen (und moralischen) Gründen gerechtfertigt werden. Der Ausstieg symbolisierte auf jeden Fall eine stark pro-israelische Haltung der Vereinigten Staaten unter Trump.

Nicht nur gewisse Mitgliedschaften in internationalen Organisationen stellten ein Ärgernis für Donald Trump dar, sondern auch multilaterale Abkommen, die laut Ansicht

des 45ten amerikanischen Präsidenten von unfähigen Politikern zum Nachteil der Amerikanerinnen und Amerikaner geschlossen wurden. Der Rückzug aus dem Pariser-Klimaabkommen sowie der Ausstieg aus dem sogenannten Iran-Deal können als prominenteste Austritte angesehen werden. Diese beiden Vereinbarungen waren besonders medienwirksam, die Trump-Regierung hat aber noch zahlreiche andere internationale Übereinkünfte aufgelöst.

dd) Der Iran-Deal (Joint Comprehensive Plan of Action)

Im Jahr 2015 kam es zu einem folgenreichen Nuklear-Abkommen zwischen der Islamischen Republik Iran und den sogenannten P5+1-Mächten (= die fünf Mitglieder des UN-Sicherheitsrates + Deutschland). Der Kern dieser Übereinkunft kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Der Iran nimmt eine umfangreiche Beschränkung seines Atomprogrammes vor, die von Mitarbeitern der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) kontrolliert wird. Die IAEA erhält darüber hinaus Zugang zu sämtlichen iranischen Kernanlagen. Als Belohnung für diesen Schritt sollten schmerzhafteste Wirtschaftssanktionen, die gegen den Iran in Kraft waren, gelockert werden (Haltiwanger 2020). Beauchamp (2018) schrieb über den Iran-Deal und kam im Jahr 2018 zum Schluss, dass er funktioniert. Der Iran würde sich bei den drei relevanten Punkten (Urananreicherung; signifikante Reduzierung der Zentrifugen; Plutoniumanreicherung) an die Beschränkungen halten und lässt umfangreiche Inspektionen zu. Auch die P5+1 hielten ihr Wort und internationale Sanktionen wurden aufgehoben.

Die Verhandlungspartner hatten ihre Rechnung jedoch ohne Donald Trump gemacht, der wie bei vielen anderen Politikentscheidungen das Erbe seines präsidentiellen Vorgängers ausmerzen wollte, und diese Übereinkunft daher von Anfang an ablehnte. Wahlkampfäußerungen spielen bei der Populismuseinschätzung in diesem Kapitel keine Rolle, dennoch sollte angeführt werden, dass der Präsidentschaftskandidat Trump (zit. nach: Stokols und Gass 2015) im Jahr 2015 großmündig tonte: „*Never, ever, ever in my life have I seen any transaction so incompetently negotiated as our deal with Iran.*“ Wahlkampf und Präsidentschaft sind zwei verschiedene Angelegenheiten.

Nichtsdestotrotz konnte man durch diese Äußerung bereits erkennen, in welche Richtung Trump - mit Bezug auf den Iran-Deal - schwenkte.

In einer öffentlichen Ansprache im Weißen Haus kündete Donald Trump (zit. nach: The White House 2017b) in seinem ersten Amtsjahr eine „*neue Iran Strategie*“ an. Trump sprach außerdem von einer „*iranischen Diktatur*“, der Einhalt geboten werden müsse. Der amerikanische Präsident zählte zahlreiche Terroranschläge auf, die auf das Konto des Mullah-Regimes gehen würden, und kritisierte die hauseigene Unterdrückung der Iranerinnen und Iraner sowie die aggressive Außenpolitik der Islamischen Republik (The White House 2017b). Gibt es nun in seiner Ansprache konkrete Hinweise auf populistische Kernthemen? Mit Bezug auf den Nuklear-Deal argumentierte der ehemalige amerikanische Oberbefehlshaber folgendermaßen:

„As I have said many times, the Iran Deal was one of the worst and most one-sided transactions the United States has ever entered into. The same mindset that produced this deal is responsible for years of terrible trade deals that have sacrificed so many millions of jobs in our country to the benefit of other countries. We need negotiators who will much more strongly represent America’s interest.“
(Trump; zit. nach: ebd. 2017b).

Hierbei gibt es eine populistische Bezugnahme auf die Ausnützung der Amerikanerinnen und Amerikaner. Internationale Abkommen wie der Iran-Deal (sowie gewisse Handelsabkommen) schaden der eigenen Bevölkerung und wurden von Eliten ausgearbeitet, die nicht die Interessen des amerikanischen Volkes in den Mittelpunkt stellten. Er, Trump, repräsentierte jedoch die Interessen des Volkes und kann sie auch durch seine Politik umsetzen.

Ein weiteres Statement von Donald Trump am 12. Jänner 2018 entpuppte sich als öffentliche Abrechnung mit dem iranischen Regime, dem er erneut vorwarf, „*the world’s leading state sponsor of terror*“ zu sein. Er kritisierte die generelle Iran-Politik seines Vorgängers Barack Obama aufs Schärfste und führte an, dass der Iran durch den Deal „*far too much in exchange for far too little*“ erhielt. Nichtsdestotrotz führte er die USA an diesem Tag (noch) nicht aus dem Iran-Deal, sondern stellte stattdessen vier

Forderungen auf, die das Mullah-Regime erfüllen sollte. In einer Art Friss oder Stirb-Mentalität gewährte Trump zwei Optionen: *„either fix the deal’s disastrous flaws, or the United States will withdraw.“* (The White House 2018f). Es handelte sich um keinen konstruktiven Verbesserungsvorschlag, sondern vielmehr um eine populistische Drohung. Es ist zudem unwahrscheinlich, dass ein Staat Vereinbarungen im Nachhinein für genau jenen Vertragspartner verbessert, der die politische Führung des eigenen Landes auf diese Art und Weise anspricht und die Verbesserungsforderung auch noch mit einer unverblühten Kampfansage verbindet. Bei der Drohung nach einer unilateralistischen Vorgehensweise (= Ausstieg aus der Übereinkunft) handelt es sich um eine populistische Vorgehensweise in der Außenpolitik. Kein anderer Vertragspartner rüttelte an der Übereinkunft. Daher wohnt diesem Statement auch eine Geringschätzung des Multilateralismus inne. Donald Trump meinte, dass die USA alleine diese Thematik entscheiden können.

Auf Worte folgten schlussendlich Taten, weshalb Donald Trump die Teilnahme der Vereinigten Staaten an dieser Übereinkunft am 08. Mai 2018 aufkündigte. In einem Memorandum, welches an zahlreiche wichtige Ministerien und staatliche Stellen gesendet wurde, kündigte er die Wiedereinsetzung von amerikanischen Sanktionen gegen den Iran an. *„As President, my highest priority is to ensure the safety and security of the United States and the American people“*, so Trump, worauf er eine mittlerweile bekannte Liste an Vorwürfen (z.B. Terrorismussponsoring) gegen das Ayatollah-Regime aufzählte. Für den ehemaligen amerikanischen Commander-in-Chief *„bedroht das Verhalten des Irans das nationale Interesse der Vereinigten Staaten“* (The White House 2018a). Beide Äußerungen schätze ich als populistisch ein. Die Sicherheit der amerikanischen Bevölkerung war und ist das erklärte Hauptziel jedes einzelnen amerikanischen Präsidenten. Als Barack Obama diesem Deal zustimmte, setzte er mit Sicherheit das Wohl der amerikanischen Bevölkerung an die erste Stelle. Der Verweis auf das nationale Interesse zeigt, dass sich Trump mit der Bevölkerung synonym setzt. Nur er weiß anscheinend, was im Interesse der Amerikanerinnen und Amerikaner liegt. Die Ziele der Trumpschen Außenpolitik mit Bezug auf den Iran werden in dieser Denkschrift öffentlich benannt:

It is the policy of the United States that Iran be denied a nuclear weapon and intercontinental ballistic missiles; that Iran's network and campaign of regional aggression be neutralized; to disrupt, degrade, or deny the Islamic Revolutionary Guards Corps and its surrogates access to the resources that sustain their destabilizing activities; and to counter Iran's aggressive development of missiles and other asymmetric and conventional weapons capabilities. (The White House 2018a).

Diese Arbeit geht davon aus, dass jeder amerikanische Präsident die aufgezählten Ziele unterstützten würde. Sie sind keinesfalls populistisch, sondern berechnete Außenpolitikvorhaben. Interessant sind nun jedoch die unterschiedlichen Wege von Obama und Trump, um diese Ziele zu erreichen. Der 45te Präsident der Vereinigten Staaten sah im Iran-Deal keinen geeigneten Weg, um die oben genannten Absichten in die Realität umzusetzen. Dieser Meinungsunterschied ist zunächst einmal nicht populistisch. Hätte Trump tatsächlich Interesse an einer Weiterführung des JCPOA gehabt, hätte er mit Alliierten und Verhandlungspartnern an einer Verbesserung arbeiten können. Populistisch ist jedoch seine Vorgehensweise, die Partner vor den Kopf stößt, unilateralistisch vorgeht, Vertragspartner öffentlich beschimpft und keinerlei Vereinbarungssicherheit beschwört.

Gute zwei Wochen später hielt Außenminister Mike Pompeo eine Rede bei der renommierten konservativen Denkfabrik Heritage Foundation mit dem Namen „*After the Deal: A New Iran Strategy*“. Hierbei wurde die Marschrichtung der Trump-Administration mit Hinblick auf den Iran vorgestellt. Pompeos Äußerungen können generell nicht als populistisch eingestuft werden. Vielmehr gab er eine aggressive außenpolitische Ansprache, die die Beweggründe und Ziele der amerikanischen Iranpolitik unter Trump erläuterte. Der Ausstiegsgrund kann mit einem einzigen Satz passend zusammengefasst werden:

„It is clear that the JCPOA has not ended Iran's nuclear ambitions, nor did it deter its quest for a regional hegemony.“ (Pompeo; zit. nach: The Heritage Foundation 2018).

Der iranische Wunsch, zum exklusiven Kreis der Atomwaffenmächte zu gehören, wurde durch den Nukleardeal nicht eingedämmt. Auch die Bestrebungen des Ayatollah-Regimes nach regionaler Hegemonie konnten durch den JCPOA nicht verhindert werden.

Die Rede Pompeos besteht aus drei relevanten Aspekten. Zunächst zählte der ehemalige amerikanische Chefdiplomat die angeblichen Fehler und Probleme des JCPOA auf. Zahlreiche Beispiele (z.B. die vom Iran unterstützte Terrororganisation Hisbollah sei im Libanon - trotz Deal - stärker denn je) werden genannt, um die Sinn- und Erfolglosigkeit des Nukleardeals zu illustrieren. Der zweite Part seiner Ausführungen befasste sich mit dem zukünftigen US-Vorgehen zur Machteindämmung der Islamischen Republik Iran. Im dritten Teil stellte der damalige amerikanische Außenminister öffentlichkeitswirksam einen neuen Vertrag in Aussicht. Dazu müssten die iranischen Machthaber jedoch zwölf Forderungen erfüllen (The Heritage Foundation 2018). Es war natürlich von vornherein absehbar, dass die iranischen Machthaber diesen Maximalforderungen niemals nachkommen würden.

Interessierte Beobachter werden sich nun die Frage stellen, wieso Pompeo bei der Rückzugsrechtfertigung aus einem Nukleardeal u.a. die starke Situation der Hisbollah im Libanon anspricht? Sollte es nicht vordergründig darum gehen, den iranischen Weg zu Atomwaffen zu versperren? Am besten lässt man den Republikaner selbst antworten: *„The Iranian wave of destruction in the region in just the last few years is proof that Iran’s nuclear aspirations cannot be separated from the overall security picture.”* (Pompeo; zit. nach: The Heritage Foundation 2018).

Die Trump-Regierung hat den Deal also in einem Gesamtkontext betrachtet. Es ging nicht nur um die mögliche Verhinderung von iranischen Nuklearbestrebungen, sondern auch um das destruktive Verhalten des Regimes in der Region und weltweit. Das Abkommen erwies sich bei der Sicherheitsthematik als nutzlos, deshalb müsse dem Iran erneut Einhalt geboten werden. Darüber hinaus betrachtete Pompeo den Nuklear-Deal als ungeeignet, um die Islamische Republik Iran von der Erlangung einer Atomwaffe abzuhalten. Er argumentierte, dass *„the weak sunset provisions of the JCPOA merely delayed the inevitable nuclear weapons capability of the Iranian regime.”* (Pompeo; zit. nach: ebd. 2018). Der republikanische Politiker ging also davon aus, dass dieser Deal auf lange Sicht dazu führen wird, dass der Iran in den Besitz einer Massenvernichtungswaffe kommt. Diese Befürchtung ist jedoch kein Spezifikum der Trump-Administration, sondern wird von zahlreichen Kritikern des Abkommens (u.a.

dem israelischen Premierminister) angeführt. Es handelt sich hierbei um keinen populistischen Diskurs.

Es gibt zahlreiche Kritikpunkte, die von verschiedenen Seiten an dieser Vereinbarung geübt wurden und werden. Die Trump-Regierung hegte vier Jahre lang eine freundschaftliche Beziehung zur stärksten israelischen Regierungspartei, dem Likud, in Jerusalem. Premierminister Netanjahu (zit. nach: Beaumont 2015) gehört zu den schärfsten Gegnern des JCPOA und nannte ihn im Jahr 2015 „*a bad mistake of historic proportions*“. Der Rückzug war eine außenpolitische Entscheidung der Vereinigten Staaten, die sich - in Teilen - durch Außenpolitikpopulismus auszeichnete. Bei der Einschätzung über die Sinnhaftigkeit des Iran-Deals stellte sich Donald Trump auf die Seite des konservativen israelischen Regierungschefs und verwarf die Annahmen seines Vorgängers und dessen Außenministers John Kerry. Obwohl hinter dieser Entscheidung primär strategische Überlegungen vermutet werden, nahm der ehemalige US-Präsident auch hierbei konkreten Bezug auf den Populismus. Er setzte den Iran-Deal mit (katastrophalen) Handelsdeals der Vergangenheit gleich, die nicht im Interesse der amerikanischen Bevölkerung getroffen wurden. Diese Kritik beinhaltete klassischen Anti-Elitismus-Populismus (→ Ablehnung der multilateralismusfreundlichen US-Politiker) und wies zudem eine nationalistische Grundkomponente auf, da die Interessen des amerikanischen Volkes unmissverständlich an die erste Stelle gerückt wurden.

ee) Übereinkommen von Paris („Paris Abkommen“)

Das Hauptziel des Übereinkommens von Paris ist es, den Anstieg der Erderwärmung auf unter zwei Prozent (gegenüber vorindustriellen Werten) zu belassen. Das Klimaschutzabkommen wurde im Dezember 2015 in der französischen Hauptstadt ausverhandelt und trat schlussendlich am 04. November 2016 in Kraft (Europäische Kommission 2016). Auch die Vereinigten Staaten von Amerika unter der Regierung von Barack Obama gehörten zu den beinahe 190 Ländern, die dieses Agreement unterstützten. Das lässt darauf schließen, dass der demokratische Präsident Obama daran glaubte, dass man weltweite Problemstellungen mit Hilfe von multilateralistischer Zusammenarbeit meistern könne.

Sein republikanischer Nachfolger sah dies jedoch anders und vermutete mit Bezug auf das Abkommen finstere Hintergedanken. Demnach habe das Paris Agreement nur einen Zweck, nämlich *„it was designed to kill the American economy.“* (Trump; zit. nach: Sky News 2020). Fast die ganze Welt (inkl. der amerikanischen Vorgängerregierung) hat sich also laut Trump zusammengeschlossen, um die amerikanische Wirtschaft zu zerstören. Diese Grundhaltung war für eine vorherige – mittlerweile berüchtigte – Aussage verantwortlich, wonach Trump als gewählter Präsident *„the citizens of Pittsburgh, not Paris,“* (zit. nach: Aleem 2017) vertrete. Die globale Herausforderung, die diese internationale Vereinbarung angehen möchte, endet anscheinend punktgenau an der amerikanischen Grenze. Man könnte auch spekulieren, dass sich eingeschüchterte Berater nicht trauten, Trump mitzuteilen, dass es sich bei diesem Abkommen nicht um einen Plan handelt, die Stadt Paris zu beschönigen. Wie dem auch sei: Die Vereinigten Staaten leiteten am 04. November 2019 einen Austrittsprozess ein, der am 04. November 2020 in Kraft trat und die USA aus dem Klimaschutzabkommen führte.

Die beiden oben genannten Zitate geben bereits einen ersten Einblick in die populistische Ausstiegsbegründung der Trump-Regierung. Eine Kombination aus Nationalismus, Anti-Multilateralismus, Anti-Elitismus und Souveränismus (möglicherweise in Abstimmung mit der finanziellen Überzeugungskraft des „Big Business“) führte zu dieser Entscheidung.

In einer Ansprache im Weißen Haus am 01. Juni 2017 gab Donald Trump erstmals öffentlich bekannt, dass sich die Vereinigten Staaten aus dem Paris-Abkommen zurückziehen werden. Das Übereinkommen sei ungerecht und benachteilige die amerikanischen Arbeiter und Steuerzahler (The White House 2017c). Mit Hinblick auf Trumps Kritik sind drei Themenbereiche relevant – Wirtschaft, Anti-Elitismus und Souveränismus.

Das Klimaschutzabkommen weise negative Konsequenzen für die amerikanische Wirtschaft auf und muss daher verlassen werden. Mit Klimaschutz habe es außerdem nur am Rande zu tun: *„This agreement is less about the climate and more about other countries gaining a financial advantage over the United States.“* (The White House

2017c). Der Zweck des Bündnisses besteht also laut Trump nur darin, die amerikanische Wirtschaft auf Kosten anderer Länder zu schwächen. Für einen „America First“-Präsidenten ist das natürlich ein untragbarer Zustand.

Die Betonung der nationalen Souveränität ist ein Baustein des amerikanischen Außenpolitikpopulismus. Trump nimmt in seiner Ansprache Bezug auf diese populistische Denkweise. Der ehemalige Präsident malte ein Schreckgespenst an die Wand, wonach ausländische Politiker durch solch eine multilaterale Vereinbarung größeren Einfluss auf die amerikanische Wirtschaft ausüben, als Amerikaner. Der Rückzug würde sich jedoch gegen diesen Souveränitätsverzicht stemmen und sei daher „*a reassertion of America's sovereignty.*“ (The White House 2017c). Interessanterweise sieht Trump diese Übereinkunft als Teil eines größeren Trends. Demnach würden solche internationalen Vereinbarungen mit der Zeit immer umfangreicher werden, was sich zu einem Problem für die amerikanische Souveränität entwickeln könnte. Vereinbarungen wie dem Paris-Agreement müsse daher - zum Schutz der amerikanischen Handlungsfreiheit - entgegengetreten werden (ebd. 2017c). Hierbei kommt die traditionelle Skepsis von Jackson-Populisten gegenüber multilateralen Abkommen, die die Handlungsmacht Amerikas einschränken, zum Vorschein. Der Ausstieg war von Anfang an vorhersehbar. Wie sollte ein Präsident, der stets die Interessen Amerikas an die erste Stelle setzen wollte, ein Abkommen unterstützen, das die wirtschaftlichen Möglichkeiten der eigenen Nation (z.B. bei Kohleabbau oder Erdölgewinnung) nicht vollständig ausnützt, sondern auf internationalen Druck einschränkt? Für ein Ziel, das angeblich die ganze Welt betrifft und nicht sofort ersichtlich ist. Eine engstirnige Vorstellung von amerikanischen Interessen, wie sie Trump vertritt, lässt so eine Vorgehensweise und so ein Ziel nicht zu. Auch das letzte Tröpfchen Öl soll durch Fracking gewonnen werden und den Amerikanern günstige Benzinpreise garantieren.

Zumindest ein negativer Eliten-Verweis darf in einer populistischen Rede natürlich auch nicht fehlen. Die weltweite Klimaschutzübereinkunft „*handicaps the United States economy in order to win praise from the very foreign capitals and global activists*“, so Trump (The White House 2017c). Der ehemalige TV-Star legt also keinen Wert auf die Beifallsbekundungen von ausländischen Politikern und internationalen Eliten, sondern

stellt die Interessen des amerikanischen Volkes – dargestellt durch die Wirtschaft – an die erste Stelle. Stärkere Elitenkritik war in diesem Fall auch nicht notwendig. Wie die vorliegende Masterarbeit nachfolgend aufzeigen wird, erledigten die konservativen Nachrichtenmedien des Landes diesen Job mit Bravour. Die Trump-Unterstützer sollten nämlich keinesfalls vergessen, dass er angetreten war, um die Eliten und ihre Vorliebe für den Multilateralismus zu bekämpfen.

In Anschluss an den Präsidenten hielt der damalige Leiter der amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA, Scott Pruitt, eine kurze Ansprache. Möglicherweise dachte die Regierung, dass dessen Auftritt ein paar umweltspezifische Bedenken zerstreuen könnte. Oder – viel wahrscheinlicher – Trump wollte für seine Entscheidung Lob und öffentliche Bestätigung erhaschen. Zum besseren Verständnis von Pruitts Ausführungen muss angeführt werden, dass es sich bei ihm um einen Politiker handelte, den sich gewöhnliche Menschen nicht als Chef einer Umweltschutzbehörde vorstellen. Für die Vertreter der „fossilen Brennstoff“-Industrie schien er jedoch eine Idealbesetzung. Seine Rede stellte ein populistisches Musterbeispiel dar und diese Arbeit hätte sie am liebsten komplett zitiert, da es - in sehr kurzer Zeit - eine Unmenge an direkten Bezugnahmen auf den Populismus gibt:

„America finally has a leader who answers only to the people — not to the special interests who have had their way for way too long” (The White House 2017c), spricht genau jener Mann, der als Generalstaatsanwalt von Oklahoma dafür bekannt war, einen besonders guten Draht zu mächtigen Öl- und Gasunternehmen aufzuweisen (Guillén 2017). Außerdem schwadronierte er von *„forgotten men and women“* und *„hardworking citizens all across this land“*, die gerne eine Exekutive hätten *„that listens to them and represents their interest.“* (ebd. 2017c). Donald Trump sei genau jener Mann, der sich immer für die Interessen Amerikas einsetzen würde. Einen weiteren populistischen Schachzug setzte Pruitt mit der Betonung der Wiederherstellung der nationalen Souveränität, wenn er argumentiert, dass es sich beim Rückzug um *„an historic restoration of American economic independence“* (ebd. 2017c) handelt.

Das amerikanische Volk wird erneut in den Mittelpunkt der Entscheidungsfindung gestellt: „*With this action, you have declared that the people are rulers of this country once again.*“ (ebd. 2017c). Nach dieser Logik sind all jene Wähler, die 2012 für Obama stimmten, und jene Amerikaner, die für das Abkommen kämpfen, kein Teil des amerikanischen Volkes. Nur Donald Trump spricht für das amerikanische Volk. Mit seiner Aussage, wonach „*it takes commitment to say no to the plaudits of men while doing what’s right by the American people.*“ (ebd. 2017c), wird indirekt auch dem Anti-Elitismus gehuldigt. Demnach spielt öffentliche Anerkennung keine Rolle für Trump, ihm würde es nur darum gehen, den Amerikanerinnen und Amerikanern zu dienen. Da er angibt, das amerikanische Volk bei dieser Entscheidung hinter sich zu haben, kann es sich bei den Gegnern und Kritikern nur um nationale und globale Eliten handeln. Diese seien kein Teil des Volkes und daher interessiert sich Trump auch nicht für deren Meinung.

Wie bereits erwähnt, ist diese Ansprache eine populistische Meisterleistung. Ein Resümee würde lauten: Trump-Unterstützer in der Bevölkerung sollten überzeugt werden, dass dieser Rückzug für die hart arbeitende amerikanische Bevölkerung getroffen wurde. Der Slogan „America First“ wurde mit diesem Austritt in konkrete Politik umgemünzt. Die Vereinigten Staaten sind (wieder) frei/unabhängig und lassen sich von keinem internationalen Abkommen die eigene Wirtschaft zerstören. Der Applaus der Elite interessierte Trump nicht, nur die Interessen des einfachen Volkes waren im Mittelpunkt seiner Entscheidungsfindung.

Scott Pruitt sprach die wichtigsten Bestandteile des Populismus direkt an, nämlich Anti-Elitismus; das Volk im Mittelpunkt; nur der Populist (= Trump) kann für das Volk sprechen; Nationalismus („America First“) und die Betonung des Souveränismus. Bei der Rede des ehemaligen Leiters der EPA handelte es sich um eine Orgie an populistischen Äußerungen und Schmeicheleien, die dem – narzisstisch angehauchten – 45ten Präsidenten gefallen sollte. Pruitts Unterstützer in der finanzstarken Energiewirtschaft waren sicherlich auch angetan.

Besonders auffällig war außerdem der Applaus in den Redaktionsleitungen der prominentesten konservativen Zeitungen (und Magazine) des Landes, die durchwegs

populistische Rechtfertigungen für den amerikanischen Ausstieg aus dem weltweiten Klimaabkommen lieferten. Das Weiße Haus unter Präsident Trump hat die wohlwollenden Meinungsartikel sogar auf der Website archiviert (siehe: The White House 2017a). Es wirkt beinahe so, als ob Trumps Entscheidung mit den führenden konservativen Politikjournalisten abgesprochen wurde und daher eine dermaßen positive Berichterstattung nach sich zog.

Das Wall Street Journal, Flaggschiff der amerikanischen Konservativen und Wirtschaftsliberalen, begrüßte Trumps Schritt und sieht in der Rückzugsentscheidung einen „*horror of green elites world-wide*“ (ebd. 2017a). Die konservative Boulevardzeitung New York Post dankte dem amerikanischen Präsidenten dafür, dass er nicht „*die eigene Wirtschaft verwüstet (...)*“, „*in order to satisfy the global elite.*“ (ebd. 2017a). Und das politische Magazin National Review schreibt außerdem, dass sich Trump mit diesem Ausstieg für „*American interests over Davos pieties*“ (ebd. 2017a) entschieden hat. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos handelt es sich für viele Kritiker um ein jährliches Treffen einer globalen Elite, die als Feindbild auserkoren wurde. Mittlerweile wird Davos auch bei zahlreichen Verschwörungstheoretikern, die eine geheime Weltregierung vermuten, kritisch beäugt. Liest man also die führenden konservativen Meinungsmacher, so handelt es sich beim Austritt aus dem Klima-Abkommen um eine Abrechnung mit der globalen Elite, die die amerikanische Bevölkerung ausgenommen hat und der heimischen Wirtschaft schadet. Trump hat der Elite die Grenzen aufgezeigt und die Bevölkerung in den Mittelpunkt seiner Entscheidung gesetzt. Hierbei handelt es sich um das Paradebeispiel einer populistischen Erzählung.

Beim Ausstieg aus dem Paris-Agreement wurden mit Bezug auf den Populismus sämtliche Register gezogen. Keine andere außenpolitische Entscheidung, die sich mit dem Rückzug aus multilateralen Abkommen und Organisationen befasste, nahm in dieser Art und Weise Bezug auf populistische Kernthemen. Die Sorge um die amerikanische Wirtschaft wurde als primäre Austrittsbegründung angeführt. Zur Untermauerung dieser Befürchtung wurden verschiedene populistische Diskurse gewählt: a) die Betonung der amerikanischen Souveränität; b) der Kampf gegen

globalistische Eliten, die nichts mit der wirtschaftlichen Situation der amerikanischen Bevölkerung anfangen können, und c) der ökonomische Nationalismus, der sich durch den Slogan „America First“ und die Besorgnis um amerikanische Fabriken und Jobs ausdrückt.

(Anm. Präsident Joe Biden kündigte am ersten Tag seiner Amtsperiode den amerikanischen Wiedereintritt zum Paris-Abkommen an).

b) Der Welthandel als Kampfzone

Der Außenhandel kann neben der Migrationspolitik (Stichwort Mauerbau) als ideologisches und politisches Streckenpferd von Donald J. Trump angesehen werden. Wie Simms und Laderman zuvor eindrücklich aufzeigten, weisen seine Äußerungen hinsichtlich des internationalen Handels eine erstaunliche Konsistenz auf. Der ehemalige Fernsehstar sah den Welthandel als Schlachtfeld an. Anders ist es nicht zu erklären, dass er ständig auf die amerikanischen Handelsbilanzen verwiesen hat. Mit hoher Wahrscheinlichkeit betrachtete er es als amerikanische Niederlage, wenn die Vereinigten Staaten aus gewissen Ländern mehr importierten als sie in diese Staaten exportierten. Demzufolge war jedes Land mit einem Handelsbilanzüberschuss verdächtig. Im Rahmen dieses Kapitels werden dahingehend zwei Lieblingsfeinde von Trump untersucht – nämlich die Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China und das „Nordamerikanische Freihandelsabkommen“ (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko.

aa) Der Feind heißt China

Durch eine Executive Order von Präsident Trump wurde 2017 das Office of Trade and Manufacturing Policy (OTMP) geschaffen. Direktor dieser neugegründeten Organisation wurde der Ökonom Peter Navarro, der durch seine protektionistischen und chinafeindlichen Ansichten, die er beispielsweise in seinem Buch „Death by China“ artikuliert, Bekanntheit erlangte (zu Navarro siehe u.a. Simms und Laderman 2017, 130). Konnte diese Personalauswahl als exemplarisch für die Beziehungen der Vereinigten Staaten unter Präsident Trump und der Volksrepublik China angesehen werden? Oder vielleicht die Bemerkung des Privatmannes Trump aus 2011, wonach er China als größte amerikanische Herausforderung ansieht, und sich als zukünftiger Präsident als Erstes vorknüpfen würde (ebd. 2017, 102–3).

Die öffentliche Brandmarkung Chinas als Währungsmanipulator sowie das Versprechen, chinesische Produkte mit hohen Strafzöllen zu belegen, war ein Wahlkampfschlager von Präsidentschaftskandidat Donald Trump (Corasaniti, Burns, und Appelbaum 2016). Er sprach jenen Kritikern aus dem Herzen, die behaupten, dass

China den Renminbi künstlich niedrig hält, um sich einen Exportvorteil zu verschaffen. Der Vorteil bezieht sich nicht nur auf verstärkte Exportmöglichkeiten durch günstige Preise für ausländische Abnehmer, sondern besteht auch darin, dass Importe für die einheimische chinesische Bevölkerung durch eine schwache Währung teurer und somit weniger gefragt sind (Palmer und Schreckinger 2015).

Politikerinnen und Politikern wird oftmals vorgeworfen, dass sie den Großteil ihrer zentralen Wahlversprechen nach der Wahl vergessen oder ignorieren. Bei Trump hat das mit Bezug auf den Außenhandel nicht zugeht. 2018 traten Zölle im Ausmaß von 34 Milliarden Dollar gegen chinesische Produkte in Kraft, was dem chinesischen Handelsministerium die Bemerkung abrang, dass die Vereinigten Staaten den „*biggest trade war in economic history so far*“ entfacht hätten (zit. nach: Swanson 2018). Handelspolitische Maßnahmen und Gegenmaßnahmen zogen sich über die gesamte vierjährige Amtszeit. Ein genauer Überblick über die zahlreich verhängten Zölle ist für diese Arbeit nicht relevant. Online finden sich jedoch zahlreiche Zeitleisten, die diesbezüglich eine gute Übersicht geben.

Das zweite Wahlversprechen, die öffentliche Darstellung von China als Währungsmanipulator, wurde von der Trump-Administration teilweise eingehalten. Zwar nicht am ersten Tag seiner Amtszeit, wie er 2015 in einem Gastkommentar im Wall Street Journal schrieb (Long 2017), doch im dritten Jahr seiner Regierungszeit kam es tatsächlich zur Brandmarkung. In einer Presseaussendung des Finanzministeriums am 05. August 2019 wurde bekanntgegeben, dass Finanzminister Mnuchin auf Betreiben von Präsident Trump die Volksrepublik China als Währungsmanipulator bezeichnet und sich diesbezüglich mit dem Internationalen Währungsfonds in Verbindung setzen wird (U.S. Department of the Treasury 2019). Auch wenn dieser Schritt keine unmittelbaren Konsequenzen für China mit sich brachte (Setser 2019) und primär eine „*symbolische*“ Wirkung ausübte (Swanson 2019), zeigt er dennoch in klarer Weise, dass Präsident Donald Trump gewillt war, seine handelspolitischen Wahlkampfversprechen umzusetzen. Relativierend muss jedoch angemerkt werden, dass diese Brandmarkung nur für kurze Zeit in Kraft war.

Die Frage, ob Industriebjobs für Amerikanerinnen und Amerikaner durch einen Handelskrieg mit China zurückgewonnen wurden und werden, ist kein Bestandteil dieser Arbeit und bleibt dahingestellt. Genauso wie die Überlegung, ob der Rückgang von gewissen amerikanischen Jobs vielleicht andere Gründe hatte, als nur die Exportstärke und wertmäßig schwache Währung der Volksrepublik China. Die vorliegende Masterarbeit möchte keine Antworten auf diese interessanten Fragen liefern, sondern nur aufzeigen, dass Trump seine handelspolitischen Versprechungen mit Blick auf die asiatische Weltmacht umsetzte. Diese handelspolitischen Entscheidungen kann man gut oder schlecht finden, sie wurden jedenfalls in der einen oder anderen Form in die Tat umgesetzt. Der Handelskrieg mit China entspricht also Trumps jahrzehntelangen Freihandelsskeptischen Überzeugungen.

Die grundsätzliche Kritik eines amerikanischen Präsidenten an ungleichen Handelsbilanzen zwischen den Vereinigten Staaten und China würde nicht als populistisch eingestuft werden. Wenn Trump beispielsweise moniert, dass *„they charge 25 percent for a car to go in, and we charge 2 percent for their car to come into the United States”* (The White House 2018d), dann handelt es sich um eine politische Einschätzung und es wird kein konkreter Bezug auf den Populismus genommen. Würden auf diese Ansichten diplomatische Gespräche – ohne großes mediales Getöse – folgen, und Änderungen erreicht werden, wäre es das Musterbeispiel einer außen- und handelspolitischen Unstimmigkeit, die durch Verhandlungen gelöst wird. Dem war aber nicht so.

Donald Trump hat sich bei dieser Thematik stattdessen für eine populistische Vorgehensweise entschieden, die sich durch aggressives, unilaterales Agieren in Form von umfangreichen Zöllen auszeichnete. Das Resultat war ein Handelskrieg zwischen den beiden weltweit größten Wirtschaftsmächten. Auf protektionistische Maßnahmen der USA folgten chinesische Gegenmaßnahmen. Trumps Handelspolitik war von einem Populismus durchzogen, der sich durch Nationalismus und ökonomischen Protektionismus ausdrückte.

Die Vermutungen von Simms und Laderman (Simms und Laderman 2017, 129–30), wonach sich Donald J. Trump in seiner Präsidentschaft - hinsichtlich des Außenhandels

- die Volksrepublik China als Feind vorknöpfen könnte, werden als bestätigt angesehen. Trump entfachte einen umfangreichen Wirtschaftskrieg zwischen beiden Staaten. Seine Vorgehensweise als Präsident deckte sich mit seiner Weltanschauung. Die präsidentiellen Handlungen von Trump vor dem Hintergrund seiner Ansichten lassen den Schluss zu, dass er eine zusammenhängende, in sich konsistente Außenhandelspolitik betrieb. Dieses Resümee bedeutet aber keineswegs, dass seine Ansichten in sich logisch und theoretisch begründet waren. Dieses Werk möchte nur aufzeigen, dass Donald Trump bei seinen ideologischen Überzeugungen blieb und mit Hilfe seines Amtes versuchte, die dazugehörigen Politikinhalte umzusetzen. Die Analyse, ob seine handelspolitischen Äußerungen Sinn machten, können Politische Ökonomen vornehmen. Das aggressive außenpolitische Vorgehen in den Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China kann als populistisch bezeichnet werden. Nationalismus und ökonomischer Protektionismus führten in einen umfangreichen Handelskonflikt. Trump wollte Politik für die einfachen, hart arbeitenden Menschen machen, und keine Jobs ans Ausland (→ in diesem Fall China) verlieren. Zur Erreichung dieses Ziels setzte er auf populistische Kampfansagen in den Handelsbeziehungen, die in der Praxis zu Zöllen führten.

bb) „Worst Trade Deal ever made“ – Trump und NAFTA

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen kann neben der Volksrepublik China als handelspolitischer Lieblingsgegner von Donald Trump charakterisiert werden. Das Abkommen sollte den mexikanischen Markt für amerikanische (und kanadische) Produkte öffnen. Mexiko wurde außerdem als ideal angesehen, um die Wettbewerbsfähigkeit von amerikanischen Unternehmen - aufgrund der niedrigen Investitionskosten - zu steigern. Darüber hinaus wollte man mit NAFTA zahlreiche Jobs für mexikanische Arbeiterinnen und Arbeiter vor Ort schaffen und sie somit vor der illegalen Migration in Richtung Norden abhalten (Chatzky, McBride, und Aly Sergie 2020). Mit Bezug auf das lateinamerikanische Land wurden die Erwartungen nicht erfüllt. Statt besserer Lebensbedingungen für die Bevölkerung gab es weiterhin niedrige Löhne und schwache Umweltauflagen. Die ultra-kapitalistische Politik, die das Freihandelsabkommen mit sich brachte, äußerte sich konsequenterweise in hohen

Migrationszahlen von Mexiko nach Amerika, was das genaue Gegenteil des ursprünglichen Ziels darstellte (Watts 2019, 9–10).

Bei der Unterschreibung des Abkommens im Jahr 1993 meinte Präsident Bill Clinton (zit. nach: History Central o.D.), „*NAFTA means jobs. American jobs, and good-paying American jobs. If I didn't believe that, I wouldn't support this agreement.*“ Kritiker wie beispielsweise der Geschäftsmann und ehemalige Präsidentschaftsanwärter Ross Perrot waren diesbezüglich weniger optimistisch. Nach Perrot (zit. nach: Waxman 2018) würden Abkommen wie NAFTA einen *“giant sucking sound”* nach sich ziehen. In anderen Worten, die Vereinigten Staaten würden zahlreiche Jobs an Mexiko verlieren (Waxman 2018).

Auch Donald Trump gehörte von Beginn an zu den schärfsten Gegnern des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens. Laut den Berichten mehrerer Medien übte er bereits im Jahr 1993 bei einer Wirtschaftskonferenz in Kalifornien als einer von wenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer scharfe Kritik an NAFTA (Kaczynski 2016). Die Abneigung hielt an und gipfelte 15 Jahre später in der mittlerweile legendären Bemerkung von Präsident Trump (zit. nach: The White House 2018e), wonach NAFTA *„perhaps the worst trade deal ever made”* sei. Als Begründung führte er an, dass

„(s)ince NAFTA's adoption, the United States racked up trade deficits totaling more than \$2 trillion — and it's a much higher number than that — with Canada and Mexico. It lost vast amounts of money, and lost 4.1 million manufacturing jobs, and 1 in 4 auto jobs. Lost about 25 percent of our auto jobs — even more than that.” (Trump; zit. nach: ebd. 2018e)

Hinsichtlich des Außenhandels handelt es sich hierbei um das gleiche Drehbuch wie bei den Beziehungen zur Volksrepublik China. Die ungleichen Handelsbilanzen werden scharf kritisiert, da sie darauf schließen lassen, dass die Vereinigten Staaten viel mehr importieren als exportieren. Das Freihandelsabkommen wäre außerdem ein Jobkiller für amerikanische Arbeitstätige. Der nationalistische „America First“-Präsident Trump kann es nicht akzeptieren, dass die Industriebjobs von hart arbeitenden Amerikanern durch dubiose Handelsdeals verschwinden bzw. verlagert werden. Er möchte amerikanische Jobs für amerikanische Arbeiter. Und keine Deals, die Jobs ins nahe gelegene Ausland

verlagern. Da der Präsident des größten Mitgliedslandes so eine Einstellung aufwies, war es nicht verwunderlich, dass NAFTA mit den Unterschriften von Trump (USA), Trudeau (Kanada) und Peña Nieto (Mexiko) im Jahr 2018 durch das United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA) abgelöst wurde.

Donald J. Trump nutzte die Rede zur Gesetzesunterzeichnung des neuen Abkommens zu einer erneuten Abrechnung mit NAFTA und den Politikerinnen und Politikern, die das ursprüngliche Freihandelsabkommen verhandelten. Er machte den Freihandelsdeal für die Zerstörung von Millionen von Industriearbeitsplätzen verantwortlich und stellte sich selbst als Kämpfer für die amerikanischen Arbeiterinnen und Arbeiter dar. Sieht man sich die Reihenfolge seiner Rede an, dann betreffen die zwei wichtigsten Änderungen Landwirtschaft und Autoherstellung. Der kanadische Markt wird stärker für amerikanische Landwirtschaftsprodukte geöffnet. Trump verspricht sich davon eine enorme Ankurbelung des Exports von landwirtschaftlichen Produkten wie Eier und Geflügel (The White House 2020). Da der Bauunternehmer Donald Trump im Laufe seiner Karriere nicht als Landwirtschaftsexperte in Erscheinung trat, sind jedoch die Änderungen mit Bezug auf die Autoherstellung interessanter. Zunächst ist diesbezüglich die nachfolgende Äußerung sehr aufschlussreich, die erneut aufzeigt, wieso eine Neuverhandlung von NAFTA größte Priorität bei Präsident Trump genoss:

„Under NAFTA, companies were given huge incentives to produce cars in foreign countries and ship them to America tax-free. No tax, no nothing. We lost our jobs, we closed our factories, and other countries built our cars. But we’ve changed that.” (Trump; zit. nach: ebd. 2020)

USMCA sollte diesem massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen entgegenwirken. Unter anderem sieht das Abkommen vor, dass 40 bis 45 Prozent der Teile eines zollfreien Autos aus einer „Hochlohnfabrik“ kommen müssen. In solchen Werken müssen die Produktionsarbeiter mindestens 16 Dollar die Stunde als Durchschnittslohn erhalten. Das ist natürlich deutlich mehr als ein Industriearbeiter in Mexiko im Durchschnitt verdient. Diese Entscheidung wurde mit der Intention getroffen, dass die Autobauer

entweder die Löhne ihrer mexikanischen Arbeiterinnen und Arbeiter erhöhen oder ihr Zubehör ab Inkrafttreten des Abkommens etwas weiter nördlich in den Vereinigten Staaten oder Kanada beziehen (Swanson und Tankersley 2020). Hinsichtlich der Autoherstellung wurden noch weitere Änderungen durchgeführt, deren Aufzählung für die vorliegende Arbeit jedoch nicht relevant ist. Weitere wichtige Politikinhalte, die durch USMCA geändert bzw. ergänzt wurden, beziehen sich auf eine Stärkung der Arbeitsgesetze in Mexiko; auf mehr Geld für Umweltschutz sowie umfangreiche Begünstigungen/ Vorteile für den amerikanischen Technologie-Sektor (Lobosco 2020). Das neue Abkommen trat in allen drei Ländern am 01. Juli 2020 offiziell in Kraft. Donald Trump hat sein Wahlversprechen gehalten. Sein Drängen auf eine Neuverhandlung von NAFTA, das in einem neuen Abkommen mündete, deckt sich mit seinen ideologischen Ansichten.

Die populistische Einstellung Trumps zu beiden Themenbereichen, nämlich chinesischer Außenhandel und NAFTA, kann am besten durch seine Rede beim Unternehmen für Haushaltsgroßgeräte Whirlpool in Ohio am 06. August 2020 zusammengefasst werden. Diese Ansprache, kurz vor der Präsidentschaftswahl, gehört ins Handbuch jedes Populisten. Der globale Freihandel, vorangetrieben von amerikanischen Politikerinnen und Politikern, sei der Wunsch der Eliten und führe zu einer Verelendung der hart arbeitenden Amerikanerinnen und Amerikaner:

„Globalization has made the financial elites, who donate to politicians, very wealthy, but it's left millions and millions of our workers with nothing but poverty and heartache, and our towns and cities with empty factories and plants.“ (Trump; zit. nach: The White House 2020a).

Es gibt also erneut einen konkreten Bezug auf den Anti-Eliten-Populismus. Die amerikanischen Machthaber machten Handelspolitik für die globalen Eliten und benachteiligten die amerikanischen Arbeitstätigen. Die Globalisierung verlagert Jobs ins Ausland und führt zu Arbeitslosigkeit und leeren Fabriken im Inland. Daher kommt der

zweite Part von Trumps Außenhandelsstrategie ins Spiel – nämlich der Protektionismus.

Der ehemalige Präsident wollte Politik für die „*Main Street, not Wall Street*“ (Trump; zit. nach: ebd. 2020a) machen. Eine Anspielung darauf, dass er die Interessen der einfachen amerikanischen Arbeiter an die erste Stelle setzen wollte, und nicht die Wünsche der globalen Finanzelite. Dies sollte u.a. durch Zölle gelingen, da sie Druck auf die Verhandlungspartner ausüben und zu neuen, für Amerika besseren, Handelsverträgen führen (The White House 2020a). In anderen, konkreten Worten: „*We have to protect our great companies and our great workers.*“ (Trump; zit. nach: ebd. 2020a)“. Mit solchen Ankündigungen macht man keine Werbung für Freihandel, sondern zeigt auf, dass man protektionistische Schutzmaßnahmen für die eigene Wirtschaft gegenüber internationalem Wettbewerb bevorzugt.

Der Nationalismus stellt den dritten Faktor von Trumps populistischer Außenhandelspolitik dar und kommt in dieser Ansprache (und generell in der Amtszeit von Trump) dermaßen oft – in direkter und indirekter Form – vor, dass er in dieser Arbeit nicht genau aufbereitet werden muss. Selbstverständlich können die beiden oben genannten Zitate auch als nationalistisch eingestuft werden, nichtsdestotrotz gibt es auch hierbei konkrete Bezugnahmen. Trumps ökonomischen Nationalismus kann man beispielsweise durch sein Präsidentschafts-Credo: „*Buy American and Hire American.*“ (Trump; zit. nach: ebd. 2020a) darlegen. Wenn amerikanische Kunden deutsche Autos oder chinesische Handys kaufen, stellt dies ein Ärgernis für den Populisten dar, da es angeblich amerikanische Jobs kostet und zu einer ungleichen Handelsbilanz beiträgt. Durch Zölle werden die amerikanischen Konsumenten indirekt dazu gedrängt, dass sie lieber Ford und iPhone anstelle von Mercedes und Huawei kaufen. Die vorliegende Masterarbeit argumentiert abschließend, dass die populistische Außenhandelspolitik von Donald J. Trump durch das Dreigespann Anti-Elitismus, Nationalismus und Protektionismus dominiert wurde.

c) Verhältnis zu den traditionellen Verbündeten in der Weltpolitik

Die kräftigen Händeschüttel-Kämpfe bei persönlichen Treffen zwischen Donald Trump und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron erlangten Kultstatus. Die stark erröteten Hände des ehemaligen amerikanischen Präsidenten wurden in zahlreichen Medien thematisiert. Diese Anekdote soll jedoch nicht nur erheitern, sondern sie symbolisiert viel mehr die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und zahlreichen traditionellen Verbündeten in der Ära Trump (2017-2021). Wie zuvor beschrieben, wurden die Verhältnisse zu anderen Ländern oftmals anhand der Handelsbilanzen bewertet. Nicht nur geopolitische Konkurrenten wie China, sondern auch Verbündete wie Deutschland, Japan und Südkorea wurden anhand des Export-Import-Schemas beäugt. Trump betrachtete auch das Nordatlantische Verteidigungsabkommen (NATO) aus ökonomischer Sichtweise. Auf den folgenden Seiten wird daher das – nicht immer spannungsfreie – Verhältnis zwischen dem ehemaligen (angeblichen) Anführer der freien Welt und dem westlichen Verteidigungsbündnis mit Hinblick auf den Populismus analysiert.

aa) Die „obsoletere“ NATO

Die North Atlantic Treaty Organization wurde 1949 als Verteidigungsbündnis von zwölf westlichen Ländern gegründet und umfasst mittlerweile 30 Mitglieder. Durch die Gründung sollte nach Ende des 2. Weltkriegs der sowjetische Einfluss in der Welt bekämpft und eingedämmt werden (Haltiwanger 2019). Artikel 5 des Nordatlantikvertrags besagt, dass sich die Mitglieder im Falle eines Angriffs gegenseitig unterstützen und ein Angriff auf einen Mitgliedsstaat ein Angriff auf alle Mitgliedsländer ist. Diese Beistandspflicht bedeutet in der Theorie, dass beispielsweise ein Angriffskrieg von Russland auf Nordmazedonien, welches knapp 2 Millionen Einwohner aufweist, zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen einwohnerstarken NATO-Ländern wie den USA, Frankreich und Großbritannien mit Russland führen würde. Der Autor hat sich diesen Vergleich nicht willkürlich ausgesucht, sondern es gibt zahlreiche Personen, die der Beistandspflicht aufgrund solcher hypothetischen Fallbeispiele kritisch gegenüberstehen. Der vormalige US-Präsident Trump war zweifellos einer von ihnen. Ein anderes Balkanland kann diesbezüglich als Beispiel angeführt werden. In einem

Interview aus 2018 wurde der amerikanische Präsident vom Interviewer Tucker Carlson (→ berüchtigter FOX-Kommentator) gefragt, wieso Amerikaner ein kleines Land wie Montenegro im Falle eines Angriffes beschützen sollten. Trump antwortete nicht mit Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, sondern zeigte stattdessen Verständnis für die Frage und kritisierte den Aufbau des Bündnisses (Sullivan 2018). Es handelte sich hierbei um eine völlige Desavouierung des Beistandspaktes in aller Öffentlichkeit. Gewisse autokratische Machthaber haben sich höchstwahrscheinlich die Hände gerieben.

Das NATO-Gründungsmitglied Amerika wurde von 2017 bis Anfang 2021 von einem Staatsoberhaupt regiert, das ein sehr zwiespältiges Verhalten mit Bezug auf das Atlantische Bündnis aufwies. Zu jeder Zeit wurden unterschiedliche Signale gesendet. Bei denkwürdigen Wahlkampfauftritten im Jahr 2016 bezeichnete Trump die NATO als obsolet und beteuerte, dass er keinerlei Probleme mit einem Auseinanderfallen des Verteidigungsbündnisses hätte (siehe u.a. Parker 2016). Ein Jahr später bei einer Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg zeigte Trump jedoch Unterstützung für das Bündnis und meinte, dass die NATO „*nicht mehr obsolet*“ sei und einen wichtigen Beitrag gegen den Terrorismus leistet (siehe u.a. ZEIT ONLINE 2017). Im Jahr 2018 wiederum bezweifelte er die Sinnhaftigkeit einer Verteidigung des Mitgliedslandes Montenegro (siehe oben). Nach der Amtsübernahme mäßigte Trump seinen Ton, die grundlegende Kritik blieb aber gleich und hielt an.

Die skeptische Haltung gegenüber der Verteidigungsallianz macht Sinn, wenn man Trump als Populisten betrachtet, der eine kritische Haltung gegenüber Multilateralismus einnimmt, und primär an die nationalen Interessen Amerikas denkt. Militärische Hilfestellung für andere Staaten als Teil einer Vereinbarung - ohne Gewissheit, dass amerikanische Interessen berührt werden - passt nicht zu seiner nationalistischen Denkweise. Doch nicht nur die Ablehnung von möglichen Kriegseinsätzen spielte bei seinem gestörten Verhältnis zum Verteidigungsbündnis eine Rolle, sondern vor allem die Kritik an den zu geringen Verteidigungsausgaben zahlreicher anderer Staaten wie z.B. Deutschland.

Donald J. Trump beantwortete internationale Reporterfragen beim NATO-Hauptquartier in Brüssel am 12. Juli 2018. Der wichtigste Inhalt seiner damaligen Ausführungen kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Zahlreiche NATO-Mitgliedsstaaten würden zu wenig in ihre Verteidigung investieren, während Amerika den Großteil der finanziellen Verpflichtungen übernimmt. Durch Trumps Politik habe sich dies jedoch geändert und die Mitglieder hätten mehr für ihre eigene Verteidigung ausgegeben. Die Fahnenstange sei jedoch noch lange nicht erreicht, und jedes Mitglied solle in nächster Zeit zumindest die 2 Prozent Grenze des BIPs erreichen (The White House 2018c). Der Immobilienunternehmer sah es also nicht ein, dass sich europäische Länder - ohne große verteidigungspolitische Selbstanstrengung - auf Kosten der USA militärisch verteidigen lassen.

Am Tag davor kam es zu einem Arbeitsfrühstück zwischen Trump und dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, das einen (zusätzlichen) aufschlussreichen Einblick in die Gedankenwelt des ehemaligen US-Präsidenten gab. Der öffentliche Teil bestand primär aus einem verbalen Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland. Der Kernpunkt seiner Kritik lautete, dass Deutschland (→ und andere westliche Staaten) zig Milliarden Dollar für Öl und Gas an genau jenes Land, Russland, überweist, von dem es Schutz von Amerika möchte. Darüber hinaus würden die wohlhabenden Deutschen nur knapp über 1 Prozent des BIP für ihre militärische Verteidigung ausgeben (The White House 2018b). Die grundsätzliche Kritik am deutschen Vorgehen wäre nicht populistisch. Auch seine Vorgänger Bush und Obama kritisierten die zu geringen Verteidigungsausgaben von gewissen Mitgliedsländern (Wilkie 2018). Trumps öffentliche Herangehensweise, die sich durch kontinuierliche aggressive Forderungen und Drohungen und einer allgemeinen Skepsis gegenüber der Allianz auszeichnete, verdiente jedoch zweifelsohne das Wort populistisch.

Laut Trumps Nationalen Sicherheitsberater, John Bolton, erkannte der ehemalige Präsident keinen Mehrwert im atlantischen Verteidigungsbündnis. Der neokonservative, interventionistische Hardliner fasst Trumps Einstellung zur NATO prägnant zusammen: *„Aus seiner Sicht handelt es sich mit einigen Ausnahmen um eine Gruppe von Leuten, die auf unfaire Weise davon profitiert haben, dass die Vereinigten Staaten sie*

verteidigen." (Bolton; zit. nach: ntv 2020). Das ökonomische Argument ist also erneut ausschlaggebend. Trump meinte, wie so oft, dass Amerika von seinen Partner, ohne akzeptable Gegenleistung, ausgenutzt wird. Der Populist wollte aber die Interessen der amerikanischen Bevölkerung bedienen, und nicht die Sicherheitsinteressen von anderen Staaten, die ihre finanziellen Zusagen nicht einhalten würden. „America First“ hieß es also auch in der internationalen Sicherheitsarchitektur.

Es kann vermutet werden, dass auch NATO-Generalsekretär Stoltenberg nicht sicher war, ob Donald Trump den Sinn des Nordatlantischen Verteidigungsabkommens richtig einschätzte. Anders ist es nicht zu erklären, dass er dem ehemaligen US-Staatsoberhaupt öffentlich versicherte, dass nicht nur Europa, sondern auch die USA vom Bündnis profitieren würden. Es wirkte wie eine Lehrstunde in Geopolitik als der Generalsekretär propagierte, dass das amerikanische Vorhandensein in Europa für die US-Interessen in Afrika, dem Nahen Osten und Russland nützlich sei (The White House 2018b).

Das ehemalige US-Staatsoberhaupt Trump hat die NATO als eine Organisation angesehen, in der es zahlreiche staatliche Trittbrettfahrer gibt, die zu wenige Beiträge leisten und sich (günstig) von amerikanischen Soldaten beschützen lassen. Als Präsident sah er keinen weitreichenden Nutzen darin, kleinere Länder, die noch dazu ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen würden, zum Preis eines umfangreichen Krieges zu verteidigen. Sowohl seine Haltung als auch die öffentliche Vorgehensweise nahmen Bezug auf den außenpolitischen Populismus. Die aggressive Forderung an andere Mitglieder, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, in Kombination mit (angedeuteten) unilateralistischen US-Ausstiegsdrohungen ist zweifellos populistisch. Die nationalistische „America First“-Denkweise sowie eine Skepsis gegenüber Multilateralismus in Verteidigungsangelegenheiten sind erkennbar.

5) Weitere praktische Auswirkungen im Detail (Syrien)

a) Der Rückzug aus Rojava

aa) Ursache und Auslöser

Am 06. Oktober 2019 kam es zu einem Telefongespräch zwischen dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und US-Präsident Donald Trump. Wie sich herausstellte, keine Routinebesprechung unter Staatsoberhäuptern, sondern eine Unterhaltung mit folgenschweren Auswirkungen. Das Ende des Telefongesprächs sollte die syrischen Machtverhältnisse (und den Nahen Osten) spürbar verändern. Im Grunde genommen gab Trump auf indirekte Weise grünes Licht für einen türkischen Militärangriff auf kurdische Kämpferinnen und Kämpfer, die einen wichtigen Teil des Militärbündnisses „Demokratische Kräfte Syriens“ darstellen, im Nordosten Syriens – genauer: in der Region Rojava. Im Falle einer türkischen Attacke würden sich die verbliebenen amerikanischen Soldaten der Region rechtzeitig im Vorhinein aus der betroffenen Gegend zurückziehen (Schmitt, Haberman, und Wong 2019).

Ein lehrreicher Artikel des angesehenen Wochenmagazins „The Economist“ (2019) zeigt die umfangreichen Konsequenzen dieses Trump-Erdogan-Telefongesprächs in der Praxis auf. Drei Tage nach der Unterredung der beiden Präsidenten marschierte die Türkei am 09. Oktober 2019 im Nordosten Syriens ein. Da die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer der YPG (Volksverteidigungseinheiten) keinen Beistand der abziehenden US-Soldaten erwarten konnten, wendeten sie sich vier Tage später mit einem Hilfsgesuch an den syrischen Diktator Assad. Sollte die syrische Armee in diesem Teil des Landes gegen die türkische Aggression vorgehen, würde sie von kurdischen Kämpfern unterstützt werden. Das Resultat dieser Abmachung war ein großer Sieg für Assad, der wichtige Städte wie z.B. Kobanê nach Jahren wieder unter seine Kontrolle bringen konnte. Doch warum gab es überhaupt eine Invasion durch die Türkei? Hierbei werden zwei offizielle Sichtweisen genannt. Die YPG wird von der Republik Türkei als Terrororganisation eingestuft, die mit der türkischen PKK verbrüdet und verbündet ist.

Der Militäreinsatz dient demzufolge der Selbstverteidigung, da Erdogan keine gut aufgerüsteten YPG-Kämpfer an der syrisch-türkischen Grenze akzeptiert. Der zweite Grund liegt darin, dass Präsident Erdogan einen sicheren Ort in Syrien schaffen möchte, um die zahlreichen syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge, die derzeit in der Türkei leben, dorthin zu verlegen. Zusätzlich zu den oben genannten Erkenntnissen des Economist (2019)-Artikels hängt der Autor dieser Masterarbeit der oftmals vorgebrachten These an, dass die Ursache für den Einmarsch darin liegt, dass die Türkei keinen (möglichen) zusammenhängenden Kurdenstaat an der türkischen Grenze duldet. Erdogan hat Angst, dass so ein Staatsgebilde zum Vorbild für zahlreiche national-gesinnte Kurdinnen und Kurden in der Türkei werden könnte.

bb) Ideologie und Bezugnahme auf den Populismus

Doch wie können sich nun geostrategische Überlegungen der Regionalmacht Türkei in dieser Art und Weise (→ übereilter Truppenabzug amerikanischer Soldaten) auf die Außenpolitik der Supermacht USA auswirken? Die Rückzugsentscheidung ist laut Ansicht der vorliegenden Masterarbeit zu einem großen Teil aufgrund des Weltbilds von Donald Trump zustande gekommen. Als Präsidentschaftskandidat versprach Trump seinen begeisterten Anhängern, dass er die endlosen Kriege beenden wolle und die amerikanischen Truppen nach Hause bringen möchte. In einer emotionalen Twitter-Tirade begründet Trump (2019a) seinen Rückzugsbefehl damit, dass die Vereinigten Staaten bereits viel zu lange in Syrien militärisch tätig sind. Es sei daher der richtige Zeitpunkt für die USA gekommen, *„to get out of these ridiculous Endless Wars, many of them tribal, and bring our soldiers home. WE WILL FIGHT WHERE IT IS TO OUR BENEFIT, AND ONLY FIGHT TO WIN.”* Eine Kurzzusammenfassung des Tweets würde lauten, dass Trump zahlreiche europäische Länder scharf kritisiert, da sie keine gefangenen IS-Kämpfer zurücknehmen wollen; Türken gegen Kurden sei außerdem ein langanhaltender Konflikt, der nicht von den USA zu lösen sei und andere Länder sollen sich mit der Situation in Syrien befassen, da die Probleme dieses Landes in geografischer Hinsicht weit von den USA entfernt seien.

Ein Krieg zwischen den verfeindeten kurdischen und türkischen Völkern in Syrien sei keine Angelegenheit der USA. Diese Sichtweise ist ein harter Schlag ins Gesicht der zahlreichen Kurdinnen und Kurden, die an vorderster Front gegen den Islamischen Staat kämpften. Der Sieg über den IS war das strategische Hauptziel von Präsident Trump in Syrien und wurde zu einem beträchtlichen Teil von Kurden (am Schlachtfeld) vollbracht. Diese Tatsache wurde während des Gesprächs mit Erdogan und beim daraus resultierenden Rückzugsbefehl anscheinend ausgeblendet. Die amerikanischen Soldaten wurden abgezogen, um nicht weiterhin in langanhaltenden Kriegen festzustecken. Diese Begründung deckt sich mit der Weltanschauung von Trump.

Berühmtheit im negativen Sinn erlangte jedoch eine andere Rechtfertigung des ehemaligen Präsidenten, wonach die Kurden keine Hilfe erwarten könnten bzw. verdienen würden, da sie den Amerikanern im Zweiten Weltkrieg in der Normandie nicht geholfen hätten. Sehr wahrscheinlich traute sich kein Berater den Präsidenten darauf hinzuweisen, dass diese Forderung nicht zu bewerkstelligen war, da es keinen eigenen kurdischen Staat gab und gibt (Fortin 2019). Eine seltsame Begründung, die den oftmals vorgebrachten Vorwurf des Verrats an den Kurden entkräften sollte. Wie auf den nachfolgenden Seiten ersichtlich, ist dieser Versuch jedoch nicht gelungen.

Blendet man zahlreiche Faktoren wie beispielsweise den mutigen Kampf der Kurdinnen und Kurden gegen den Islamischen Staat und die zukünftigen Zweifel von Verbündeten mit Hinblick auf amerikanische Militärhilfe in Notfällen aus, so kann der Truppenabzug durch die „America First“-Ideologie des Präsidenten charakterisiert werden. Amerika unter Präsident Trump ist kein Weltpolizist, andere Länder sollen ihre Konflikte selbstständig lösen. Die Vereinigten Staaten werden keine Soldatenleben und kein Geld für unnötige ausländische Konflikte aufbrauchen. Diese Entscheidung erscheint konsistent mit Trumps Weltbild und seiner Wahlkampagne.

Neben der persönlichen, skeptischen Einstellung gegenüber langen militärischen Einsätzen im Ausland wird außerdem davon ausgegangen, dass Trump während des Gesprächs mit dem türkischen Autokraten Erdogan primär auf seinen Instinkt hörte. Der Abzug war keineswegs zu diesem Zeitpunkt geplant, sondern möglicherweise das abrupte Ergebnis eines rhetorisch überzeugenden Auftritts von Erdogan. Trump hielt

sich nämlich nicht an die Zielvorgaben, die im Vorfeld des Telefongesprächs innerhalb seiner Administration artikuliert und festgelegt wurden. Das Hauptziel war es eigentlich, dem türkischen Präsidenten unmissverständlich mitzuteilen, dass er seine Truppen nördlich der Grenze belassen sollte. Doch Trump agierte anders, als vermutet (Griffin und Leon 2019). Seine Nichtbeachtung der strategischen Verhandlungspunkte führte dazu, dass die Türkei in kürzester Zeit in Syrien einmarschierte und kurdische Soldatinnen und Soldaten attackierte. Ein eindrucksvoller Beweis für die Machtstellung eines amerikanischen Präsidenten in der Weltpolitik. Amerikanische Außenpolitik hat Auswirkungen – wenn sie agiert, und wenn sie – wie in diesem Fall – untätig ist.

Der Grund für den Abzug der Truppen war die persönliche Ideologie in Kombination mit einer (zu) schnellen, instinktiven Einschätzung der Problemsituation. Außerdem hat Präsident Trump dem Druck des türkischen Präsidenten am Telefon nicht standhalten können. Die letzte Einschätzung basiert auf einem Artikel von Laporta (2019), der einen Beamten des Nationalen Sicherheitsrates mit Kenntnissen der telefonischen Unterredung folgendermaßen zitiert: *„President Trump was definitely out-negotiated and only endorsed the troop withdraw to make it look like we are getting something—but we are not getting something.“* Laut der Quelle im Sicherheitsrat zeigte Trump *„keinerlei Rückgrat“* im persönlichen Gespräch mit Erdogan (Laporta 2019). Glaubt man diesen Worten, dann wurde der „Law and Order Präsident“ Trump, der sich immer als starker Anführer präsentierte, von einem türkischen Autokraten vorgeführt. Mit schrecklichen Auswirkungen für die Menschen im Nordosten Syriens.

Vernimmt man die Aussagen des damaligen amerikanischen Verteidigungsministers zu dieser Angelegenheit, kann außerdem argumentiert werden, dass die Rückzugsentscheidung aus einer Position der Schwäche getroffen wurde. Verteidigungsminister Esper erklärte öffentlich, dass die Vereinigten Staaten nicht fähig sind, einen türkischen Einmarsch in Syrien zu verhindern. Er verwies dabei auf die geringe Anzahl von 50 amerikanischen Soldaten an der syrisch-türkischen Grenze, die gegen die militärische Übermacht der Türkei keinerlei Chance hätten (Barnes und Schmitt 2019). Diese Äußerung dient als Ansporn, um einen kurzen

Streitkräftevergleich durchzuführen. Anhand der Zahlen des renommierten Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zeigt das Peterson Institute auf, dass die Vereinigten Staaten im Fiskaljahr 2019 732 Milliarden Dollar für Verteidigungsausgaben veranschlagten. Dieser Betrag ist größer als die zehn „nächststärksten“ Länder (z.B. China, Indien und Russland) gemeinsam im Kalenderjahr 2019 ausgaben. Die zehn nächstgereihten Länder konnten Verteidigungsausgaben im Wert von insgesamt „nur“ 726 Milliarden Dollar vorweisen (Peterson Foundation 2020). Die Bezeichnung der Vereinigten Staaten als mit Abstand stärkste militärische Weltmacht wird durch diese Zahlen eindrucksvoll untermauert. Und dennoch reicht der Telefonanruf eines aggressiven Autokraten aus Ankara, um die Soldaten der einzig verbliebenen Supermacht zu einem überstürzten Abzug zu bewegen. Die Rückzugsentscheidung basiert daher – wie bereits erwähnt – auch auf Ideologie und Instinkt. Ich stelle die Behauptung auf, dass das NATO-Land Türkei unter einem interventionistischen neo-konservativen US-Präsidenten keine Invasion gewagt hätte. Wäre der Schutz der Kurdinnen und Kurden im Nordosten Syriens ein primäres Ziel der Vereinigten Staaten unter Trump gewesen, dann hätten sie ihre Interessen auch durchgesetzt. Trotz der geringen Anzahl von 50 Soldaten. Der rhetorisch versierte türkische Präsident Erdogan hat jedoch den außenpolitisch unerfahrenen US-Präsidenten Trump über den Tisch gezogen und dessen Schwäche erkannt. Die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer, die große Verluste im Kampf gegen die IS-Fanatiker erlitten, waren das Opfer dieser sprunghaften Politik.

Erdogan erkannte anscheinend, dass Trump kein besonderes Interesse für Syrien aufwies. Bereits 2018 äußerte Donald Trump seinen Wunsch sämtliche US-Soldaten abrupt aus Syrien abzuziehen. Interessanterweise führte er auch damals - wenige Tage vor der Entscheidungsbekanntgabe - ein Telefongespräch mit dem türkischen Staatsoberhaupt. Präsident Trump gab im Dezember 2018 bekannt, dass der Islamische Staat besiegt sei und er deswegen keinen Grund mehr sieht, amerikanische Soldaten in Syrien einzusetzen. Zum Ärger zahlreicher Berater plante er, ohne nennenswerte Abstimmung und/oder Konsultation, einen vollständigen Truppenabzug der ca. 2000 Soldatinnen und Soldaten (Borger und Chulov 2018). Sein Ziel eines

unmittelbaren Truppenabzugs erreichte er jedoch nicht. Im Februar 2019 entschied Präsident Trump, dass 400 Soldaten in Syrien bleiben würden, 200 davon im Nordosten Syriens. Diese Entscheidung ist mit hoher Wahrscheinlichkeit seinen relevanten Sicherheitsexperten zuzuschreiben, die ihn zum Bleiben überredeten. Möglicherweise konnte er überzeugt werden, dass IS-Kämpfer immer noch eine Gefahr darstellen (Landler und Cooper 2019). Der militärische Bleibebefehl löste mit hoher Wahrscheinlichkeit großes Unbehagen bei Trump aus. Der Präsident musste sich öffentlich korrigieren, da er eigentlich einen kompletten Truppenabzug, wie im Wahlkampf versprochen, ankündigte. Ganz egal wie gut die Überredungskünste seiner Berater waren, diese Entscheidung zur Truppenreduktion anstelle eines Truppenabzugs nagte zweifelslos an ihm.

Wenige Monate später sollte sich jedoch erneut eine Chance auftun. Nachdem er die Terrororganisation IS, trotz aller gegenteiligen Warnungen, für besiegt hielt, sah Trump auch 2019 keinen Grund für US-Soldaten in einem Land wie Syrien, das geografisch sehr weit von den Vereinigten Staaten entfernt liegt. Er wollte keine weiteren schwerverletzten oder toten US-Soldaten im Nahen Osten beklagen. Dies wäre möglicherweise der Fall gewesen, wenn sich die Truppen gegen die Türkei (und deren Söldner) gewendet hätten. Also gab er einen spontanen Abzugsbefehl, der ihn ohnehin in die Karten spielte. Für die ausweglose Situation der Kurden (Kämpfer und Zivilbevölkerung) interessierte er sich nicht. Beobachter sehen darin einen schweren strategischen Fehler, da viele Verbündete nicht mehr wissen, ob sie daran glauben sollen, dass ihnen die USA im Notfall zur Seite stehen. Mit Ausnahme des fehlenden Ehrgefühls, das so ein Hintergehen von Verbündeten bedeutet, passte der Abzugsbefehl hervorragend zur Ideologie von Andrew Jackson, die militärische Eingriffe, welche amerikanische Interessen nicht berühren, ablehnt. Amerika solle sich nicht als Weltpolizist gerieren, sondern eine minimalistische Außenpolitik bestreiten, die die Interessen des eigenen Landes in den Mittelpunkt rückt (siehe Kapitel 3aa).

Wie hat Donald J. Trump seine Rückzugsentscheidung öffentlich gerechtfertigt – und nahm er dabei Bezug auf den Populismus? Am 23. Oktober 2019 hielt der ehemalige amerikanische Oberbefehlshaber eine Ansprache, in der er auf die Situation in Nord-

Syrien einging. Im Grunde genommen können seine Ausführungen mit dem nachfolgenden Zitat zusammengefasst werden: *„Let someone else fight over this long-bloodstained sand.“* (Trump; zit. nach: The White House 2019). Die Vereinigten Staaten von Amerika hätten kein Interesse daran, noch längere Zeit in einem (weiteren) langanhaltenden Konflikt im Nahen Osten festzustecken. Es sollen nicht noch weitere amerikanische Menschenleben geopfert werden (The White House 2019). Doch diese Erzählung bildete noch keinen Schlusspunkt.

Eine weitere Äußerung stellte nämlich das Sinnbild der nationalistischen, interessensgeleiteten und populistischen Außenpolitik von Trump dar:

„We’ve secured the oil, and, therefore, a small number of U.S. troops will remain in the area where they have the oil. And we’re going to be protecting it, and we’ll be deciding what we’re going to do with it in the future.“ (Trump; zit. nach: The White House 2019).

Den kurdischen Kämpfern, die den Löwenanteil bei der Bekämpfung des IS leisteten, wird bei einem Angriff der Türkei nicht geholfen, da die Vereinigten Staaten in diesem alten Konflikt laut Trump nichts zu gewinnen hätten. Die beiden Rivalen sollen ihre Probleme selbstständig lösen. Rohstoffe sind jedoch im Interesse der USA, weswegen die Ölvorkommen sehr wohl – durch amerikanische Soldaten – militärisch bewacht werden. Hierbei spielt die Angst um amerikanische Soldatenleben anscheinend keine herausragende Rolle.

Doch nicht nur populistischer „Amerika zuerst“- Nationalismus ist feststellbar, der Autor dieser Masterarbeit vernimmt außerdem einen populistischen Anti-Elitismus-Verweis in Trumps Rede:

„The same people that I watched and read — giving me and the United States advice — were the people that I have been watching and reading for many years. They are the ones that got us into the Middle East mess but never had the vision or the courage to get us out. They just talk.“ (Trump; zit. nach: ebd. 2019).

Hierbei handelt es sich um eine klare Kritik am sogenannten Außenpolitik-Establishment in Washington DC. Sowohl Republikaner als auch gewisse Demokraten werden von der Kritik angesprochen. Sie richtet sich gegen eine interventionistische amerikanische Außenpolitik. Trump wollte weder aus Gründen der Demokratieverbretung noch aus moralischen Überlegungen militärische Mittel einsetzen. Mit den Kriegsgelüsten von neo-konservativen Politikern und Meinungsführern stand und steht er ohnehin auf Kriegsfuß. Es geht ihm ausschließlich um amerikanische Interessen.

Eine weitere Kernaussage seiner Ansprache lautete: „*The job of our military is not to police the world.*“ (Trump; zit. nach: ebd. 2019). Es gibt also einen direkten Bezug darauf, dass Trump den amerikanischen Weltpolizistenstatus ablehnt. Moralische Bedenken werden bei Trumps Handlungen nicht bedacht. Die Interessen des amerikanischen Volkes stehen an der ersten Stelle und sollen sich in der Außenpolitik widerspiegeln. Das Eingreifen in kriegerische Konflikte – ohne klar ersichtlichen amerikanischen Nutzen – wird abgelehnt.

Bei der Begründung handelte es sich um eine ideologische, außenpolitische Grundsatzrede, die auf populistische Kernthemen wie Nationalismus und Anti-Elitismus zurückgriff. Nationalistische „America First“-Außenpolitik in Kombination mit (weiterem) populistischem Diskurs sind wichtige Triebfedern für diesen militärischen Rückzug. Moral, Anstand und Werte spielten keine Rolle, nur konkrete amerikanische Interessen wurden berücksichtigt. In diesem Fall war (einzig) der Schutz von Ölvorkommen im amerikanischen Interesse und rechtfertigte die weitere Stationierung von US-Soldaten.

cc) Eine einsame populistische Entscheidung?

Die New York Times schreibt, dass der Rückzugsbefehl 2019 instinktiv ausgesprochen wurde. Demnach habe Präsident Erdogan dem amerikanischen Präsidenten am Ende des berüchtigten Telefongesprächs mitgeteilt, dass er einen Einmarsch in Syrien plane. Trump habe die Invasionsabsichten zwar nicht unterstützt, schien aber auch keine Druckmittel anzuwenden, um diese zu verhindern. Viel mehr hat er noch am gleichen Abend bekanntgegeben, dass amerikanische Soldaten von der syrisch-türkischen Grenze abgezogen werden. Diese Militärangehörigen waren ursprünglich genau dazu

gedacht, türkische Einmärsche im Vorhinein zu verhindern (Baker und Jakes 2019). Bei so einer hastigen Entscheidung liegt es auf der Hand, dass Trump keine ausreichenden Konsultationen mit Sicherheitsexperten führte. Es scheint so, als ob das Telefongespräch mit einem Präsidenten und Autokraten eines anderen Landes ausreichte, um eine übereilte Politikentscheidung eines amerikanischen Präsidenten herbeizuführen, welche die Kräfteverhältnisse im Nahen Osten innerhalb von wenigen Tage komplett durcheinanderwirbelten.

Die Nachrichtenagentur Reuters zitiert dahingehend einen amerikanischen Nationalen Sicherheitsbeamten (zit. nach: Spetalnick, Holland, und Mohammed 2019), der argumentiert, dass *„(t)here’s a real sense that nobody is going to stop Trump from being Trump at this stage, so everybody should buckle up,“*. Im Vormonat der Rückzugsentscheidung hat Trump seinen damaligen Nationalen Sicherheitsberater John Bolton entlassen, was aufzeigen soll, dass der Einfluss der Sicherheitsexperten auf die Außenpolitik des Präsidenten zu jenem Zeitpunkt immer geringer wurde (Spetalnick, Holland, und Mohammed 2019). Donald Trump hat diese folgenschwere Abzugsentscheidung also in einer Phase seiner Präsidentschaft getroffen, in welcher er kein Interesse an den Ratschlägen von Außenpolitikexperten hatte. Er führte ein Telefongespräch und traf sofort eine Entscheidung. Bei der Betrachtung des übereilten Rückzugs, ergibt diese Einschätzung Sinn. Auffallend ist die Tatsache, dass er bei beiden Rückzugsbekundungen (2018 und 2019) im Vorhinein mit Präsident Erdogan telefonierte. Es gibt Vermutungen, dass er eine gewisse Zuneigung gegenüber Autokraten hegte. Möglicherweise glaubte Trump tatsächlich, dass Erdogan ein wohlmeinender Freund ist. Er vermutete, dass er dem türkischen Präsidenten vertrauen kann, und hielt diesen Abzug instinktiv für ein gutes Geschäft.

Nennenswerte öffentliche Unterstützung für diesen Rückzugsbefehl gab es nur von libertären Politikern wie Rand Paul und Vertretern der extremen Rechten wie Steve Bannon. Nach Lektüre des obigen New York Times Artikels argumentiert die vorliegende Arbeit, dass Trump keine Lust auf bzw. kein Interesse an internationale(r) Sicherheitspolitik verspürte. Der politische Außenseiter Donald Trump hat im Wahlkampf versprochen, dass er die endlosen Kriege im Nahen Osten beende werde. Das Geld für teure Auslandsmissionen solle besser in die amerikanische Wirtschaft

(z.B. Steuersenkungen) und in umfangreiche Infrastrukturprojekte investiert werden. Durch den Abzug der amerikanischen Soldaten aus dem umkämpften Nordosten Syriens sei ein Teil dieses Versprechens eingelöst worden. Der jahrzehntelange Konflikt zwischen Türken und Kurden sei zig tausende Kilometer entfernt und würde die Vereinigten Staaten laut Trumps „America First“-Denkschema nicht interessieren. Daher sah er keinen Bedarf für eine amerikanische Involvierung in diesen Konflikt. Auch wenn dies bedeutete, die kurdischen Alliierten (im Kampf gegen den IS) gegen einen übermächtigen Gegner im Stich zu lassen. Hinsichtlich des Bürgerkriegslandes Syrien hat der ehemalige amerikanische Präsident keine weitsichtige Strategie oder Vision verfolgt. Die Zerstörung des Islamischen Staates wurde erreicht, die Frage, wer Macht im Land gewinnt oder verliert, spielte in den Gedanken von Trump keine Rolle. Durch den (teilweisen) Truppenabzug hatte er sein ursprüngliches Ziel fast erreicht. Die Konsequenzen wurden jedoch nicht berücksichtigt. Verbündete waren verunsichert und die geopolitischen Konkurrenten Iran, Russland sowie der Diktator Assad erlangten mehr Einfluss denn je.

Überlegungen hinsichtlich der Konsequenzen wurden jedoch anderswo sehr wohl angestellt. Die Abzugsentscheidung der Trump-Regierung rief scharfen Protest über die Parteigrenzen hinaus hervor. Im amerikanischen House of Representative gab es beispielsweise eine Resolution, die die Entscheidung von Trump mit 354 zu 60 Abgeordneten ablehnte und verurteilte. Auch im Senat der USA gab es zahlreiche Republikaner, die ihren Präsidenten und Parteifreund mit Hinblick auf den Syrien-Rückzug offen kritisierten (Foran 2019). In Anbetracht der umfangreichen Unmutsäußerungen muss zwar angeführt werden, dass Trump den türkischen Angriff nicht öffentlich guthieß und auch nicht erlaubte, wie sein nachfolgender Tweet aufzeigt:

„As I have stated strongly before, and just to reiterate, if Turkey does anything that I, in my great and unmatched wisdom, consider to be off limits, I will totally destroy and obliterate the Economy of Turkey (I've done before!).“ (D. Trump 2019b)

Der Türkei unter Erdogan wurde 2019 die wirtschaftliche Zerstörung angedroht, sollten sie sich im Nordosten Syriens zu weit aus dem Fenster lehnen. Die wirtschaftspolitische

Drohung des amerikanischen Präsidenten zeigte jedoch keine Wirkung. Viel mehr drückte sein Befehl zum sofortigen militärischen Rückzug eine Passivität aus, die von türkischer Seite als indirekte Einladung für eine Invasion aufgefasst wurde. Ein paar Tage nach dem Telefongespräch der beiden Präsidenten begann im Zuge des sarkastischen Namens „Operation Friedensquelle“ der türkische Einmarsch in Syrien.

dd) Kurzzesümee

Donald Trump sah und sieht sich als Gewinner. Der Bauunternehmer aus Queens möchte weder in geschäftlicher noch in politischer Hinsicht (als Präsident) von anderen Geschäftspartner (und/oder fremden Staaten) ausgenommen werden, sondern selbst ausnehmen. Präsident Trump wollte Siege für Amerika einfahren und die amerikanische Wirtschaft beleben. So in etwa würde die Trumpsche Eigendefinition lauten. Langanhaltende Kriege im Ausland mit hohen personellen und finanziellen Kosten, vor allem im Nahen Osten, passen nicht zu diesem selbstkreierten Siegerimage. Die Beendigung von teuren, unnötigen und personalintensiven Kriegseinsätzen im Ausland war ein Wahlkampfschlager von Präsidentschaftskandidat Trump im Jahr 2016. Er sah sich als einen Friedenspräsidenten, der die jungen amerikanischen Soldaten gesund heimholen und das Geld, welches für teure Auslandsabenteuer geplant war, stattdessen in amerikanische Infrastruktur (und Steuersenkungen) stecken würde. Der Rückzug der US-Soldaten aus dem Nordosten Syriens passte hervorragend in dieses Schema. Der Abzug stellte eine praktische Konsequenz der populistischen Jackson-Ideologie dar, die militärische Abenteuer im Ausland, die keinen konkreten Nutzen für die USA darstellen, ablehnt. Ein langanhaltender Konflikt zwischen Türken und Kurden in einem Land (Syrien), das geografisch weit von den Vereinigten Staaten entfernt liegt, ist kein unmittelbares Problem. Die vorliegende Arbeit argumentiert daher, dass Trumps Rückzugsentscheidung aus ideologischer Sicht Sinn machte. Das einzige Problem war die überstürzte Vorgehensweise, die Schwäche vermuten lässt. Trump wollte diesen Truppenrückzug bereits im Jahr 2018, wurde jedoch von zahlreichen Beraterinnen und Beratern eingebremst und musste ein kleines Truppenkontingent im Land belassen. Da er jedoch keine amerikanischen Soldaten in einen direkten Kriegseinsatz (Türken vs. Kurden) schicken wollte, gab er 2019 einen instinktiven Rückzugsbefehl auf der

Grundlage eines Telefongesprächs und schockte damit vor allem die kurdischen Verbündeten der USA im Kampf gegen den Islamischen Staat. Diese Vorgehensweise würden Jacksonianer mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht gutheißen, da die Ehre einen großen Wert in ihren Überlegungen einnimmt. Treue gegenüber Verbündeten ist Ehrensache. Die Kurden mussten sich nach diesem abrupten Rückzug einen neuen Verbündeten in Form des syrischen Diktators Assad suchen.

Zusammengefasst handelte es sich hierbei um eine populistische Außenpolitikentscheidung, die Donald Trump aufgrund seiner nationalistischen Ideologie und seines Instinkts selbstständig getroffen hat. Eine gewisse Bewunderung für den Autokraten Erdogan hat bei seiner Entscheidung möglicherweise auch eine Rolle gespielt. In mehreren öffentlichen Äußerungen gab Trump kritische Stellungnahmen zu den kurdischen Kämpfern ab (z.B. die Anmerkung, dass die Kurden bei der Normandie-Schlacht nicht geholfen hätten), die möglicherweise auf Gespräche mit Erdogan zurückzuführen waren. Dass zwei Rückzugsentscheidungen des Präsidenten kurze Zeit nach Unterhaltungen mit Erdogan veröffentlicht wurden, wird von dieser Arbeit nicht als Zufall angesehen. Die Drohungen des türkischen Präsidenten waren sicherlich ein willkommener Anlass für Trump, um sein Wahlversprechen eines Abzugs aus Syrien teilweise zu erfüllen. Zur Rechtfertigung des umstrittenen Rückzugs nahm er direkten Bezug auf den Populismus – u.a. kritisierte der ehemalige Präsident die Außenpolitik-Elite der USA, welche amerikanische Truppen in zahlreiche Kriege schickte, ohne einen genauen Ausstiegsplan vorzulegen und umzusetzen. Die Ablehnung des amerikanischen Weltpolizistenstatus, der ein militärisches Eingreifen in diesem Fall verlangt hätte, war ebenfalls klar ersichtlich. Der Rückzug wurde also durch Nationalismus und Anti-Elitismus populistisch begründet.

b) Der Bruch: Luftangriffe gegen Assad (2017)

„Die Ausnahme bestätigt die Regel“ lautet ein beliebtes Sprichwort. Im Laufe der vorliegenden Masterarbeit konnten zahlreiche Bezugnahmen von Trump (und seiner Regierung) auf den Populismus festgestellt werden. Außenpolitischer Populismus äußerte sich in Form von Anti-Elitismus, Nationalismus, Skepsis gegenüber

Multilateralismus und übersteigernden Souveränismus. Die analysierten Fallbeispiele bestätigen die These, dass die Trump-Regierung außenpolitischen Populismus betrieb. Nichtsdestotrotz wurde im Zuge der Recherche ein relevantes außenpolitisches Ereignis entdeckt, das nicht ins populistische Schema passte. Das Ereignis wird untersucht, da es aufzeigt, dass Trumps Entscheidungen nicht zu 100 Prozent populistisch konsistent waren und es von dieser Masterarbeit vermessen wäre, dies zu behaupten.

In Syrien herrscht seit 2011 ein grausamer Bürgerkrieg. Zahlreiche (in- und ausländische) Player sind darin involviert und richten einen enormen menschlichen Schaden im Land an. Trotz umfangreicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit klammert sich der syrische Diktator und Präsident Baschar al-Assad aufgrund der militärischen Unterstützung durch Russland und den Iran weiterhin fest an die Macht. Im Vergleich zur Pro-Assad-Linie der zuvor genannten Mächte ist die Syrien-Politik der Vereinigten Staaten weniger erfolgreich. Präsident Barack Obama forderte während seiner Amtszeit mehrmals vergeblich den Rücktritt des syrischen Gewaltherrschers (siehe u.a. McGreal und Chulov 2011; Welsh 2015). Er zog eine rote Linie bei einem möglichen Einsatz von Chemiewaffen des Regimes, die er dann in der Praxis jedoch nicht einhielt. Es gab keinen militärischen US-Gegenschlag, nachdem Assad 2013 Giftgas gegen die eigene Bevölkerung einsetzte (ZEIT ONLINE 2018). Der syrische Machthaber hat beide Obama-Amtsperioden überstanden.

Die Syrien-Politik seines Nachfolgers war demgegenüber widersprüchlich. Während des Wahlkampfes 2016 machte Trump keinen Hehl daraus, dass die Tötung von IS-Terroristen sein wichtigstes Ziel mit Hinblick auf Syrien ist. Seine Politikinhalte waren nicht vom Grundgedanken getrieben, syrischen Zivilisten aus humanitären Gründen zu helfen. Dies lässt den Schluss zu, dass die Absetzung von Assad kein (vorrangiges) Politikziel von Donald Trump darstellte (Filkins 2016). Assad sitzt zwar tatsächlich immer noch fest im Sattel, dennoch hat die Trump-Regierung mehr Aktionen gegen das Regime durchgeführt, wie die oben genannte syrische Prioritätenliste des Ex-Präsidenten vermuten lassen würde. 2017 kam es beispielsweise zu einem

Luftwaffenangriff auf einen syrischen Militärflugplatz, 2018 gab es (zusammen mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich) einen Luftangriff auf Damaskus und Homs und 2020 wurden umfangreiche Sanktionen gegen das Assad-Regime verhängt. Sowohl Obama als auch Trump haben Assad sprichwörtlich ins Visier genommen. Bei Trump stimmt dies möglicherweise sogar wortwörtlich. Laut eigener Angabe wollte Präsident Trump den syrischen Präsidenten im Jahr 2017 töten lassen, nur die Abratung des damaligen Verteidigungsministers Mattis habe dies verhindert (siehe u.a. Thrush 2020). Dieser Abschnitt fokussiert sich aber nicht auf die Analyse und Erklärung des syrischen Bürgerkriegs im Allgemeinen, sondern befasst sich mit dem amerikanischen Angriff auf den syrischen Militärflugplatz asch-Scha'irat im Jahr 2017. Wieso wurden populistische Kernthemen bei dieser wichtigen außenpolitischen Entscheidung (auf unübliche Weise) ignoriert?

Ivanka Trump gilt als Lieblingskind von Donald Trump. Zusammen mit ihrem Ehemann Jared Kushner nahm sie die Position eines „Senior Advisor to the President of the United States“ in der Trump-Regierung ein. Es wird spekuliert, dass Trump seine älteste Tochter gerne als Vize-Präsidentin nominiert hätte (J. Jacobs 2020). Ivanka wurde ein großer Einfluss auf den ehemaligen Präsidenten nachgesagt. Der Präsidentschaftshistoriker Douglas Brinkley (zit. nach: Plott 2020) spricht dahingehend von einer „*second first lady*“, die es in der Geschichte der Vereinigten Staaten in dieser Art und Weise noch nie gab. Sie hatte einen exklusiven Zugang zum Weißen Haus und schien über sämtliche relevante Vorgänge innerhalb der Administration bestens Bescheid zu wissen (Plott 2020). Dasselbe kann über ihren Ehemann geschrieben werden. Die Journalistin Andrea Bernstein, die ein ausführliches Portrait über Kushner im New Yorker verfasste, hielt ihn nach Trump für den mächtigsten Politiker im Weißen Haus. Sein Schwiegervater vertraute ihm, er hatte einen unmittelbaren Zugang zum Präsidenten (privat und persönlich) und einen ausgeprägten Machinstinkt. Bernstein sah seine konkrete, umfangreiche Machtfülle in der Öffentlichkeit unterschätzt (Illing 2020). Ein konkretes Beispiel für deren Einfluss ist die Behauptung des republikanischen Kongressabgeordneten Michael McCaul (zit. nach: Segers 2020), der das Ehepaar Kushner als „*power players*“ in der Wiederwahlkampagne von Trump 2020

bezeichnete. Die Machtbefugnisse gingen demzufolge so weit, dass der Parlamentarier McCaul meinte, dass, der mit dem Wahlkampf unzufriedene, Kushner die Degradierung von Trumps-Wahlkampfmanager im Juli 2020 (kurz vor der Wahl!) veranlasste bzw. aktiv förderte (Segers 2020). Dieses Kurzportrait sollte zeigen, dass Donald Trump große Stücke auf seine Tochter Ivanka (und ihren Ehemann) hielt und hält. Dies muss mit Bezug auf die nachfolgende Fallstudie stets mitberücksichtigt werden.

Am 04. April 2017 führte die syrische Luftwaffe des Assad-Regimes einen Giftgasangriff auf die kleine Stadt Chan Schaichun in der Region Idlib durch. Mehr als 90 Personen kamen dabei durch den chemischen Kampfstoff Sarin ums Leben. Sowohl Assad als auch sein Verbündeter Russland verneinten den Einsatz von Nervengas und argumentierten stattdessen, dass es sich bei der Attacke um einen Angriff auf ein Munitionslager der syrischen Rebellen handelte. Hierbei wären dann unbeabsichtigterweise Giftgasgranaten explodiert, die im Lager vorrätig waren. Offizielle Beweise, die diese Sichtweise bestätigen, wurden jedoch nicht an die Öffentlichkeit gebracht (Deutsche Welle 2017). Als Reaktion auf den Chemiewaffenangriff befahl Donald Trump am 06. April 2017 einen amerikanischen Militärschlag auf jenen Luftwaffenstützpunkt, der der Ausgangspunkt für den tödlichen Angriff der syrischen Armee mit Sarin war. 59 Marschflugkörper wurden, mit dem Ziel der Zerstörung von wichtiger Infrastruktur wie z.B. Kampffjets und Radarausrüstung, auf den militärischen Flugplatz geworfen (Gordon, Cooper, und Shear 2017).

Donald Trump hegt eine Abneigung gegen den früheren US-Präsidenten Barack Obama. Es wirkte so, als ob die Rücknahme bzw. gewünschte Rücknahme zahlreicher Politikinhalt aus der Obama-Administration eines der wichtigsten Ziele seiner Amtszeit darstellte. Die Entscheidung für den Luftangriff auf Syrien kann nun aus diesem Blickwinkel betrachtet werden. In einem Statement vom 04. April 2017 machte er die Obama-Regierung für die grausamen Handlungen des Diktators mitverantwortlich. Deren Schwäche habe den syrischen Präsidenten erst zu solchen Handlungen ermutigt. Obama habe eine rote Linie bei Chemiewaffen im Jahr 2012 gezogen, sich an dieses Versprechen aber nicht gehalten (The White House 2017d). Demgegenüber konnte sich Trump als verlässlicher und moralischer Außenpolitiker darstellen, der rote

Linie in den Internationalen Beziehungen zieht und diese auch respektiert. Er konnte behaupten, dass er ein Signal nach außen sendete, dass Diktatoren und Autokraten unter einem Präsidenten Trump keine freie Hand bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit hätten.

Nach der Analyse von vier Jahren Trump-Regierung argumentiert die vorliegende Masterarbeit, dass dieser Hintergedanke kein Grund für sein Vorgehen war. Die Vereinigten Staaten unter Trump zogen sich in großen Schritten von der Weltbühne zurück, Akteure wie Russland und die Türkei waren außenpolitisch aktiver und mächtiger denn je. Insofern hat sich Trump im Großen und Ganzen an sein Wahlversprechen gehalten, die Rolle der Weltpolizei für Amerika aufzugeben. Die Einsetzung von amerikanischen Streitkräften, um Menschen in anderen Ländern zu helfen, gehörte nicht zu seinen Zielen. Dieser Luftwaffenangriff passte jedoch nicht zu dieser Einschätzung. Was hat den isolationistisch denkenden Trump dazu bewogen, in dieser Art und Weise militärisch in Syrien einzugreifen?

Der erste Grund lag in der Verwendung von chemischen Waffen durch das syrische Regime. Demnach war der amerikanische Luftangriff eine Vergeltung für den Einsatz von Sarin durch Assad. Ein Regimewechsel oder der Schutz von Zivilisten gegenüber zukünftigen Angriffen mit konventionellen Waffen stand nicht auf der Agenda von Präsident Trump. Stattdessen sollte der Luftschlag eine Warnung an Assad darstellen, keine chemischen Kampfstoffe gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen (Beauchamp 2017). Donald Trump, der ehemalige Außenminister Tillerson, der ehemalige Nationale Sicherheitsberater McMaster und der ehemalige Verteidigungsminister Mattis bezeichneten den Militärschlag als Hinweis für Assad, dass die Vereinigten Staaten die Verwendung von Chemiewaffen nicht akzeptieren würden (siehe Brannen 2017). Hierbei handelte es sich also um die offizielle Regierungslinie. Die Argumentation deckt sich auch mit der Tatsache, dass der genau eingegrenzte Militäreinsatz auf jenen Flugplatz ausgerichtet war, von dem der Chemiewaffenangriff ausgegangen ist. Nichtsdestotrotz würde diese Begründung Trumps Ankündigungen im Wahlkampf (und anschließend) konterkarieren, dass die Vereinigten Staaten keine Rolle als Weltpolizist anstreben. Nach dieser Logik hätte der amerikanische Präsident nicht handeln dürfen.

Er hätte beispielsweise bekanntgeben können, dass andere westliche, regel- und moralbasierte Länder mit starken Streitkräften wie Frankreich oder das Vereinigte Königreich den Chemiewaffeneinsatz sühnen sollen. Der militärische Einsatz in Syrien war zweifelslos ein konkreter Bruch seines außenpolitischen Wahlversprechens des „non-foreign interventionism“. Die Aktion lässt sich mit dem amerikanischen Außenpolitikpopulismus, der in Form des interessengeleiteten Nationalismus erscheint, und eine minimalistische Außenpolitik beschwört, nicht rechtfertigen.

Daher kommt die zweite Ursache für den militärischen Einsatz ins Spiel, die mit grausamen Bildern von zivilen Opfern des Chemieangriffs zusammenhängt. *„Heartbroken and outraged by the images coming out of Syria following the atrocious chemical attack yesterday“*, gab Präsidententochter Ivanka Trump (2017) in Reaktion auf den syrischen Angriff auf Twitter bekannt. Ihr Bruder Eric Trump behauptete in einem Interview mit der britischen Tageszeitung Daily Telegraph, dass Ivanka ein gewichtiger Grund dafür war, dass Präsident Trump das Assad-Regime attackierte. Als Mutter von drei Kindern habe sie sich nach Kenntnisnahme der schrecklichen Bilder aus Syrien dafür eingesetzt, dass diese Tat nicht ungeschoren bleibt. Der beträchtliche Einfluss, den sie auf ihren Vater ausübt, beeinflusste daher die Entscheidung für amerikanische Luftangriffe auf Syrien (Smith 2020). Nun kann argumentiert werden, dass die Ansichten eines Verwandten, der kein offizielles Regierungsamt ausübt und keinerlei nennenswerte außenpolitische Erfahrung vorweist, vernachlässigbar sind. Interessant ist jedoch die Aussage des damaligen Pressesprechers des Weißen Hauses Sean Spicer, der zugab, dass Ivanka Trump mit Hinblick auf die Bilder der zivilen Opfer ihre persönliche Meinung kundtat. Spicer gab aber offiziell nicht bekannt, ob die First Daughter sich aktiv für ein militärisches Eingreifen der amerikanischen Streitkräfte einsetzte (Cohen 2017). Die diesbezüglichen Spekulationen, die von ihrem Bruder angeheizt wurden, führten dazu, dass sie ihren persönlichen Einfluss auf die Entscheidung öffentlich kleinredete. Demzufolge habe sie nur ihre eigene Sichtweise im Entscheidungsfindungsprozess bekanntgegeben, die mit der Meinung des Präsidenten übereinstimmte (McCaskill 2017).

Sollte Trumps Entscheidung jedoch tatsächlich mit den Emotionen seiner Tochter zusammenhängen, würde dies den Einfluss der familiären Beratung auf die

Amtsgeschäfte von Donald Trump zeigen. Diese Ansichtswiese ist durchaus realistisch, da Donald Trump laut der Journalistin Gwenda Blair, die eine Biographie über die Trump-Familie verfasste, nur seiner eigenen Familie (und vor allem seinen Kindern) vertraut. Nach der Biografin sieht das Familienbild des amerikanischen Präsidenten seine Ehefrauen als „*accessories*“ an, während seine Kinder „*the future*“ darstellen. „*They are the dynasty that is going to go forward.*“ (Blair; zit. nach: Knigge 2017). Er vertraut also primär seinem eigenen Blut (sowie Schwiegersohn Kushner) und möchte, dass seine Kinder die Familiendynastie fortführen. Dieser Wunsch kann sich nicht nur auf Privates oder Geschäftliches in der Immobilienbranche, sondern auch auf die Staatsgeschäfte als amerikanischer Präsident beziehen. Die familiäre Bande der Trumps erinnert an die Kennedy-Familie während der 1960er Jahre, als John F. Kennedy als Präsident und sein Bruder Robert als amerikanischer Justizminister amtierten. Obwohl es möglicherweise familiäre Einflüsterungen gab, muss abschließend festgehalten werden, dass Donald Trump mit Bezug auf den syrischen Chemiewaffenangriff anführte, dass er persönlich von den schrecklichen Bildern der zahlreichen toten Zivilisten berührt wurde (Landler 2017). Trotz anderslautendem isolationistisch-populistischem Wahlkampfgepöbel haben ihn diese Bilder schlussendlich zu einem Eingreifen bewegt. Wie bereits angeführt, ist dies auch die Sichtweise seiner Tochter, die meinte, dass die Handlung ihres Vaters eben mit ihrer Meinung übereinstimmte. Sie habe die Entscheidung nicht herbeigeführt.

Neben der Verantwortung als *Leader of the Free World*, ausländische Chemiewaffenangriffe nicht zu dulden, sowie seiner persönlichen Erschütterung über die zahlreichen zivilen Opfer des Chemiewaffenangriffs und die diesbezügliche Wut seiner Tochter Ivanka gibt es noch eine dritte Begründung für den Luftangriff auf das Assad-Regime im Jahr 2017. Der Militärschlag könnte auf eine Professionalisierung der Trump-Administration durch den damaligen Nationalen Sicherheitsberater H.R. McMaster hinweisen. Der außen- und sicherheitspolitische *Mainstream* wurde durch McMaster vertreten sowie gefördert und hat bei dieser Entscheidung erneut Einzug ins Weiße Haus gefunden (Heinlein 2017). Die Luftattacke kann als herkömmlicher Angriff eines amerikanischen Präsidenten gesehen werden, der den Einsatz von

Chemiewaffen durch einen Diktator nicht hinnehmen wollte. So eine Entscheidung kann sowohl von demokratischen als auch republikanischen Außenpolitikern forciert werden. Nur die unkonventionellen Ansichten und Äußerungen von Donald Trump ließen diesen Militäreinsatz als etwas Besonderes erscheinen. Bei vielen anderen Präsidenten würde man eine derartige Reaktion erwarten und wäre keineswegs überrascht gewesen. Insofern stellte sein Militärangriff einen außenpolitischen Schritt dar, der der sicherheitspolitischen Washingtoner Elite entsprach. Dies sieht man auch daran, dass der Zuspruch nicht an seine eigene Partei gebunden war. Es gab lobende Worte von demokratischen und republikanischen Politikerinnen und Politikern (u.a. Batthyany 2017). Beifall von der Elite ist aber genau das, was Populisten eigentlich verabscheuen. Ein erneuter Beweis dafür, dass Trump bei dieser außenpolitischen Entscheidung keinen Bezug auf den Populismus nahm.

Doch war auch der Entscheidungsfindungsprozess im sicherheitspolitischen Mainstream angesiedelt? Der konservative Professor der Internationalen Beziehungen James Carafano (zit. nach: Heinlein 2017) vermutete diesbezüglich einen „*textbook decision-making process*“, der für eine neue Regierung in dieser Art und Weise überraschend sei. Carafano argumentiert, dass alle relevanten sicherheitspolitischen Player der Trump-Regierung wie z.B. Außen- und Verteidigungsminister zu einer Art Koordinationsgremium berufen wurden und ihre Expertise einbrachten (Heinlein 2017). Blomdahl (2019, 545–46) gibt dahingehend einen guten Überblick über den Entscheidungsfindungsprozess. Sein Paper zeigt auf, dass die endgültige Entscheidung für den Militärschlag sehr schnell, innerhalb eines Zeitraums von 72 Stunden, und nach vielen Meetings zwischen Präsident Trump und zahlreichen Beratern sowie Amtsträgern (z.B. dem Verteidigungsminister) gefällt wurde. Schlussendlich entschied sich Trump für die Empfehlung seines Nationalen Sicherheitsrats unter Führung von General McMaster und veranlasste den Einsatz von Marschflugkörpern gegen das Assad-Regime. Innerhalb der Regierung gab es keine nennenswerten kritischen Stimmen, die sich dezidiert gegen diesen Militärschlag ausgesprochen hätten. Stattdessen legt seine Untersuchung nahe, dass sich die führenden Außenpolitiker innerhalb der Administration hinsichtlich der Notwendigkeit eines Militärschlags einig waren (Blomdahl 2019, 546–47). Zuvor wurde in dieser Masterarbeit darauf

hingewiesen, dass es Vermutungen gibt, dass der Luftangriff auf Syrien auf eine Professionalisierung der Außenpolitik des Weißen Hauses durch McMaster zurückzuführen sei. Im Paper wird diesbezüglich angeführt, dass Steve Bannon, der (damalige) rechtspopulistische Chefstrategie von Trump, kurz vor dem Militärschlag seinen Sitz im wichtigsten Ausschuss des Nationalen Sicherheitsrats verloren hat. Diejenige Person, die kein Fan eines militärischen Einsatzes in Syrien war, wurde also während einer ersten militärischen Bewährungsprobe aus dem wichtigsten amerikanischen Sicherheitsgremium ausgeschlossen. Diese Personalentscheidung von Präsident Trump hätte die gestärkte Machtposition des seriösen Sicherheitspolitikers McMaster illustriert (Blomdahl 2019, 546).

Die Rolle von Beraterinnen und Beratern wie H.R. McMaster ist also der dritte Aspekt, der bei Trumps Entscheidung zur Bombardierung des syrischen Militärflugplatzes berücksichtigt werden muss. Auch wenn die Stärke dieses außenpolitischen Einflussfaktors in dieser Masterarbeit nicht untersucht wird, geht der Autor davon aus, dass Beraterinnen und Berater (mit der möglichen Ausnahme von Familienmitgliedern) dennoch keine große Rolle in der Außenpolitik von Donald Trump spielten. Bei dieser speziellen Entscheidung schien es jedoch so, als ob für einen kurzen Zeitraum seriöse außenpolitische Beratung eine Auswirkung auf die Politik der Supermacht ausübte und die Bezugnahme auf den Populismus verdrängte. Weitere Forschung, die konkrete Fallbeispiele mit Hinblick auf den Einfluss von Beratung auf populistische Politiker analysiert, wäre diesbezüglich empfehlenswert.

Mit Bezug auf Tweets des Privatmannes Trump aus 2013 wird davon ausgegangen, dass die persönliche Ideologie bei dieser Attacke auf das Assad Regime keine Rolle spielte. Fandos (2017) zeigt in der New York Times anhand von 19 Tweets in erhellender Weise auf, wie sich die Ansichten Trumps von 2011 bis 2016 entwickelten. In einer beträchtlichen Anzahl an Kurznachrichten warnte er Barack Obama davor, Assad aufgrund des Chemiewaffenangriffs im Jahr 2013 militärisch anzugreifen. Präsident Obama sollte sich lieber auf Probleme innerhalb Amerikas konzentrieren. Diese Ansichten passen hervorragend zu seiner späteren populistischen „America First“ Wahlkampagne. Die Grundüberzeugung von Donald Trump lautete und lautet, dass die

Vereinigten Staaten die Rolle des Weltpolizisten ablegen sollen. Die Konsequenz daraus müsste sein, dass sich Amerika unter Trump nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischt, dessen Handlungen keine sichtbaren schädlichen Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten ausüben. Und dennoch hat der ehemalige Oberbefehlshaber Syrien militärisch angegriffen. Er hat damit seine eigene Meinung und Einstellung in dieser Angelegenheit innerhalb weniger Jahre massiv revidiert. Wie passt dies zusammen? Die schrecklichen Bilder des Chemiewaffenangriffs hinterließen zweifelslos einen negativen Eindruck bei Präsident Trump. Dies, alleine, hat aber für den Angriff nicht ausgereicht. Erst das Entsetzen seiner Tochter über die zivilen Opfer sowie die Empfehlungen seiner Sicherheitsberater führten zu einem genau abgestimmten Luftangriff, der keine unerwarteten Konsequenzen von anderen Militärmächten nach sich ziehen sollte.

Bei dieser außenpolitischen US-Handlung war der Populismus unbedeutend. Populistische Anhänger von Andrew Jackson stehen - wie in Kapitel 3 aufgezeigt - für eine minimalistische amerikanische Außenpolitik, die nur dann militärisch eingreift, wenn amerikanische Interessen bedroht werden. Obwohl es sich bei Assads Giftgasangriff um ein grausames Verbrechen handelte, hätten sie nicht eingegriffen, da die Interessen der Vereinigten Staaten nicht berührt wurden. Trump nahm oftmals Anleihen bei Jackson, war aber, wie man sieht, kein 100%iger Anhänger, da er in theoretischer Hinsicht zu wenig gebildet war, um dessen Ansichten in sämtlichen Fällen konsequent umzusetzen. Stattdessen unternahm er eine instinktgetriebene Außenpolitik. Eigentlich lehnt Trump solche militärischen Eingriffe ab, er sah jedoch die ungeheuerlichen Bilder und änderte seine Meinung.

Das Fallbeispiel wurde nicht angeführt, um die Thesen dieser Arbeit zu unterminieren. Dies wäre auch gar nicht möglich. Stattdessen zeigt dieser Militärschlag auf, dass man nicht von einer „durch und durch“ populistischen Außenpolitik unter Trump sprechen kann, und andere Faktoren auch eine Rolle bei der amerikanischen Außenpolitikgestaltung spielten. Die Untersuchung dieser verschiedenen Einflussfaktoren stellt jedoch keinen Untersuchungsgegenstand dieser Masterarbeit dar. Diese Thematik würde aber zweifellos eine interessante Forschungsarbeit ausmachen.

Aufbauend auf den Ergebnissen (→ mit Ausnahme des Luftwaffenangriffs 2017) wird abschließend festgehalten, dass die Regierung Trump bei zahlreichen außenpolitischen Handlungen auf populistische Kernelemente zurückgriff. Es kann argumentiert werden, dass die Trumpsche Außenpolitik im Großen und Ganzen vom Populismus getrieben wurde.

6) Conclusio

Auf welche Weise hat Donald J. Trump als amerikanischer Präsident Bezug auf populistische Kernthemen genommen? Die vorliegende Masterarbeit wollte anhand von Fallbeispielen herausfinden, welche Auswirkungen der Populismus auf die konkrete Außenpolitik von Präsident Trump ausübte. Die Ergebnisse zeigen, dass zahlreiche Entscheidungen wie beispielsweise der amerikanische Ausstieg aus dem Pariser-Klimaabkommen populistisch begründet wurden.

Trumps außenpolitischer Populismus äußerte sich primär in Nationalismus und einer ablehnenden Haltung gegenüber multilateralen Organisationen und Abkommen. Seine Außenpolitik wurde von ökonomischen Gedanken getrieben, und es schien so, als ob die Handelsbilanzverhältnisse zwischen den USA und den jeweiligen Verhandlungsstaaten bei jeder Handlung auf der internationalen Bühne mitbedacht wurden. Trump sah sich von Ländern (Freund und/oder Feind) umzingelt, die die Vereinigten Staaten - oftmals seit Jahrzehnten - in finanzieller und militärischer Weise ausnehmen würden. Der Bauunternehmer aus New York war jedoch angetreten, um diese Zustände zu beenden. Die Kombination aus nationalistischem „*America First*“ und einer „*Withdrawal Doctrine*“ (→ nach dem Diplomaten Haass/siehe S. 37) charakterisierte die Politik des 45. Präsidenten auf der Weltbühne. Die Vereinigten Staaten sollten sich nur dort engagieren, wo amerikanische Interessen berührt werden. Moralische Überlegungen spielten, sofern überhaupt vorhanden, eine nachrangige Rolle in den Überlegungen des ehemaligen Fernsehstars. Der amerikanische Weltpolizistenstatus wurde öffentlichkeitswirksam aufgegeben, was sich unter anderem durch den abrupten Rückzug aus Rojava im Jahr 2019 belegen lässt. Die Mitgliedschaften in einer Vielzahl von internationalen Organisationen und Abkommen spiegelten die amerikanischen Interessen angeblich nicht ausreichend wider, weswegen es zu unilateralen US-Austritten kam. Darüber hinaus gab es bei Trumps - populistischen - außenpolitischen Entscheidungen Bezugnahmen auf den klassischen Anti-Elitismus sowie (übersteigernden) Souveränismus.

Eine nennenswerte Ausnahme stellte jedoch der amerikanische Angriff auf einen Luftwaffenstützpunkt des Assad-Regimes im Jahr 2017 dar. Dieser Militärschlag passte

nicht ins außenpolitische Denkschema von Donald Trump. Bei dieser militärischen Operation ging es nämlich nicht in erster Linie um amerikanische Interessen, sondern um die Sühnung eines grausamen Chemiewaffenangriffs auf syrische Zivilisten. Der Luftangriff stellte einen markanten Bruch von Trumps Wahlversprechen einer zurückhaltenden Außenpolitik dar und kann als „Establishment-Außenpolitik“ bezeichnet werden. Bei dieser Außenpolitikentscheidung handelte es sich jedoch eher um ein singuläres Ereignis am Anfang der Amtszeit, das die generellen Erkenntnisse dieser Arbeit nicht herausforderte. Das vorliegende Werk zieht daher den Schluss, dass Donald Trump bei zahlreichen außenpolitischen Handlungen auf populistische Kernthemen zurückgriff. Konkrete Auswirkungen auf die amerikanische Außenpolitikgestaltung waren in vielfacher Hinsicht praktisch feststellbar. Dahingehend ergeben sich nun zwei weitere spannende Fragestellungen.

Diese Masterarbeit vermutet, dass Millionen von Amerikanerinnen und Amerikanern Donald Trump gerade wegen seiner nationalistischen, elitenfeindlichen und multilateralismusskeptischen Außenpolitik wählten. Deren Sichtweise mit Bezug auf die internationalen Beziehungen wurde nicht von Trump erfunden, sondern war bereits davor vorhanden und wird auch nach dessen Ableben weiter bestehen. Mit der Machtübernahme von Joe Biden ist nun jedoch ein altgedienter Politiker ins Weiße Haus eingezogen, der zweifelslos zum Washingtoner „Außenpolitikestablishment“ gehört. Diese außenpolitische Kaste weist keine natürlichen Sympathien für die Sichtweisen von unzähligen Trump-Anhängern auf. Interessant ist nun die Frage, wie die zukünftige Außenpolitik von Präsident Biden auf jene große Anzahl von Amerikanerinnen und Amerikanern zugehen wird, die der Politik der klassischen amerikanischen Außenpolitikelite traditionell feindlich gegenübersteht. Deren Haltungen verschwinden nämlich nicht einfach, sobald ein neues Staatsoberhaupt den Amtseid ablegt. Ein Vertreter einer minimalistischen Außenpolitik wird durch einen Präsidentenwechsel z.B. nicht automatisch zu einem Anhänger der (weltweiten) amerikanischen Demokratieverbretung. Weitere Forschung, die sich mit der Thematik befasst, wie sich der außenpolitische Populismus in Amerika unter Joe Biden in der Praxis entwickelt bzw. zurückgedrängt wird, wäre daher wünschenswert. Wie geht der

neue Präsident mit populären populistischen Kernthemen wie beispielsweise Multilateralismusfeindlichkeit um?

Ein weiterer spannender Untersuchungsgegenstand betrifft die außenpolitischen Überlegungen des demokratischen Sozialisten und US-Senators Bernie Sanders. Auch auf Seiten der Demokratischen Partei gibt es nämlich nicht nur interventionistische Sicherheitsfalken wie Hillary Clinton, sondern auch Politikerinnen und Politiker, die – eher wie Trump – eine zurückhaltende amerikanische Außenpolitik fordern (z.B. die ehemalige demokratische Abgeordnete und Soldatin Tulsi Gabbard). Das vorliegende Werk beschäftigte sich mit Vertretern (=Regierung-Trump) des amerikanischen Außenpolitikpopulismus, die der politisch Rechten im Land zugeordnet werden. Doch wie sieht das bei jenen US-Amtsträgern aus, die in der gewöhnlichen Debatte unreflektiert als „Linkspopulisten“ bezeichnet werden? Wie nimmt deren Diskurs Bezug auf populistische Kernthemen in der Außenpolitik?

Literatur und Quellen:

- Aleem, Zeeshan. 2017. „Trump: I Was Elected to Represent Pittsburgh, Not Paris. Pittsburgh: Uh, We're with Paris.“ *Vox*. <https://www.vox.com/policy-and-politics/2017/6/1/15726656/pittsburgh-mayor-trump-paris> (26. Januar 2021).
- Anand, Sowmya, und Jon A. Krosnick. 2003. „The Impact of Attitudes toward Foreign Policy Goals on Public Preferences among Presidential Candidates: A Study of Issue Publics and the Attentive Public in the 2000 U.S. Presidential Election“. *Presidential Studies Quarterly* 33(1): 31–71.
- Aslanidis, Paris. 2016. „Is Populism an Ideology? A Refutation and a New Perspective“. *Political Studies* 64(1_suppl): 88–104.
- Baker, Peter, und Lara Jakes. 2019. „Trump Throws Middle East Policy Into Turmoil Over Syria (Published 2019)“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2019/10/07/us/politics/turkey-syria-trump.html> (24. Oktober 2020).
- Balfour, Rosa u. a. 2016. „Europe's Troublemakers. The Populist Challenge to Foreign Policy“. *European Policy Centre*.
- Barnes, Julian E., und Eric Schmitt. 2019. „Trump Orders Withdrawal of U.S. Troops From Northern Syria (Published 2019)“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2019/10/13/us/politics/mark-esper-syria-kurds-turkey.html> (26. Oktober 2020).
- Batthyany, Sacha. 2017. „Nach Syrien-Angriff: Unerwartetes Lob für Trump“. *Süddeutsche.de*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/syrien-angriff-unerwartetes-lob-fuer-trump-1.3457738> (16. Februar 2021).
- BBC News. 2017. „Israel to Join US in Quitting Unesco“. *BBC News*. <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-41598991> (24. Januar 2021).
- . 2020. „Coronavirus: US to Halt Funding to WHO, Says Trump“. *BBC News*. <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-52289056> (8. Januar 2021).
- Beauchamp, Zack. 2017. „Why Trump Is Bombing Syria, Explained in 2 Sentences“. *Vox*. <https://www.vox.com/2017/4/6/15215132/us-syria-bombing-trump-assad-chemical-weapons> (3. Oktober 2020).
- . 2018. „The Iran Deal, Explained in 9 Graphics“. *Vox*. <https://www.vox.com/world/2018/5/8/17328858/iran-nuclear-deal-trump-announcement-chart> (6. Februar 2021).

-
- Beaumont, Peter. 2015. „Netanyahu Denounces Iran Nuclear Deal but Faces Criticism from within Israel“. *the Guardian*. <http://www.theguardian.com/world/2015/jul/14/netanyahu-denounces-iran-nuclear-dealcriticism-israel> (2. Februar 2021).
- Blomdahl, Mikael. 2019. „Changing the Conversation in Washington? An Illustrative Case Study of President Trump’s Air Strikes on Syria, 2017“. *Diplomacy & Statecraft* 30(3): 536–55.
- Borger, Julian, und Martin Chulov. 2018. „Trump Shocks Allies and Advisers with Plan to Pull US Troops out of Syria“. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/us-news/2018/dec/19/us-troops-syria-withdrawal-trump> (27. Oktober 2020).
- Boucher, Jean-Christophe, und Cameron G. Thies. 2019. „I Am a Tariff Man”: The Power of Populist Foreign Policy Rhetoric under President Trump“. *The Journal of Politics* 81(2): 712–22.
- Brannen, Kate. 2017. „Tracking the White House’s Reasons for Bombing Syria“. *Just Security*. <https://www.justsecurity.org/39864/track-white-houses-reasons-striking-syria/> (6. Oktober 2020).
- Broadman, Harry G. 2018. „Trump’s Misplaced Penchant For Bilateral Trade Deals“. *Forbes*. <https://www.forbes.com/sites/harrybroadman/2018/01/31/trumps-misplaced-penchant-for-bilateral-trade-deals/> (23. Januar 2021).
- Bundeszentrale für politische Bildung. o.J. „Internationale Beziehungen | bpb“. *bpb.de*. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17654/internationale-beziehungen> (27. Juli 2020).
- Canovan, Margaret. 1999. „Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy“. *Political Studies* 47(1): 2–16.
- Chatzky, Andrew, James McBride, und Mohammed Aly Sergie. 2020. „NAFTA and the USMCA: Weighing the Impact of North American Trade“. *Council on Foreign Relations*. <https://www.cfr.org/backgrounder/nafta-and-usmca-weighing-impact-north-american-trade> (18. August 2020).
- Chrysogelos, Angelos. 2017. „Populism in Foreign Policy“. *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. <https://oxfordre.com/politics/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-467> (6. Dezember 2020).
- Clarke, Michael, und Anthony Ricketts. 2017. „Donald Trump and American Foreign Policy: The Return of the Jacksonian Tradition“. *Comparative Strategy* 36(4): 366–79.

-
- Cohen, Zachary. 2017. „Eric Trump: Ivanka influenced Syria strike decision“. *CNN*. <https://www.cnn.com/2017/04/11/politics/ivanka-trump-syria-strike-influence-telegraph/index.html> (3. Oktober 2020).
- Collins, Eliza. 2016. „Trump: I Consult Myself on Foreign Policy“. *POLITICO*. <https://www.politico.com/blogs/2016-gop-primary-live-updates-and-results/2016/03/trump-foreign-policy-adviser-220853> (15. August 2020).
- Collinson, Stephen. 2016. „Why ‚deplorables‘ spat is here to stay“. *CNN*. <https://www.cnn.com/2016/09/13/politics/donald-trump-hillary-clinton-deplorables/index.html> (30. September 2020).
- Corasaniti, Nick, Alexander Burns, und Binyamin Appelbaum. 2016. „Donald Trump Vows to Rip Up Trade Deals and Confront China“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2016/06/29/us/politics/donald-trump-trade-speech.html> (16. August 2020).
- Cowie, Jefferson. 2016. „Donald Trump and History’s Competing Visions of America’s ‚Forgotten Man‘“. *Time*. <https://time.com/4567949/forgotten-man-donald-trump/> (30. September 2020).
- Csehi, Robert, und Edit Zgut. 2020. „‘We won’t let Brussels dictate us’: Eurosceptic populism in Hungary and Poland“. *European Politics and Society* 0(0): 1–16.
- Destradi, Sandra, und Johannes Plagemann. 2019. „Populism and International Relations: (Un)Predictability, Personalisation, and the Reinforcement of Existing Trends in World Politics“. *Review of International Studies* 45(5): 711–30.
- Deutsche Welle. 2017. „UN-Report: Assad für Giftgasangriff mit Sarin verantwortlich | DW | 26.10.2017“. *DW.COM*. <https://www.dw.com/de/un-report-assad-f%C3%BCr-giftgasangriff-mit-sarin-verantwortlich/a-41133226> (3. Oktober 2020).
- Douthat, Ross. 2019. „Opinion | The Trump Doctrine (Published 2019)“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2019/01/29/opinion/trump-doctrine-venezuela-afghanistan.html> (14. November 2020).
- Drezner, Daniel W. 2019. „Present at the Destruction: The Trump Administration and the Foreign Policy Bureaucracy“. *The Journal of Politics* 81(2): 723–30.
- Economist, The. 2019. „Another fine mess - Donald Trump triggers a Turkish invasion and trashes the national interest | Briefing | The Economist“. <https://www.economist.com/briefing/2019/10/17/donald-trump-triggers-a-turkish-invasion-and-trashes-the-national-interest> (24. Oktober 2020).
- Edwards, George C., und B. Dan Wood. 1999. „Who Influences Whom? The President, Congress, and the Media“. *American Political Science Review* 93(2): 327–44.

-
- Europäische Kommission. 2016. „Übereinkommen von Paris“. *Klimapolitik - European Commission*.
https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_de (26. Januar 2021).
- Fandos, Nicholas. 2017. „Trump’s View of Syria: How It Evolved, in 19 Tweets (Published 2017)“. *The New York Times*.
<https://www.nytimes.com/2017/04/07/us/politics/donald-trump-syria-twitter.html> (10. Oktober 2020).
- Filkins, Dexter. 2016. „Trump and Syria“. *The New Yorker*.
<https://www.newyorker.com/news/news-desk/president-trumps-policy-on-syria> (9. Oktober 2020).
- Foran, Clare. 2019. „House approves resolution opposing Trump administration Syria troop withdrawal“. *CNN*. <https://www.cnn.com/2019/10/16/politics/syria-troop-withdrawal-house-resolution/index.html> (27. Oktober 2020).
- Fortin, Jacey. 2019. „Trump Says the Kurds ‘Didn’t Help’ at Normandy. Here’s the History. (Published 2019)“. *The New York Times*.
<https://www.nytimes.com/2019/10/10/world/middleeast/trump-kurds-normandy.html> (26. Oktober 2020).
- Gertz, Geoffrey. 2017. „What Will Trump’s Embrace of Bilateralism Mean for America’s Trade Partners?“ *Brookings*. <https://www.brookings.edu/blog/future-development/2017/02/08/what-will-trumps-embrace-of-bilateralism-mean-for-americas-trade-partners/> (23. Januar 2021).
- Gordon, Michael R., Helene Cooper, und Michael D. Shear. 2017. „Dozens of U.S. Missiles Hit Air Base in Syria (Published 2017)“. *The New York Times*.
<https://www.nytimes.com/2017/04/06/world/middleeast/us-said-to-weigh-military-responses-to-syrian-chemical-attack.html> (6. Oktober 2020).
- Griffin, Jennifer, und Melissa Leon. 2019. „Trump ‚went off Script‘ during Call with Erdogan, Senior Military Source Reveals“. *Fox News*.
<https://www.foxnews.com/politics/trump-phone-call-erdogan-turkey-syria> (8. November 2020).
- Guillén, Alex. 2017. „Pruitt Emails Show Close Ties to Oil, Gas Interests“. *POLITICO*.
<https://politi.co/2BFaajj> (26. Januar 2021).
- Haass, Richard N. 2020. „Trump’s Foreign Policy Doctrine? The Withdrawal Doctrine.“ *Council on Foreign Relations*. <https://www.cfr.org/article/trumps-foreign-policy-doctrine-withdrawal-doctrine> (14. November 2020).
- Haltiwanger, John. 2019. „Trump keeps criticizing NATO allies over spending. Here’s how NATO’s budget actually works.“ *Business Insider*.

-
- <https://www.businessinsider.com/how-nato-budget-is-funded-2018-7> (11. August 2020).
- . 2020. „Here’s what’s in the 2015 nuclear deal with Iran that the country withdrew from amid heightened tensions with the US“. *Business Insider*. <https://www.businessinsider.de/international/iran-nuclear-deal-explained/?r=US&IR=T> (6. Februar 2021).
- Heinlein, Peter. 2017. „McMaster’s Influence on Trump Security Policy Seen in Syria Airstrikes | Voice of America - English“. <https://www.voanews.com/usa/mcmasters-influence-trump-security-policy-seen-syria-airstrikes> (6. Oktober 2020).
- History Central. o.D. „REMARKS BY PRESIDENT CLINTON, PRESIDENT BUSH, PRESIDENT CARTER, PRESIDENT FORD, AND VICE PRESIDENT GORE IN SIGNING OF NAFTA SIDE AGREEMENTS“. <https://www.historycentral.com/documents/Clinton/SigningNaFTA.html> (18. August 2020).
- History.com Editors. 2020. „Populism in the United States: A Timeline“. *HISTORY*. <https://www.history.com/topics/us-politics/populism-united-states-timeline> (13. Dezember 2020).
- Holsti, Ole R. 1992. „Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus Mershon Series: Research Programs and Debates“. *International Studies Quarterly* 36(4): 439–66.
- Huang, Pien. 2020. „Fact-Checking And Assessing Trump’s Letter Of Rebuke To WHO“. *NPR.org*. <https://www.npr.org/sections/goatsandsoda/2020/05/20/858911395/fact-checking-and-assessing-trumps-letter-of-rebuke-to-who> (9. Januar 2021).
- Illing, Sean. 2020. „The Most Powerful Person in the White House Not Named Donald Trump“. *Vox*. <https://www.vox.com/policy-and-politics/2020/6/13/21265067/jared-kushner-trump-white-house-andrea-bernstein> (3. Oktober 2020).
- Jacobs, Jennifer. 2020. „Trump Considered Daughter Ivanka as 2016 Running Mate, Book Says“. *Bloomberg.com*. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-09-28/trump-considered-daughter-ivanka-as-2016-running-mate-book-says> (3. Oktober 2020).
- Jacobs, Lawrence R., und Benjamin I. Page. 2005. „Who Influences U.S. Foreign Policy?“ *The American Political Science Review* 99(1): 107–23.
- Jentleson, Bruce W. 1992. „The Pretty Prudent Public: Post Post-Vietnam American Opinion on the Use of Military Force“. *International Studies Quarterly* 36(1): 49–73.

-
- Johnson, Jenna. 2016. „Donald Trump Calls Her ‘Crooked Hillary,’ but His Fans Just Say ‘b----’“. *Washington Post*. https://www.washingtonpost.com/politics/donald-trump-calls-her-crooked-hillary-but-his-fans-just-say-b----/2016/06/15/b33e166c-330c-11e6-8ff7-7b6c1998b7a0_story.html (29. September 2020).
- Kaczynski, Andrew. 2016. „Donald Trump Spoke Forcefully Against NAFTA At A 1993 Business Conference“. *BuzzFeed News*. <https://www.buzzfeednews.com/article/andrewkaczynski/trump-spoke-against-nafta-at-1993-convention> (18. August 2020).
- Kazin, Michael. 2016. „Trump and American Populism: Old Whine, New Bottles The Power of Populism“. *Foreign Affairs* 95(6): 17–24.
- Kelly, Martin. 2019. „Top 6 Key U.S. Presidential Foreign Policy Doctrines“. *ThoughtCo*. <https://www.thoughtco.com/top-six-foreign-policy-doctrines-105473> (15. Januar 2021).
- Knecht, T., und M. S. Weatherford. 2006. „Public Opinion and Foreign Policy: The Stages of Presidential Decision Making“. *International Studies Quarterly* 50(3): 705–27.
- Knigge, Michael. 2017. „Trump Only Trusts His Family, Says Biographer | DW | 22.01.2017“. *DW.COM*. <https://www.dw.com/en/trump-only-trusts-his-family-says-biographer/a-37231006> (10. Oktober 2020).
- Lacatus, Corina. 2020. „Populism and President Trump’s Approach to Foreign Policy: An Analysis of Tweets and Rally Speeches“. *Politics*: 1–17.
- Landler, Mark. 2017. „Acting on Instinct, Trump Upends His Own Foreign Policy (Published 2017)“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2017/04/07/world/middleeast/syria-attack-trump.html> (10. Oktober 2020).
- Landler, Mark, und Helene Cooper. 2019. „In Latest Shift, Trump Agrees to Leave 400 Troops in Syria (Published 2019)“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2019/02/22/world/middleeast/trump-troops-syria-.html> (27. Oktober 2020).
- Laporta, James. 2019. „Exclusive: Official Who Heard Call Says Trump Got ‚Rolled‘ by Turkey and ‚Has No Spine‘“. *Newsweek*. <https://www.newsweek.com/exclusive-official-who-heard-call-says-trump-got-rolled-turkey-has-no-spine-1463623> (8. November 2020).
- Lindsay, James M. 1992. „Congress and Foreign Policy: Why the Hill Matters“. *Political Science Quarterly* 107(4): 607–28.

-
- Lobosco, Katie. 2020. „NAFTA is officially gone. Here’s what has and hasn’t changed“. *CNN*. <https://www.cnn.com/2020/07/01/politics/usmca-nafta-replacement-trump/index.html> (23. August 2020).
- Long, Heather. 2017. „Trump didn’t go after China on Day One“. *CNNMoney*. <https://money.cnn.com/2017/01/23/news/economy/donald-trump-china-currency/index.html> (25. August 2020).
- McCaskill, Nolan D. 2017. „Ivanka Trump Dismisses Her Influence on Syria Strikes as ‚Flawed Interpretation‘“. *POLITICO*. <https://www.politico.com/story/2017/04/25/ivanka-trump-responds-syria-strike-237582> (10. Oktober 2020).
- McGreal, Chris, und Martin Chulov. 2011. „Syria: Assad Must Resign, Says Obama“. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/world/2011/aug/18/syria-assad-must-resign-obama> (9. Oktober 2020).
- Mead, Walter Russell. 1999. „The Jacksonian Tradition: And American Foreign Policy“. *The National Interest* (58): 5–29.
- . 2011. „The Tea Party and American Foreign Policy: What Populism Means for Globalism“. *Foreign Affairs* 90(2): 28–44.
- Meyer, Holly, und Joel Ebert. 2017. „Trump Tours The Hermitage, Lays Wreath on Andrew Jackson’s Tomb“. *The Tennessean*. <https://www.tennessean.com/story/news/politics/2017/03/15/trump-arrives-hermitage-historic-visit-andrew-jacksons-home/99164802/> (16. Januar 2021).
- Meyerson, Harold. 2016. „Trump’s Appeal to the Forgotten Man“. *The American Prospect*. <https://prospect.org/api/content/6ab88565-3595-511f-9143-b5bd204d88d3/> (30. September 2020).
- Mitchell, David. 2005. „Centralizing Advisory Systems: Presidential Influence and the U.S. Foreign Policy Decision-Making Process“. *Foreign Policy Analysis* 1(2): 181–206.
- . 2010. „Does Context Matter? Advisory Systems and the Management of the Foreign Policy Decision-Making Process“. *Presidential Studies Quarterly* 40(4): 631–59.
- Mudde, Cas. 2004. „The Populist Zeitgeist“. *Government and Opposition* 39(4): 541–63.
- Müller, Jan-Werner. 2015. „Parsing Populism: Who Is and Who Is Not a Populist These Days?“ *Juncture* 22(2): 80–89.
- . 2016. *Was ist Populismus?: Ein Essay*. 6. Aufl. Berlin: Suhrkamp Verlag.

-
- Nauert, Heather. 2017. „The United States Withdraws From UNESCO“. *United States Department of State*. <https://www.state.gov/the-united-states-withdraws-from-unesco/> (20. Dezember 2020).
- ntv. 2020. „Nato-Staaten fürchten sich vor Trump-Sieg“. *n-tv.de*. <https://www.n-tv.de/politik/Nato-Staaten-fuerchten-sich-vor-Trump-Sieg-article22129886.html> (10. Februar 2021).
- oe1.orf.at. 2017. „Wort der Woche: ‚Doktrin‘“. *oe1.orf.at*. <https://oe1.orf.at/artikel/413465/Wort-der-Woche-Doktrin> (8. November 2020).
- Ortagus, Morgan. 2020. „Update on U.S. Withdrawal from the World Health Organization“. *United States Department of State*. <https://www.state.gov/update-on-u-s-withdrawal-from-the-world-health-organization/> (8. Januar 2021).
- Page, Benjamin I., und Robert Y. Shapiro. 1983. „Effects of Public Opinion on Policy“. *The American Political Science Review* 77(1): 175–90.
- Palmer, Doug, und Ben Schreckinger. 2015. „Trump Vows to Declare China a Currency Manipulator on Day One“. *POLITICO*. <https://www.politico.com/story/2015/11/donald-trump-china-currency-manipulation-215679> (17. August 2020).
- Parker, Ashley. 2016. „Donald Trump Says NATO Is ‚Obsolete,‘ UN Is ‚Political Game‘“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/politics/first-draft/2016/04/02/donald-trump-tells-crowd-hed-be-fine-if-nato-broke-up/> (11. August 2020).
- Peake, Jeffrey S. 2001. „Presidential Agenda Setting in Foreign Policy“. *Political Research Quarterly* 54(1): 69–86.
- Peterson Foundation, Peter G. 2020. „U.S. Defense Spending Compared to Other Countries“. https://www.pgpf.org/chart-archive/0053_defense-comparison (26. Oktober 2020).
- Peterson, Paul E. 1994. „The President’s Dominance in Foreign Policy Making“. *Political Science Quarterly* 109(2): 215–34.
- Plagemann, Johannes, und Sandra Destradi. 2019. „Populism and Foreign Policy: The Case of India“. *Foreign Policy Analysis* 15(2): 283–301.
- Plott, Elaina. 2020. „Is Ivanka Trump Going to Change Anyone’s Mind?“ *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2020/08/27/us/politics/ivanka-trump-rnc.html> (3. Oktober 2020).
- Pollina, Elvira, Andreas Rinke, und Francesco Guarascio. 2020. „Exclusive: Germany and France Quit WHO Reform Talks amid Tension with Washington - Sources“.

-
- Reuters. <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-who-reform-exclusi-idUSKCN25329P> (24. Januar 2021).
- Priester, Karin. 2011. „Definitionen und Typologien des Populismus“. *Soziale Welt* 62(2): 185–98.
- Redd, Steven B. 2005. „The Influence of Advisers and Decision Strategies on Foreign Policy Choices: President Clinton’s Decision to Use Force in Kosovo“. *International Studies Perspectives* 6(1): 129–50.
- Reilly, Katie. 2016. „Read Hillary Clinton’s ‚Basket of Deplorables‘ Remarks on Trump Supporters“. *Time*. <https://time.com/4486502/hillary-clinton-basket-of-deplorables-transcript/> (29. September 2020).
- Rooduijn, Matthijs, und Tjitske Akkerman. 2017. „Flank Attacks: Populism and Left-Right Radicalism in Western Europe“. *Party Politics* 23(3): 193–204.
- Rutledge, Paul E., und Heather A. Larsen Price. 2014. „The President as Agenda Setter-in-Chief: The Dynamics of Congressional and Presidential Agenda Setting“. *Policy Studies Journal* 42(3): 443–64.
- Rydgren, Jens. 2017. „Radical Right-Wing Parties in Europe: What’s Populism Got to Do with It?“ *Journal of Language and Politics* 16(4): 485–96.
- Schmitt, Eric, Maggie Haberman, und Edward Wong. 2019. „President Endorses Turkish Military Operation in Syria, Shifting U.S. Policy (Published 2019)“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2019/10/07/us/politics/trump-turkey-syria.html> (24. Oktober 2020).
- Schubert, Klaus, und Martina Klein. 2018. *Das Politiklexikon: Begriffe. Fakten. Zusammenhänge*. Bonn: Dietz, J H.
- Segers, Grace. 2020. „GOP Congressman Says Kushner and Ivanka Trump Are the ‚Power Players‘ in Trump Campaign“. <https://www.cbsnews.com/news/jared-kushner-ivanka-trump-2020-presidential-campaign/> (3. Oktober 2020).
- Setser, Brad W. 2019. „Is China Manipulating Its Currency?“ *Council on Foreign Relations*. <https://www.cfr.org/in-brief/china-manipulating-its-currency> (25. August 2020).
- Simms, Brendan, und Charlie Laderman. 2017. *Wir hätten gewarnt sein können: Donald Trumps Sicht auf die Welt*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Sky News. 2020. „Paris Climate Deal Was ‚Designed to Kill the American Economy‘, Donald Trump Claims“. *Sky News*. <https://news.sky.com/story/paris-climate-deal-was-designed-to-kill-the-american-economy-donald-trump-claims-12139272> (26. Januar 2021).

-
- Smith, Alexander. 2020. „Heartbroken‘ Ivanka Swayed Trump’s Decision to Strike Syria, Son Says“. *NBC News*. <https://www.nbcnews.com/news/world/eric-trump-says-syria-strike-was-swayed-heartbroken-ivanka-n745021> (3. Oktober 2020).
- Spetalnick, Matt, Steve Holland, und Arshad Mohammed. 2019. „Buckle up‘: Abrupt Syria Policy Shift Is Sign of Trump Unchained“. *Reuters*. <https://www.reuters.com/article/us-syria-security-turkey-trump-idUSKBN1WN09I> (24. Oktober 2020).
- Stanley, Ben. 2008. „The thin ideology of populism“. *Journal of Political Ideologies* 13(1): 95–110.
- Stokols, Eli, und Nick Gass. 2015. „Trump Storms Washington“. *POLITICO*. <https://www.politico.com/story/2015/09/donald-trump-iran-deal-washington-rally-213451> (22. Januar 2021).
- Sullivan, Eileen. 2018. „Trump Questions the Core of NATO: Mutual Defense, Including Montenegro“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2018/07/18/world/europe/trump-nato-self-defense-montenegro.html> (11. August 2020).
- Swanson, Ana. 2018. „Trump’s Trade War With China Is Officially Underway“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2018/07/05/business/china-us-trade-war-trump-tariffs.html> (16. August 2020).
- . 2019. „The U.S. Labeled China a Currency Manipulator. Here’s What It Means“. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2019/08/06/business/economy/china-currency-manipulator.html> (25. August 2020).
- Swanson, Ana, und Jim Tankersley. 2020. „Trump Just Signed the U.S.M.C.A. Here’s What’s in the New NAFTA.“ *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2020/01/29/business/economy/usmca-deal.html> (23. August 2020).
- The Heritage Foundation. 2018. „After the Deal: A New Iran Strategy“. *The Heritage Foundation*. <https://www.heritage.org/defense/event/after-the-deal-new-iran-strategy> (2. Februar 2021).
- The Week Staff. 2015. „A Brief History of Populism“. <https://theweek.com/articles/579018/brief-history-populism> (15. Dezember 2020).
- The White House. o.J. „Foreign Policy“. *The White House*. <https://www.whitehouse.gov/issues/foreign-policy/> (14. November 2020).
- . 2017a. „Editorial Boards Praise President Trump’s Paris Decision – The White House“. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/editorial-boards-praise-president-trumps-paris-decision/> (26. Januar 2021).

-
- . 2017b. „Remarks by President Trump on Iran Strategy“. *The White House*. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-iran-strategy/> (22. Januar 2021).
- . 2017c. „Statement by President Trump on the Paris Climate Accord – The White House“. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/statement-president-trump-paris-climate-accord/> (29. Januar 2021).
- . 2017d. „Statement from President Donald J. Trump“. *The White House*. <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/statement-president-donald-j-trump-3/> (3. Oktober 2020).
- . 2018a. „Ceasing U.S. Participation in the JCPOA and Taking Additional Action to Counter Iran’s Malign Influence and Deny Iran All Paths to a Nuclear Weapon“. *The White House*. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/presidential-actions/ceasing-u-s-participation-jcpoa-taking-additional-action-counter-irans-malign-influence-deny-iran-paths-nuclear-weapon/> (23. Januar 2021).
- . 2018b. „Remarks by President Trump and NATO Secretary General Jens Stoltenberg at Bilateral Breakfast – The White House“. *The White House*. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-nato-secretary-general-jens-stoltenberg-bilateral-breakfast/> (10. Februar 2021).
- . 2018c. „Remarks by President Trump at Press Conference After NATO Summit | Brussels, Belgium – The White House“. *The White House*. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-press-conference-nato-summit-brussels-belgium/> (10. Februar 2021).
- . 2018d. „Remarks by President Trump at Signing of a Presidential Memorandum Targeting China’s Economic Aggression – The White House“. *The White House*. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-signing-presidential-memorandum-targeting-chinas-economic-aggression/> (9. Februar 2021).
- . 2018e. „Remarks by President Trump on the United States-Mexico-Canada Agreement“. *The White House*. <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-united-states-mexico-canada-agreement/> (18. August 2020).
- . 2018f. „Statement by the President on the Iran Nuclear Deal“. *The White House*. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/statement-president-iran-nuclear-deal/> (22. Januar 2021).
- . 2019. „Remarks by President Trump on the Situation in Northern Syria – The White House“. *The White House*. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-situation-northern-syria/> (7. Februar 2021).

-
- . 2020. „Remarks by President Trump at a Signing Ceremony for the United States-Mexico-Canada Trade Agreement“. *The White House*. <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-signing-ceremony-united-states-mexico-canada-trade-agreement/> (23. August 2020).
- . 2020a. „Remarks by President Trump at Whirlpool Corporation Manufacturing Plant – The White House“. *The White House*. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-whirlpool-corporation-manufacturing-plant/> (9. Februar 2021).
- . 2020b. „Remarks by President Trump on Actions Against China“. *The White House*. <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-actions-china/> (9. Januar 2021).
- Thrush, Glenn. 2020. „Trump Claims He Wanted to Kill Assad, Contradicting Earlier Denials.“ *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2020/09/15/us/elections/trump-claims-he-wanted-to-kill-assad-contradicting-earlier-denials.html> (9. Oktober 2020).
- Trump, Donald. 2019a. „Donald J. Trump auf Twitter“. *Twitter*. <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/1181172462291243008> (24. Oktober 2020).
- . 2019b. „Donald J. Trump auf Twitter (2)“. *Twitter*. <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/1181232249821388801> (27. Oktober 2020).
- Trump, Ivanka. 2017. „Ivanka Trump auf Twitter“. *Twitter*. <https://twitter.com/IvankaTrump/status/849581431806459904> (3. Oktober 2020).
- U.S. Department of State. 2018. „Remarks on the UN Human Rights Council“. *United States Department of State*. <https://2017-2021.state.gov/remarks-on-the-un-human-rights-council/> (24. Januar 2021).
- U.S. Department of the Treasury. 2019. „Treasury Designates China as a Currency Manipulator | U.S. Department of the Treasury“. <https://home.treasury.gov/news/press-releases/sm751> (25. August 2020).
- U.S. Embassy in Israel. 2017. „Press Release: Ambassador Haley on the United States' Withdrawal from UNESCO“. *U.S. Embassy in Israel*. <https://il.usembassy.gov/press-release-ambassador-haley-united-states-withdrawal-unesco/> (20. Dezember 2020).
- Verbeek, Bertjan, und Andrej Zaslove. 2015. „The Impact of Populist Radical Right Parties on Foreign Policy: The Northern League as a Junior Coalition Partner in the Berlusconi Governments“. *European Political Science Review* 7(4): 525–46.

-
- Ward, Alex. 2019. „Trump’s Latest Syria Announcement Is the Clearest Articulation of His Foreign Policy Doctrine“. *Vox*. <https://www.vox.com/world/2019/10/23/20928769/trump-syria-turkey-doctrine> (15. November 2020).
- Watts, Rebecca. 2019. „NAFTA in the Time of AMLO: What Does NAFTA 2.0 Mean for Mexican President Andrés Manuel López Obrador’s Reform Agenda?“ *NACLA Report on the Americas* 51(1): 9–12.
- Waxman, Olivia B. 2017. „5 Things to Know About the President Whose Portrait Donald Trump Chose for the Oval Office“. *Time*. <https://time.com/4649081/andrew-jackson-donald-trump-portrait/> (16. Januar 2021).
- . 2018. „4 Things to Know About the History of NAFTA, as Trump Takes Another Step Toward Replacing It“. *Time*. <https://time.com/5468175/nafta-history/> (18. August 2020).
- Wehner, Leslie E, und Cameron G Thies. 2020. „The Nexus of Populism and Foreign Policy: The Case of Latin America“. *International Relations*: 0047117820944430.
- Welsh, Teresa. 2015. „Obama Backs Off Demand for Assad to Step Down“. *US News & World Report*. <https://www.usnews.com/news/articles/2015-12-18/obama-backs-off-demand-for-assad-to-step-down> (9. Oktober 2020).
- Wilkie, Christina. 2018. „Trump Is Pushing NATO Allies to Spend More on Defense. But so Did Obama and Bush“. *CNBC*. <https://www.cnbc.com/2018/07/11/obama-and-bush-also-pressed-nato-allies-to-spend-more-on-defense.html> (10. Februar 2021).
- Wood, B. Dan, und Jeffrey S. Peake. 1998. „The Dynamics of Foreign Policy Agenda Setting“. *American Political Science Review* 92(1): 173–84.
- Yoo, John, und Arthur Herman. 2020. „In a Second Term, Trump Could Build on His Foreign-Policy Successes“. *New York Post*. <https://nypost.com/2020/08/10/in-a-second-term-trump-could-build-on-his-foreign-policy-successes/> (14. November 2020).
- ZEIT ONLINE. 2017. „US-Präsident: Trump hält Nato nicht länger für obsolet“. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/donald-trump-nato-nicht-mehr-obsolet-jens-stoltenberg-china-waehrung-russland-syrien> (11. August 2020).
- . 2018. „Syrien: Die Rede von der roten Linie“. *Die Zeit*. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-04/frankreich-syrien-krieg-einsatz-chemiewaffen-zerstoerung-angriff> (9. Oktober 2020).

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit möchte anhand der Präsidentschaft von Donald J. Trump herausfinden, welche Rolle der Populismus in der amerikanischen Außenpolitik spielt. Wie nahmen Trumps präsidentielle Entscheidungen Bezug auf populistische Kernthemen? Zur Beantwortung dieser Forschungsfrage werden öffentliche Statements der Trump-Regierung mit Hinblick auf außenpolitische Handlungen untersucht. Zahlreiche Fallbeispiele zeigen auf, dass der 45. amerikanische Präsident bei seiner Außenpolitik, die sich durch „America First“-Nationalismus sowie Skepsis gegenüber Multilateralismus auszeichnete, oftmals auf populistische Diskurse und Themen zurückgriff. Neben dem herkömmlichen Populismus, der in Form von Anti-Elitismus auftritt, stellt dessen außenpolitische Spielvariante einen weiteren interessanten Untersuchungsgegenstand dar und verlangt nach weiterer Forschung.

Based on the presidency of Donald J. Trump, the present master's thesis examines the role of populism in American foreign policy. How did Trump's presidential foreign policy decisions refer to core issues of populism? To answer the research question, public statements of the Trump-Administration with regard to foreign policy actions will be examined. Numerous case studies show that the foreign policy of the 45. President of the United States, characterised by “America First”-nationalism and scepticism towards multilateralism, often drew on populist discourses and topics. Besides the conventional populism in form of anti-elitism, the foreign policy variety of populism is another interesting object of study and needs further research.